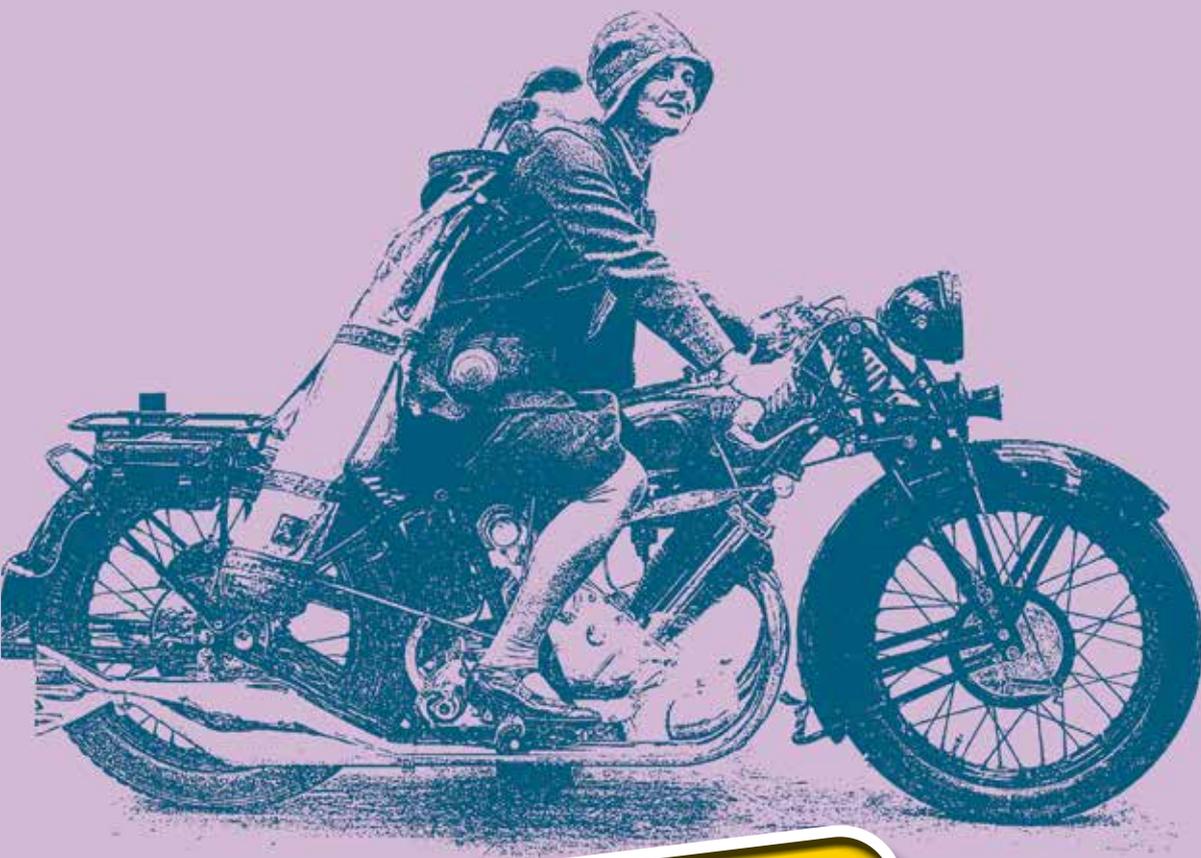


BUCHNERS KOLLEG

Geschichte



kostenfreie
LESEPROBE



Ausgabe
Berlin / Brandenburg

Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Berlin/Brandenburg

Unterrichtswerk für die Oberstufe

Bearbeitet von Henrike Albrecht, Dennis Dornbrack, Katja Eickmans, Felix Hinz, Dimitrios Kalpakidis, Johannes Köpcke und Niels Wienrich

Unsere erfolgreiche Oberstufenreihe **Buchners Kolleg Geschichte** geht in die nächste Generation. Das neu bearbeitete Lehrwerk für die Qualifikationsphase ist eigens nach den Vorgaben des neuen Rahmenlehrplans für Berlin und Brandenburg konzipiert, der zum Schuljahr 2025/26 in Kraft tritt.

Der in einem modernen Layout erscheinende Band ist Lehr- und Arbeitsbuch zugleich: Einerseits bietet er die Materialbasis für einen vielseitigen und kompetenzorientierten Unterricht, andererseits ist er für die selbstständige Wiederholung des Unterrichtsstoffes und für eine systematische Vorbereitung auf das Abitur geeignet.



Mehr Infos:
www.ccbuchner.de/bn/32065

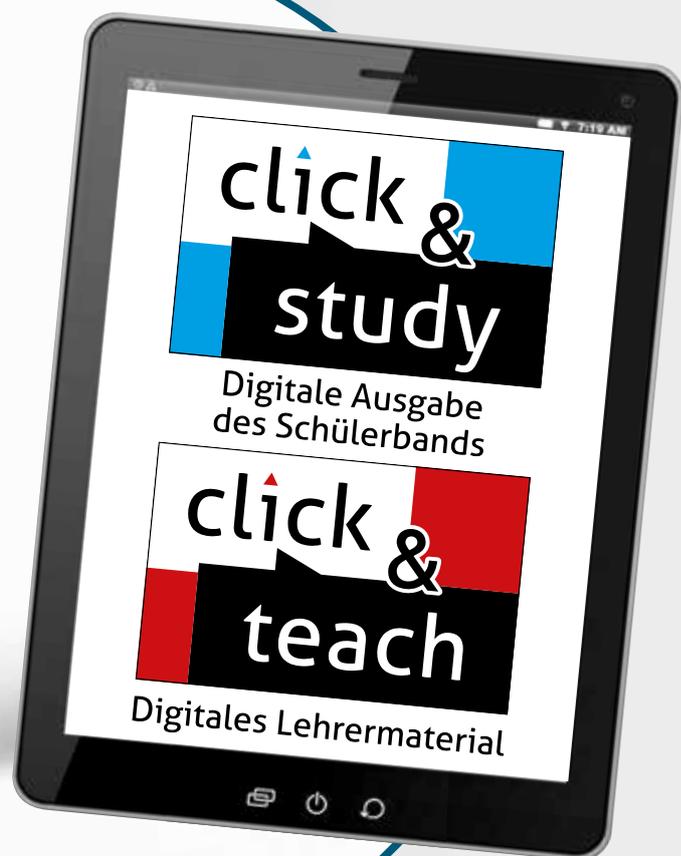
digitales Zusatzmaterial auch via QR- oder Mediacodes direkt in der Print-Ausgabe **kostenfrei** verfügbar



Buchners Kolleg Geschichte – Neue Ausgabe Berlin/Brandenburg		ISBN 978-3-661- / Bestellnr.	Ladenpreis	Lieferbarkeit
	Gesamtband	32065-6	ca. 47,- €	4. Quartal 2025
	click & study Digitale Ausgabe vom Gesamtband	WEB 320651 Bestellbar auf www.ccbuchner.de	ca. 9,90 €	4. Quartal 2025
	Digitales Lehrermaterial click & teach Einzellizenz Einzellizenz flex Kollegiumslicenz	WEB 320661 WEB 320665 WEB 320668 Bestellbar auf www.ccbuchner.de	ca. 44,50 € ca. 57,- € ca. 210,- €	1. Quartal 2026 (sukzessive)

Das macht die Neue Ausgabe Berlin/Brandenburg so besonders:

- ▶ **alle Basis- und Vertiefungsmodule** des neuen Rahmenlehrplans
- ▶ **alle LK-Themen** mit entsprechender Kennzeichnung
- ▶ pro Halbjahr **zwei Abitur-Übungsklausuren** mit Lösungsskizzen
- ▶ **Differenzierungsmöglichkeiten**, z.B. durch digitale Bildinformationen, Hilfe- und Forder-Aufgaben sowie Hinweise zum richtigen Umgang mit Operatoren
- ▶ Orientierung am Unterrichtsverlauf mit einschlägigem **Einstiegsmaterial** und problemorientierter **Leitfrage** zu jedem (Unter)Kapitel
- ▶ eine Vielfalt an **Sonderseiten**: Methodenschulung, Geschichte vor Ort und Geschichte kontrovers
- ▶ **digitale Inhalte** wie „Geschichte in Clips“ und „Animierte Karten“



Profitieren Sie bei Bestellungen von **click & study** im **Schulkonto** vom **3-fach-Rabatt** oder erwerben Sie bei Einführung der Print-Ausgabe die **Print-Plus-Lizenz** ab 2,40 € pro Titel und Jahr.



Digitale Aufgabenkästen

Der Gesamtband gibt jedem Aufgabenkasten einen „**digitalen Zwilling**“. Mithilfe der QR- und Mediacodes in den Kopfzeilen der Aufgabenkästen können alle Aufgaben digital abgerufen werden.

Diese digitalen Aufgaben sind identisch mit den jeweiligen Aufgaben in der Print-Ausgabe, bieten mit Methoden- und Operatorenkarten Schritt-für-Schritt-Anleitungen und Formulierungshilfen aber zahlreiche Erweiterungen.

Auftakt- und Abschlussseiten als inhaltlicher Rahmen für die vier Großkapitel

Den Rahmen des Halbjahres bilden die Auftakt Doppelseite und die Abschlussseite „Perspektive Abitur“.

Die Auftaktseiten führen mit großformatigen Bildern und Texten, einer Auflistung aller Basis- und Vertiefungsmodulen sowie den Kompetenzerwartungen in das Großkapitel ein.

Basismodule



Basismodul: Gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen und ihre Entwicklung bis in die Weimarer Republik

Zum ersten Mal dürfen die Frauen in Deutschland zur Wahl gehen
Foto vom 19. Januar 1919

Basismodul: Nationalsozialistische Gewaltherrschaft 1933–1945

Ausweis von Susanne Blumenthal (*1898 in Stettin) aus Berlin
Ab dem 1. Januar 1939 mussten Juden die Zwangsnamen „Sara“ und „Israel“ als zweite Vornamen führen. Susanne Blumenthal wurde am 4. Mai 1944, zwei Wochen vor ihrem 46. Geburtstag nach Auschwitz deportiert.



- Vertiefungsmodul
- Gesellschaftliche Entwicklungen in Kunst und Kultur, Erziehung und Bildung
 - Nationalismus und Internationalismus, Militarismus und Pazifismus in Europa
 - Kommunistische Diktatur in der Sowjetunion
 - Europäische Staaten in der Zwischenkriegszeit – im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Diktatur
 - Globale Dimensionen der Weltkriege

Großstadt*
Mittelteil des Gemäldes von Otto Dix, entstanden 1927/28 in Dresden



Vertiefungsmodul

2. Gesellschaftliche Kräfte und die Entwicklung von Staaten im Spannungsfeld zwischen Demokratie, Diktaturen und Krieg

Als 1919 die Pariser Friedenskonferenzen begannen, hatte sich fast überall in Europa die demokratische Staatsform durchgesetzt. Nur 20 Jahre später waren parlamentarische Systeme in Europa selten geworden. Die Gründe, warum in den 1920er- und 30er-Jahren so viele autoritäre Systeme in Europa entstanden, sind vielfältig. Einige Gemeinsamkeiten lassen sich aber bestimmen. Die Kriegs- und auch die Nachkriegszeit hatten zu einer erheblichen Verrohung innerhalb der Gesellschaften geführt. Hinzu kam häufig eine ökonomische Nachkriegskrise. Auch die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik scheiterte letztendlich an diesen Faktoren sowie an mangelnder Unterstützung durch weite Teile der Gesellschaft. In der nationalsozialistischen Diktatur unter Adolf Hitler wurden ab 1933 Grundrechte abgeschafft, oppositionelle Parteien und Zeitungen verboten. Ziel war eine „Volksgemeinschaft“ unter einem „Führer“. Ein radikaler Antisemitismus bestimmte den Nationalsozialismus, der im Massenmord des „Holocaust“ sein schreckliches Ende fand.

Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... Kontroversen zur Frage individueller und kollektiver Verantwortung in der NS-Diktatur wiedergeben (Sachkompetent handeln)

... Argumente zur Deutung der Novemberrevolution in Quellen und Darstellungen unter Heranziehung vertieften Fachwissens untersuchen (Analysieren)

... zeitgenössische Handlungsspielräume von Menschen in der NS-Diktatur herausarbeiten (Deuten)

... In Quellen zur NS-Erziehung zum Ausdruck kommende ethische und normative Werte bewerten (Urteilen und Sich orientieren).

Kompetenzerwartungen

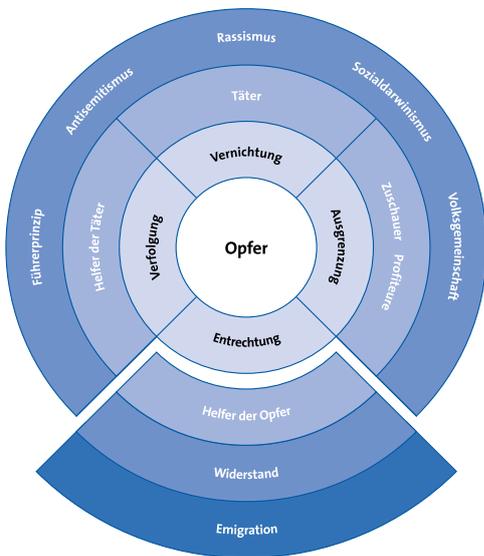
Auf den Abschlussdoppelseiten „Perspektive Abitur“ fassen ausgewählte Materialien die wesentlichen Lerninhalte des Kapitels zusammen. Die Arbeitsvorschläge zu den Materialien greifen die Kompetenzerwartungen des Großkapitels auf.

Materialien

360

Perspektive Abitur

M1 NS-Ideologie und die deutsche Volksgemeinschaft



M2 Die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland

Die Historikerin Ulla Plener (*1933) fasst das Ergebnis einer Tagung von 2008 wie folgt zusammen:
Der herausragende Platz der Revolution 1918/1919 in der deutschen Geschichte erweist sich [...] mindestens in dreierlei Hinsicht:
1. Ihr **Hauptergebnis**: Sie beendete den Ersten Weltkrieg, brachte Deutschland den Frieden, stürzte

das Kaisertum und etablierte die Republik mit allgemeinem Wahlrecht, auch für Frauen, der Trennung von Staat und Kirche u. a. demokratischen Maßnahmen sowie einigen nach jahrzehntelangem Kampf endlich gewährten sozialen Rechten für die Lohnarbeitenden.
2. Das erfolgte nicht aufgrund eines Parlamentsbeschlusses, sondern war das Resultat breiter, in erster Linie von der Arbeiterbewegung getragener **spontaner Massenaktionen**.

3. Deshalb war der demokratischen Revolution ein ausgeprägter sozialer und basisdemokratischer Grundzug eigen, was sich besonders in der Bildung und dem anfänglichen Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte und in der Forderung nach Sozialisierung niedergeschlagen hatte.
Insgesamt ging es also um Frieden, demokratische Republik, individuelle staatsbürgerliche Freiheiten – und um die Lösung der Sozialen Frage, um kollektive soziale Rechte aller, die Eigentumsfrage eingeschlossen.
Mit der Annahme der Verfassung in Weimar im August 1919 wurde die bürgerlich-demokratische Staatsordnung in Deutschland etabliert, und sie bedeutete auch den Durchbruch zur Anerkennung wesentlicher Rechte der Lohnarbeitenden. Insofern war die Revolution 1918/1919 die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland – und das wurde maßgeblich von der Arbeiterbewegung erreicht.
Ulla Plener, Zum Geleit, in: Dies. (Hrsg.), Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie [...], Berlin 2009, S. 7–10, hier S. 8 (Hervorhebungen in der Vorlage)

M3 Ratschläge zum Umgang mit Säugling und Kleinkind

In ihrem 1934 geschriebenen Buch „Die Deutsche Mutter und ihr erstes Kind“, das während des Nationalsozialismus verbreitet war und in abgemilderter Form auch in der BRD noch verlegt wurde, schreibt die Ärztin Johanna Haarer über den Umgang mit Kindern im ersten Lebensjahr:

Wie überall ist auch in der Erziehung das einfache immer das richtige! Es fehlt auch für die Erziehung des Säuglings und des Kleinkindes nicht an kompliziertesten psychologischen Theorien, die sich eine Zeitlang einer gewissen modischen Beliebtheit erfreuten. Sie sind viel mehr geeignet, den gesunden Blick für das richtige und nächstliegende zu verwirren, als dass die eine wirkliche Hilfe bei der Erziehung bedeuten könnten. Die vernünftige Mutter hat sie nicht nötig. [...] wir haben das schon immer betont [...] dass mit der Erziehung des Kindes nicht zu früh begonnen werden kann. Von Anfang an behandle man das Kind als vollwertigen Menschen [...]. Es ist kein Zeichen besonderer Mutterliebe, wenn man sein Kind unablässig mit Zärtlichkeiten besonders vor Dritten überschüttet, oder all seinen Wünschen und Regungen unbedenklich nachgibt. Solche Affenliebe verzieht das Kind wohl, erzieht es aber nicht.

Im Gegenteil. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass es sehr oft schon frühzeitig zu förmlichen Kraftproben zwischen Mutter und Kind kommt. Sie in der richtigen Weise zu bestehen, ist das Geheimnis aller Erziehung. Auch wenn das Kind auf die Maßnahme der Mutter mit eigensinnigem Geschrei antwortet, ja gerade dann lässt sie sich nicht iremachen. Mit ruhiger Bestimmtheit setzt sie ihren Willen weiter durch, vermeidet aber alle Heftigkeit und erlaubt sich unter keinen Umständen einen Zornesausbruch. Auch das schreiende und widerstrebende Kind muss tun, was die Mutter für nötig hält und wird, falls es sich weiterhin ungezogen aufführt, gewissermaßen „kaltgestellt“, in einen Raum verbracht, wo es allein sein kann und so lange nicht beachtet, bis es sein Verhalten ändert. [...] Dass man in der Beachtung des Kindes bei aller Liebe und Zärtlichkeit, die es braucht nicht zu viel tut, ist ein weiterer Schlüssel zur Erziehung. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass das Kind bis zu einem gewissen Grade sich selbst überlassen bleiben soll und lernen muss, sich selbst zu beschäftigen. [...] Nicht einmal aus erzwungenen Äußerungen des Schmerzes mache man unnötig viel Wesens. [...] Die Mutter, die hier vielleicht zweifelt, mache einmal den Versuch: Das Kind, das bei irgendeinem kleinen Schmerz nicht unnötig bedauert wird, schreit nur etwa halb so lang.
Johanna Haarer, Die Deutsche Mutter und ihr erstes Kind, München/ Berlin 1941, S. 270ff.

Arbeitsvorschläge

1. Diskutieren Sie anhand des Schaubildes (M1), inwiefern es gerechtfertigt ist, die Deutschen als „ein Volk von Tätern“ (Daniel Goldhagen) zu bezeichnen.
2. Arbeiten Sie die Argumente heraus, derenwegen Ulla Plener die Revolution von 1918 als „erste erfolgreiche Revolution in Deutschland“ bezeichnet (M2).
3. Beurteilen Sie, inwiefern die Argumente zutreffen.
4. Erläutern Sie anhand eines selbstgewählten Beispiels die Handlungsspielräume von Menschen während der NS-Diktatur (M1).
5. Bewerten Sie die Werte, die im abgedruckten Ausschnitt des Erziehungsratgebers deutlich werden und bringen Sie sie in Zusammenhang mit der NS-Ideologie (M3).

ein Arbeitsvorschlag für jede im Lehrplan vorgeschlagene Kompetenz

Basismodul

Die Orientierungsseiten geben einen ersten Überblick über die Themen des Basismoduls. Die Doppelseite umfasst einen kurzen Text und ein Auftaktbild zum Einstieg ins Thema sowie eine Chronologie mit zentralen Daten und Fakten.

einleitender Text
und Auftaktbild

in Zeitabschnitte
untergliederter Zeitstrahl

180

Basismodul

2.1 Basismodul: Weimarer Republik

LK 2.1 Basismodul: Gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen und ihre Entwicklung bis in die Weimarer Republik

Der Blick auf die Weimarer Republik war sehr lange von den Erfahrungen mit der Diktatur des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur in der DDR geprägt. Bei der Auseinandersetzung mit der Revolution von 1918 und dem Beginn der jungen Demokratie stand der Konflikt zwischen Parlamentarismus und Räteystem im Vordergrund. Vor allem aber wurden die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik zwischen 1930 und 1933 und den Aufstieg des Nationalsozialismus diskutiert. Die Thematisierung der Weimarer Republik stand also lange im Schatten von zwei Diktaturen und den damit verbundenen Gefahren für die parlamentarische Demokratie. Die Bundesrepublik sollte aus den Erfahrungen von Weimar lernen und nicht so werden wie sie.

Erfolge und Errungenschaften des demokratischen Aufbruchs ab 1918 finden heute mehr Beachtung. Dazu gehören die Grundrechte, das Frauenwahlrecht (noch vor Frankreich, England und den USA), die erfolgreiche Bewältigung der Kriegsfolgen, der deutsch-französische Ausgleich, die Arbeitervertretung, der Acht-Stunden-Tag, die Arbeitslosenversicherung und anderes. Viele politische Entscheidungen aus dieser Zeit waren wegweisend für heute. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik fußt auf der Weimarer Verfassung und diese knüpft an die Verfassung der Paulskirche von 1848/49 an. Diese Kontinuität findet inzwischen mehr Beachtung.



M1  „Arbeiter, Bürger, Bauern, Soldaten aller Stämme Deutschlands, vereinigt Euch zur Nationalversammlung“
Plakat von César Klein (1876–1954) aus dem Jahr 1919. Auftraggeber: Werbedienst der deutschen Republik

Orientierung

181

- 1918 — Die Revolution am 9. November stürzt die Monarchie; Deutschland wird Republik. Entstehung der Republik
Der Erste Weltkrieg endet am 11. November.
- 1919 — Der „Spartakus-Aufstand“ in Berlin wird im Januar niedergeschlagen
Frauen und Männer wählen am 19. Januar die Verfassunggebende Nationalversammlung. Die SPD geht als stärkste Partei aus den Wahlen hervor.
Der Versailler Vertrag regelt die Nachkriegsordnung für Deutschland.
Die Reichsverfassung tritt am 11. August in Kraft.
- 1920 — Der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. bis 17. März schlägt fehl.
- 1921/1922 — Attentate auf die „Erfüllungspolitiker“ häufen sich. Krisenjahre
- 1923 — Wegen unerfüllter Reparationszahlungen kommt es zu Ruhrbesetzung und „Ruhrkampf“.
Der Hitler-Putsch in München am 8./9. November scheitert.
- 1925 — Nach dem Tod Friedrich Eberts wird Hindenburg am 26. April neuer Reichspräsident. Gefährdete Stabilität
- 1927 — Die Arbeitslosenversicherung tritt in Kraft.
- 1929 — Der Zusammenbruch der New Yorker Börse löst eine Weltwirtschaftskrise aus.
- 1930 — Die Große Koalition aus SPD, Zentrum und bürgerlich-liberalen Parteien zerbricht als letzte Regierung mit einer Mehrheit im Parlament; ab 29. März regiert Heinrich Brüning als Kanzler des ersten Präsidialkabinetts dauerhaft mit Notverordnungen. Verfall der Demokratie
- 1932 — Mit 6,128 Millionen erreicht die Zahl der Arbeitslosen ihren Höchststand.
Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli wird die NSDAP stärkste Partei.
Bei den Reichstagswahlen am 6. November muss die NSDAP Verluste hinnehmen, bleibt aber stärkste Partei.
- 1933 — Kurt von Schleicher tritt am 28. Januar als Reichskanzler zurück, nachdem Reichspräsident Hindenburg ihm das Vertrauen entzogen hat.
Am 30. Januar ernannt Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

In jedem Unterkapitel ermöglichen ausgewählte Materialien und eine Leitfrage einen problemorientierten Einstieg ins Thema. Darstellungstexte vermitteln ein Verständnis für historische Zusammenhänge und Strukturen. Über die Mediacodes „Bildinformationen“ werden Analysehilfen zu zentralen Bildmaterialien bereitgestellt.

Mediencode
Bildinformationen

252

Organisation der NS-Herrschaft und Gesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

M1 **Nationalsozialistische Idylle**
Propagandafoto von 1939 oder 1940

M2 **Begeisterte Anhänger am Obersalzberg**
Propagandafoto von Heinrich Hoffmann, 1936
Hitlers Hauptquartier in Bayern wurde in der NS-Zeit zu einem Wallfahrtsort.

Bildinformation
31000-132 **M1**




► Beschreiben Sie die Bilder und ordnen Sie sie in ihren historischen Kontext ein.
► Diskutieren Sie die Wirkung der beiden Propagandafotos im Hinblick auf die Darstellung der nationalsozialistischen Herrschaft und Gesellschaft.

SS-Staat, Führerstaat, Doppelstaat
Im Rahmen der „Gleichschaltung“ übernahmen die Nationalsozialisten in den Ländern die Polizeigewalt. Neben den regulären Polizeiapparat stellten sie eine Hilfspolizei. Deren Truppen bestanden überwiegend aus Männern der militärisch organisierten Saalschutz- und Kampftruppe der NSDAP, der Sturmabteilung (SA), und Hitlers 1925 gegründeter „Leibgarde“, der Schutzstaffel (SS). Die SS unterstand bis 1934 der SA, stieg aber nach der Beseitigung der SA-Führung („Röhm-Putsch“) zur Kernorganisation für „Sicherheit“ auf. **Heinrich Himmler** als „Reichsführer SS“ wurde 1936 zum Chef der Deutschen Polizei ernannt. 1939 bildete er das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und fasste hier die politische Polizei Gestapo (Geheime Staatspolizei), die Kriminalpolizei und den Sicherheitsdienst der SS (SD) zusammen.

Die Gestapo hatte uneingeschränkte Macht: Sie konnte Personen, die als politisch gefährlich oder „für den Volkskörper schädlich“ eingeschätzt wurden, in ein KZ einweisen. Gestapo-Entscheidungen waren rechtlich unangreifbar. Die Polizei war nicht mehr an Recht und Gesetz gebunden, sondern zum Handlanger des „Führerwillens“ geworden.

253

Organisation der NS-Herrschaft und Gesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

SS-Angehörige saßen auf wichtigen Posten in den Massenorganisationen der Partei, der Verwaltung, in Hochschulen und dienten im Krieg als Eliteeinheit („Waffen-SS“). Forschungsabteilungen der SS sollten die Ideen Hitlers vom „nordischen“ Menschen experimentell beweisen, auch durch Menschenversuche in KZs, in denen ab 1936 Juden, Sinti und Roma, politische Gegner, Homosexuelle und zahlreiche weitere Menschen systematisch zu Tode gequält wurden. Die von der SS geführten KZs wurden auch für wirtschaftliche Zwecke betrieben, eigene Holdings (z. B. „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH / DWB“) erwirtschafteten hohe Gewinne und gewannen großen Einfluss.

Im totalitären Führerstaat gab es keine Pluralität, sondern nur noch eine Partei, eine Gewerkschaft, eine Jugendorganisation. Es galt, den Willen des Führers umzusetzen. Hitler setzte in allen Ländern außer Bayern und Preußen die Gauleiter (Partei-Struktur) als Reichsstatthalter (staatliche Struktur) ein. Die Verflechtung von Partei und Staat, Politik und Recht wird als „Doppelstaat“ bezeichnet (► M9).

M3 **Heinrich Himmler (1900–1945): „Reichsführer SS“**, ab 1936 zudem Chef der Deutschen Polizei; einer der Hauptverantwortlichen für den Holocaust und die zahlreichen Verbrechen der Waffen-SS; 1945 Selbstmord



Monokratie oder Polykratie?
Auf den ersten Blick schien die Macht im „Führerstaat“ zentral organisiert und vom Führerwillen gelenkt. Allerdings war die NSDAP als „Trägerin des deutschen Staatsgedankens“ in Konkurrenz zu den staatlichen oder kommunalen Institutionen getreten. Die Folge war ein undurchsichtiger Wirrwarr von Kompetenzen. Während der Staat üblicherweise das öffentliche Leben auf der Basis von Gesetzen reglementiert und gestaltet, trafen jetzt Parteiorganisationen oder deren Repräsentanten neben der staatlichen Bürokratie Einzelentscheidungen. In Ressorts und Sonderbehörden versuchten sich Handlanger zu profilieren, indem sie den Führerwillen vorausahnten und umsetzten. Diese Herrschaftsverhältnisse bezeichnen Historikerinnen und Historiker auch als

Polykratie (Vielherrschaft) im Gegensatz zum Begriff der Monokratie (Alleinherrschaft). Prinzipiell hatte jedoch Hitler im Konfliktfall stets das letzte und entscheidende Wort (► M10).

Vielfach verschmolzen Partei- und Staatsorganisation miteinander. So hatten die Gauleiter der NSDAP häufig zugleich hohe Ämter in den „gleichgeschalteten“ Ländern inne, oder die Ortsgruppenleiter der Partei übernahmen gleichzeitig das Bürgermeisteramt. Die Kontrolle des öffentlichen Lebens ließ die Parteibürokratie ständig anwachsen. So betrug die Zahl dieser Funktionäre 1937 bereits etwa 700 000 Personen.

Totale Organisation
„In Deutschland gibt es keine Privatsache mehr.“ Das sagte Robert Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), welche die aufgelösten Gewerkschaften ersetzte. Menschen in Beruf oder Freizeit, Jugendliche und Greise, Frauen und Männer – sie alle sollte das parteigesteuerte Organisationsnetz des totalitären Staates erfassen. Die Frauen waren ebenso sorgsam organisiert wie die männliche Bevölkerung. Zu



M4 **Staat und Partei im „Führerstaat“**
Parteihierarchie und Staatsämter überschritten sich sowohl in ihren Kompetenzen als auch personell: Mit zwei Ausnahmen waren z. B. alle Reichsstatthalter zugleich auch Gauleiter in ihrem Amtsbereich.

► Beschreiben Sie den Aufbau des „Führerstaates“.
► Erklären Sie die Kompetenzkonflikte anhand des Schaubildes.

Leitfrage

problemorientierter
Einstieg mit Material
und Arbeitsvorschlägen

Darstellungstexte

Auf die Darstellungstexte jedes Unterkapitels folgt ein Materialteil. Dieser vertieft zentrale Themenaspekte und stellt kontroverse Sichtweisen dar. Sämtliche Arbeitsvorschläge sind farblich je nach Anforderungsbereich gekennzeichnet. Jeder Aufgabenkasten ist zudem mit einem Code versehen, hinter dem sich ein digitaler Zwilling des Aufgabenkastens befindet. Dort sind alle Operatoren und Methoden mit detaillierten Arbeitshilfen und Formulierungsvorschlägen hinterlegt. Die Leitfrage des entsprechenden Unterkapitels wird abschließend nochmals aufgegriffen.

270 2.2 Basismodul: Nationalsozialistische Gewaltherrschaft

freundlich, die Kräftigen gingen zu Fuß, die etwas Erschöpfteren brachte man im Bus hinterher. In kurzer Zeit würden sie wieder zusammen sein. So beruhigt sich jeder. Natürlich.
Auch wir kommen zu der Gruppe der Deutschen.
Boci ist, da sie still, etwas fülliger als sonst. Dass sie acht Jahre älter ist als ich, sieht man nicht, und wir haben viel Ähnlichkeit miteinander. Freundlich spricht uns ein deutscher Herr an und fragt:
– Seid ihr Zwillinge?
– Nein – antworten wir, und seine Handbewegung befolgend gehe ich in die eine Richtung.
Boci, der Korb, im Korb Ferike, auf der anderen Seite des Korbes meine Mutter, an der Hand meiner Mutter Gilike und Tante Margit
... gehen in die andere Richtung.
Schon ist die nächste Reihe vor die Deutschen gekommen, und die setzen ihre freundlichen Einweisungen fort – hierhin, dorthin.
Die größte Tragödie meines Lebens geschah so, dass ich sie nicht einmal bemerkte. Innerhalb einer Sekunde war ich allein, hatte meinen Vater, meine Mutter, meine Schwester, meine nächsten Verwandten verloren (Tanti überlebte). Mit einem Schlag war meine Kindheit vorbei, ich war erwachsen und völlig auf mich alleine gestellt. Das war mir damals noch nicht bewusst.

Eva Fahidi, Die Seele der Dinge, aus dem Ungarischen von Doris Fischer, Berlin 2011, S. 161–163

Arbeitsvorschläge

1. Analysieren Sie, wie Eva Fahidi die Ankunft im Lager beschreibt. Welchen Menschen begegnet sie und welche Funktion weist sie ihnen zu?
2. Vergleichen Sie die Beschreibung mit dem Foto der Selektion in Auschwitz-Birkenau (M6). Erläutern Sie dabei auch, welche Vorgänge des „Selektionsprozesses“ auf dem Foto nicht zu sehen sind. | F

M10 Die „Volksgemeinschaft als „Verbrechergemeinschaft“?

Zur Haltung der nicht-jüdischen Deutschen gegenüber dem Holocaust schreibt die Historikerin Birthe Kundrus:

Der Holocaust wurde weder zu einer Zerreißprobe (des NS-Regimes) noch zu einem Moment der massenhaften Selbstmobilisierung. Die Reaktionen der Deutschen bewegten sich in einem Spektrum von Ablehnung bis Zustimmung und in einem weiten Feld von Ignoranz, Gleichgültigkeit, Abstumpfung und tastender Distanzierung – und häufig allem zugleich. [...] Ursächlich für die aktive Verantwortungsverweigerung [...] waren viele

Gründe, am wichtigsten vermutlich die Androhung von Gewalt gegen die „Volksgenossen“. Doch bröckelten auch die bis dato gültigen normativen Dämme gegen antijüdische Gewaltaktionen angesichts des Krieges als gedeutetem Ausnahmezustand.
Antijüdische Gewalt war vor 1939 häufig dann abgelehnt worden, wenn sie nicht „legal“ wirkte, wenn „Volksgenossen“ sie als Verstoß gegen traditionelle Rechts- und Ordnungsvorstellungen wahrnahmen. Das war nun anders. Der Krieg und die mit ihm einhergehende Veränderung der Lebenswelten erhöhten die Akzeptanz ausgeheilter Gewalträume. Denn mit dem Ausnahmezustand verbanden sich neue Legitimierungsstrategien, neue Selbstbeschäftigungsformen für radikalisierte Gewalt – die vorgebliche Beseitigung des jüdischen Bolschewismus, die vorgebliche Partisanenbekämpfung, der vorgebliche Gewinn von Wohnraum etc. [...] Nationalsozialistische Herrschaftstechnik bestand keineswegs ausschließlich in einem gewaltsamen Okkupieren, nicht in einem ausschließlichen „Du musst“, sondern häufig genug in einem „Du kannst“, mitunter auch „Du darfst“, in Angeboten zur Gewaltinitiative bzw. deren Akzeptanz oder deren Ignoranz. [...] Nur vereinzelt regten sich Opposition und Widerstand. [...] Erst als sich die Gewalt der Kriegesgegner direkt gegen die „Volksgenossen“ richtete, änderte sich die Argumentation, wurden die Kriegsverbrechen und vor allem der Massenmord an den Juden aus dem mentalen Abseits geholt und von vielen als dysfunktional, als Fehler des Regimes beurteilt. [...] Eine tatsächliche Zerreißprobe zwischen Regime und Bevölkerung blieb aus.

Birthe Kundrus, Der Holocaust: Die Volksgemeinschaft als „Verbrechergemeinschaft“, in: Hans-Ulrich Thamer/ Simone Engel (Hrsg.), Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Dresden 2010, S. 133–135

Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie die Haltung der nicht-jüdischen Deutschen und deren Veränderung gegenüber dem Verbrechen und dem Massenmord.
2. Nehmen Sie Stellung zum Verhalten der nicht-jüdischen Deutschen.

M11 „Was haben wir gewusst?“

Der deutsche Sozialpsychologe und Psychoanalytiker Peter Brückner, Sohn einer englischen Konzertsängerin jüdischer Herkunft, besucht bis zu seinem Abitur 1941 ein Internat in Zwickau. In seinem autobiografischen Bericht über Kindheit und Jugend im NS-Staat setzt er sich mit der Frage auseinander, was er und die deutsche Bevölkerung insgesamt über die nationalsozialistischen Verbrechen

Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung deutscher und europäischer Jüdinnen und Juden 1933–1945

271

und besonders über die Judenverfolgung wissen konnten und wollten:

Doch obwohl ich ein Internatsschüler war, eine Lage, die breitere Kommunikation erschwert hat, weil sie aus dem Alltag des NS-Staats ausschloss, erreichten mich auch 1936/37 zwei Gruppen von Informationen: Die erste bezog sich auf den Umstand, dass Leute verschwanden, von der Polizei oder der GESTAPO abgeholt, und ich verstand durchaus, dass es sich da nicht um jenen Typ von Verhaftung handelte, der unseren Hausmeister 1932 vor Gericht und ins Gefängnis gebracht hatte. Es gab neben der öffentlichen Gerichtsbarkeit eine zweite, terroristische „Justiz“, die während der Nacht kam. [...] Die zweite Gruppe von Informationen war jedermann zugänglich, wie mir scheint. Sie betraf das Schicksal der Juden. Der langsame Prozess ihrer Entrechtung vollzog sich öffentlich. Aber dennoch hat es sehr lange gedauert, bis mir die eigentliche und furchtbare Bedeutung des praktizierten Antisemitismus aufging. Ich meine damit, dass ich keine zureichende Vorstellung, keine Fantasie über das Elend hatte, das die NS-Gesetzgebung über die Juden brachte [...].

Nicht die „Kristallnacht“, sondern die Emigration des jüdischen Meisters meiner Halbbrüder brachte hier die Zäsur. Bis dahin, Herbst 1938, blieb das Schicksal der Juden für mich viel randständiger als das der Kommunisten oder der Homosexuellen. Dazu trug zweifellos bei, dass es war wenigstens Gerüchte über KZ-Lager, politische Erfolge gab, auch über Erschlagene, Gefolterte, Ertrunkene, Verschwundene, aber keine Gerüchte über das Leben – oder das langsame Sterben – der Juden. Man sah sie ja auch nicht mehr, oder kaum. Und wenn man es sah, hätte man sie nicht erkannt. Woran denn? [...] Es gab bei manchem sonst Hellhörigen eine spürbare Abwehr dagegen, gewisse Nachrichten über das Grauen im NS-Staat zur Kenntnis zu nehmen: Man erschrak, verstummte, wurde unwillig, vergaß. Ich wollte wissen, und das „Vergessen“ erschien uns als unwürdig, und doch erinnerte ich mich, dass ich gelegentlich den Impuls verspürte, mich zuzuschließen, wie ein indischer Affe nichts zu sehen und nichts zu hören. Warum? Doch nicht um mich der Einsicht in Struktur, Charakter und Zielsetzung des „Dritten Reichs“ zu entziehen. Manchmal aus Scham: Es gab Verbrechen, denen gegenüber es untragbar sein konnte, Zuhörer zu sein. Im Zweifelsfall reichten junge Soldaten Fotos herum – nicht die ihrer Bräute, sondern die aufgehängter Polen und Russen; der Soldat, grinsend, im Vorder- oder Hintergrund, nachdem. Manchmal aus Angst: vor der Sühne. (Warh denn nicht unschuldig? Gibt es denn im geschichtlichen Kontext Unschuld?) Manchmal – aus Grauen. Ich

wollte ja leben, und nicht nur überleben, das heißt aber: ich wollte auch lachen, mich verlieben, mit Genuss meinen Tee trinken und Gedichte schreiben, und das – oder Ähnliches – wollten auch meine Freunde. Wie soll man das Leben nicht lieben? Und wie konnte man das – nur zu genau wissend, was im Machtbereich des NS-Staates und seiner Heere geschah? [...].

Mir scheint, dass die so lückenhafte, ja manchmal ausgebliebene Gerüchtebildung über die „Endlösung“ und über manche inländische KZs im Deutschland der Jahre vor 1945 etwas mit dem Umstand zu tun hat, dass es vielfach eine instinktive Abwehr gegen Nachrichten und Facts gegeben hat, die niemand, der sie wirklich erfährt (d. h. wahrnehmend nachvollzogen), glaubte bewältigen zu können. Diese Abwehr funktionierte, wenn ich richtig sehe, besonders bei Menschen, die nicht ins Leben verliebt sind – ein Paradox, über das man nachdenken soll.

Und selbst bei Menschen von geringer Sensibilität wurde doch von der erahnten Wirklichkeit des Grauens mehr als ein vordem „gutes Gewissen“ infrage gestellt. Die sich der Wirklichkeit annähernden Gerüchte, Erzählungen, Informationen gefädelten jene verbreiteten Anpassungssysteme des Alltags, mit deren Hilfe Leute sich eben zurechtfinden konnten; was von der Gewalt des NS-Regimes infrage gestellt wurde, war die Normalität selbst.

Peter Brückner, Das Absalts als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945, Berlin 21982, S. 145-147 und 149

Arbeitsvorschläge

1. Stellen Sie die Informationen über die NS-Verbrechen zusammen, die Brückner hatte. Erläutern Sie seine „Gruppen von Informationen“.
2. Analysieren Sie seine Position gegenüber der Frage, was „man wissen konnte“. Wie erklärt er die Haltung anderer?
3. Nehmen Sie Stellung zu seiner Begründung des „Wegschauens“ sowie zu seiner Erklärung der „Gerüchtebildung“.

Leitfrage

Nehmen Sie Stellung: Die Deutschen und der Holocaust – „Davon haben wir nichts gewusst“?

Materialien und Arbeitsvorschläge

M5 Q Kampf gegen Versailles

Nur wenige Tage nach der „Machtergreifung“, am 3. Februar 1933, führt Hitler vor den Befehlshabern von Heer und Marine seine außenpolitischen Vorstellungen aus. Die Rede wird von Generalleutnant Liebmann protokolliert:

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muss gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebügelt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. [...] Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Völkerverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen. [...]

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muss wiederkommen. Zuvor aber muss Staatsführung dafür sorgen, dass die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen. Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht [...] Eroberung neuen Lebensraumes im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. [...]

30 – Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr(ankreich) Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).

Walther Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt am Main 2004, S. 180 f.

Arbeitsvorschläge

1. Benennen Sie die Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik. | F
2. Arbeiten Sie heraus, welche Reaktionen Hitler von den europäischen Nachbarn auf seine Außenpolitik erwartet.
3. Charakterisieren Sie stilistische Besonderheiten der hier verwendeten Quellenform. Berücksichtigen Sie dabei, welche Position der Schreiber bei der Übermittlung der „Fakten“ einnimmt.



Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie, was der Nichtangriffspakt über die außenpolitischen Planungen beider Länder aussagt.
2. Diskutieren Sie die Bedeutung des geheimen Zusatzprotokolls. | F



M6 Q Der Nichtangriffspakt mit der UdSSR

Im August 1939 wird der Öffentlichkeit ein Abkommen präsentiert, das der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow mit dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop ausgehandelt hat:

Art. 1 Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Art. 2 Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen. [...]

Art. 4 Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Geheimes Zusatzprotokoll: Für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linien der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht scheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

OSTEUROPA, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 39. Jg. (1938) S. 417–419

2.2 Basismodul: Nationalsozialistische Gewaltherrschaft

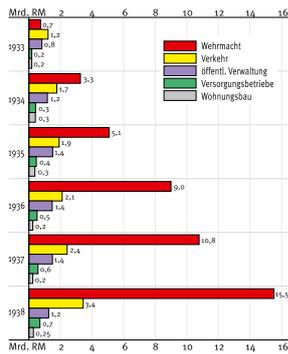
M7 D Kriegswirtschaft in Zahlen

Rüstungsausgaben und Volkseinkommen in Mrd. Reichsmark:

Haushaltsjahr	Rüstungsausgaben	Volkseinkommen	Rüstungsausgaben in % des Volkseinkommens
1932	0,6	45,2	1,3
1933	0,7	46,5	1,5
1934	4,1	52,8	7,8
1935	5,5	59,1	9,3
1936	10,3	65,8	15,7
1937	11,0	73,8	15,0
1938	17,2	82,1	21,0

Fritz Blach, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1987, S. 83

Öffentliche Investitionen:



Nach: René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958

Arbeitsvorschlag

- Erläutern Sie die wirtschaftlichen Anstrengungen, die Deutschland zugunsten der Kriegsrüstung unternommen hat. | F



Leitfrage

Nehmen Sie Stellung: Außenpolitische Aggression und Aufrüstung – ein Land im Aufschwung?

¹ indifferent: gleichgültig
² Robert Ley (1890–1945) war Leiter der Deutschen Arbeitsfront.

digitale Aufgabenkästen mit verlinkten Operatoren- und Methodenkarten

Rückbezug auf die Leitfrage

Vertiefungsmodul

Die Vertiefungsmodule können sowohl im Unterricht als auch als selbstständige Projektarbeit eingesetzt werden.

problemorientierter Einstieg mit Material und Arbeitsvorschlägen

Gliederung nach Großthemen

486

Vertiefungsmodul

3.3 Vertiefungsmodul: Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte



M1 „Das Boot ist voll!“
Wahlplakat der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Die Partei erreichte ein Wahlergebnis von 2,1 %.



M2 „Tatsachen über Deutschland“
Internetseite aus dem Jahr 2024, auf der sich Interessierte in mehreren Sprachen über das Leben und Arbeiten in Deutschland informieren können.

- Analysieren Sie das Wahlplakat im zeitlichen Kontext.
- Betrachten Sie die Internetseite mithilfe des Medien-codes und charakterisieren Sie das Bild, das von Deutschland als Einwanderungsland entworfen wird.
- Zwischen der Entstehung von M1 und M2 liegen über dreißig Jahre. Beurteilen Sie, inwiefern sich die Sicht auf Migrantinnen und Migranten seitdem verändert hat.

LEIT-FRAGE

Deutschland – schon immer ein Einwanderungsland?

Migration – Begriffsbestimmung

Emigration und Immigration
Migration (lat. migrare: wandern) ist die längerfristige oder dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes von einem Ort zu einem anderen. Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, dass eine große Entfernung überbrückt wird. Wichtig ist vielmehr, dass eine politische, soziale, geografische oder kulturelle Grenze überschritten wird. Die Abwanderung aus der alten Heimat wird als Emigration, die dauerhafte Zuwanderung in die neue Heimat als Immigration bezeichnet.

Push- und Pull-Faktoren
Die Gründe für menschliche Wanderungsbewegungen sind vielfältig (→ M6): Menschen wandern ab, weil sie von Armut, Hunger, Kriegen oder Naturkatastrophen bedroht sind. Oder sie werden aufgrund ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder sexuellen Orientierung benachteiligt und verfolgt. Die Motive, die Menschen dazu bewegen, abzuwandern, werden auch Push-Faktoren genannt. Als Pull-Faktoren werden die Gründe bezeichnet, aus denen Migranten in ein ganz bestimmtes Zielgebiet zuwandern, z. B. mehr Freiheit, bessere Lebensbedingungen, größere Karrierechancen. Eine wichtige Rolle für Migrationsprozesse spielen Wissen und Netzwerke der Migranten: Informationen über Zielregionen und Kontakte zu bereits dorthin Gewanderten bestimmen maßgeblich, ob, wohin und wie Menschen migrieren. Wenn Menschen gezwungen werden, räumlich mobil zu werden, spricht man von Zwangs- oder Gewaltmigration, z. B. bei Versklavung, Deportation, Vertreibung, Umsiedlung und Flucht.

487

Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte

Akkulturation und Integration
Mit Migration gehen immer auch Kulturkontakte und Neuorientierung einher. Aber auch Konflikte und Ängste können damit verbunden sein. Denn Migranten werden von der Kultur der Aufnahmegesellschaft, in die sie kommen, verändert, und verändern diese ebenfalls (Akkulturation). Im Laufe der Geschichte waren es häufig Migranten, die neue Ideen und Technologien mitbrachten und so die Entwicklung ihrer neuen Heimat positiv vorantrieben. Die Eingliederung von Migranten gilt als gelungen, wenn sie keine soziale Sonderstellung in der Aufnahmegesellschaft einnehmen (→ M7).

Zwangsmigration im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg – Online

Zuwanderung in die beiden deutschen Staaten: Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Arbeitskräftemangel und Anwerbevereinbarungen
Im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Deutschland die anfänglich hohe Arbeitslosigkeit überwunden und Ende der 50er Jahre bereits Vollbeschäftigung erreicht. Zunächst hatte noch die starke Zuwanderung aus der DDR den wachsenden Bedarf des westdeutschen Arbeitsmarktes gedeckt, doch mit dem Mauerbau 1961 endete diese Massenzuwanderung abrupt.

Die Arbeitskräftemangel stellte angesichts weiter steigender Nachfrage das größte Hemmnis für eine Ausweitung der Produktion bei stabilen Preisen dar. Aus Sicht der Arbeitgeber und der Bundesregierung lag es daher nahe, diesen Bedarf durch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu decken, um gleichzeitig die Unternehmensgewinne zu erhalten.

Der Nachfrage aus der Bundesrepublik stand ein entsprechendes Angebot südeuropäischer Staaten gegenüber. Von der Arbeitnehmerentsendung erhoffte man sich dort vielerorts eine Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes, eine Kanalisierung der Arbeitsmigration, einen Import von Know-how und dringend benötigte Devisen. Auf deutscher Seite wurde die Gastarbeiterpolitik als eine Art Entwicklungshilfe und Beitrag zur europäischen Integration begriffen. Anwerbeabkommen schienen daher Verträge zu sein, die allen Seiten nur Vorteile boten.

Auf die 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland abgeschlossenen ersten Anwerbevereinbarungen folgten Abkommen mit der Türkei (1961) und Marokko (1963), Portugal (1964) und Tunesien (1965) sowie 1968 mit Jugoslawien (→ M8, M9).

Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten übernahmen in der Regel Tätigkeiten in der industriellen Produktion mit hoher körperlicher Beanspruchung, gesundheitlicher Belastung und Lohnbedingungen, die viele Einheimische nicht akzeptieren wollten. Männer unter den Arbeitswanderern arbeiteten vorwiegend im Maschinenbau und in der Automobilindustrie sowie im Baugewerbe. Frauen wurden insbesondere im verarbeitenden Gewerbe (Textil- und Bekleidungsindustrie) sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie eingesetzt. Etwa ein Drittel fand im Dienstleistungsgewerbe Beschäftigung.



M3 Der einmillionste „Gastarbeiter“
Fotografie vom 10. September 1964
An diesem Tag erreichte ein Zug mit mehr als tausend „Gastarbeitern“ den Bahnhof Köln-Deutz. Unter ihnen wurde Armando Rodrigues de Sá, ein 38-jähriger Zimmermann aus Portugal, per Zufall zum einmillionsten „Gastarbeiter“ gewählt. Auf ihn warteten nicht nur Vertreter von Arbeitgeberverbänden und der Arbeitsverwaltung, sondern auch zahlreiche Medienvertreter. Bei einem feierlichen Festakt wurde ihm ein Moped überreicht.

► Beschreiben Sie die Fotografie und erörtern Sie, welche Bedeutung das Begrüßungszeremoniell hat. Welche Haltung gegenüber den „Gastarbeitern“ wird deutlich?

Arbeitsmigration: Migration, deren Hauptantrieb das Finden einer Arbeitsstelle ist. Ein Großteil des Lohns wird dabei häufig an die im Heimatland verbliebene Verwandtschaft geschickt.

auf das gesamte Vertiefungsmodul bezogene Leitfrage

Begriffserklärungen in der Randspalte

Sowohl der Darstellungsteil als auch der Materialteil des Vertiefungsmoduls sind in Großthemen gegliedert. Die Arbeitsvorschläge im Materialteil umfassen das gesamte Großthema einschließlich des zugehörigen Darstellungstextes.

Gliederung nach Großthemen

materialübergreifende Arbeitsvorschläge für das gesamte Großthema

Migration – Begriffsbestimmung

M 8 D Dimensionen von Migration

Die Sozialgeografin Felicitas Hillmann (*1964) stellt wichtige Dimensionen zur Beschreibung von Migration vor:

		Merkmal	Ausprägung
Kriterien	räumlich	Distanz	Nahwanderungen, Fernwanderungen, Binnenmigration grenzüberschreitend (international / interkontinental)
		Richtung (= Unterscheidung nach Herkunfts- und Zielregion)	Peripherie – Zentrum, Land – Stadt / Stadt – Land
	zeitlich	Permanent, dauerhaft	Langfristige Verlagerung des Lebensmittelpunktes (i. d. R. länger als ein Jahr)
		Kurzfristig	Zeitlich begrenzter Aufenthalt mit Verlagerung des Lebensmittelpunktes
	Langfristig, aber nicht-permanent	Saisonal (wiederkehrend, episodisch), Tourismus (ohne Veränderung des Lebensmittelpunktes)	
Rechtlicher Status	Legal	Unterschiedliche Formen der Aufenthaltsberechtigung, Duldung (z. B. Familiennachzug, anerkannte Flüchtlinge, Asylsuchende, Gastarbeiter, Saisonarbeiter, angeworbene Fachkräfte)	
	Illegal	Einwanderer ohne registrierten und gültigen Aufenthaltsstatus / Visum	
Motivation: Grad der Freiwilligkeit / des Zwanges	Freiwilligkeit	z. B. Ruhestwanderung oder Bildungstourismus (Schüleraustausch, Praktika, Auslandsstudium)	
	Unfreiwilligkeit	Gewaltmigration (z. B. Flucht, Vertreibung, Deportation)	
Migrations-auslösende Faktoren (i. d. R. Motivbündel)	Ökonomische Faktoren	z. B. Einkommenseinbußen, Verarmung, Verschwinden lokaler und traditioneller Wirtschaftskreisläufe, Nahrungsunsicherheit	
	Politische Faktoren	z. B. politische Unruhen, Konflikte, Umsiedlungsmaßnahmen	
	Soziale Faktoren	Migrationsnetzwerke, soziale Konflikte	
	Psychologische Faktoren	Migrationsmythen, Traum vom besseren Leben	
	Kulturelle und religiöse Faktoren	z. B. Verfolgung von Minderheiten, Diskriminierung, Veränderung traditioneller Lebensformen	
Umstände der Migranten	Ökologische Faktoren	z. B. Landflucht, Umwelthavarien (z. B. Tschernobyl, Fukushima), Extremwetterlagen (z. B. Dürren, Überschwemmungen)	
	Individuelle Merkmale und Merkmale der Familie / des Haushalts	Vermögen und Einkommen, Alter, Geschlecht und Familienstand, Bildung, soziale Vernetzung, Migrationserfahrungen (in der Familie), Gesundheit	

Tabelle nach: Felicitas Hillmann, Migration. Eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive, Stuttgart 2016, S. 19

M 9 D Integration

Der Historiker Jochem Oltmer benennt zentrale Merkmale von Integration:

In der historischen Lebenswirklichkeit war Integration weder für die Zuwanderer noch für die Mehrheitsbevölkerung ein Globalereignis der Anpassung an eine Gesellschaft. Integration bedeutet vielmehr das langwährende, durch Kooperation und Konflikt geprägte Aushandeln von Chancen der ökonomischen, politischen, religiösen oder rechtlichen Teilhabe. Sie wird von Individuen, Gruppen oder Organisationen in der Zuwanderer: wie in der Mehrheitsbevölkerung in ihren je verschiedenen

Stadien unterschiedlich wahrgenommen und vermittelt. Die lange Dauer des Prozesses bedingt, dass er zugleich Teil eines mehr oder minder tief greifenden Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Kultur im Ankunftsraum ist. Dabei verblissen als distinkt verstandene Unterschiede zwischen Einwanderern und länger Eingewessenen in der Wahrnehmung der Einwanderungsgesellschaft immer weiter: ethnische Zugehörigkeit, kulturelle Muster, nationale oder regionale Identitäten, Sprache. [...] In den Zielländern werden Migranten nicht selten als Konkurrenten um begehrte Ressourcen (etwa Erwerbsmöglichkeiten, Versorgungsgüter oder Sozialleistungen)

gen) wahrgenommen und müssen deshalb mit Ablehnung bis hin zu Hass rechnen. Außerdem gelten sie nicht selten als Gefahr für die innere und äußere Sicherheit und für gesellschaftliche Gewissheiten, wie beispiels-

weise Vorstellungen über die Homogenität von Bevölkerungen oder Kulturen.

Jochen Oltmer, Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Darmstadt 2017, S. 18 – 40

Arbeitsvorschläge

- Erläutern Sie an einem selbstgewählten Beispiel die Begriffe Emigration, Push- und Pull-Faktoren, Akkulturation und Integration (Verfasstext).
- Fassen Sie die Dimensionen der Migration nach Felicitas Hillmann in eigenen Worten zusammen (M8).
- Suchen und analysieren Sie Ihnen bekannte historische und aktuelle Migrationsprozesse mit den von Hillmann genannten Dimensionen (M8).
- Analysieren Sie Oltmers Definition von Integration (M9).
- Erläutern Sie Chancen und Herausforderungen von Migration für die Migrantinnen und Migranten und ihre Zielländer.

Zuwanderung in die beiden deutschen Staaten: Gastarbeiterinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik

M 10 D Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik

Hunderterstellen sind gerundet

	Insgesamt	Italien	Spanien	Griechenland	Türkei
1954	72 900	6 500	400	500	–
1955	79 600	7 500	500	600	–
1956	98 800	18 600	700	1 000	–
1957	108 200	19 100	1 000	1 800	–
1958	136 300	31 500	1 500	2 900	–
1959	166 800	48 800	2 200	4 100	–
1960	279 400	121 700	9 500	13 000	2 500
1961	507 400	218 000	51 000	43 900	5 200
1962	655 500	266 000	87 300	69 100	15 300

Nach: Johannes-Dieter Steinert, Migration und Politik, Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 281

M 11 Q Ohne Sprachkenntnisse im fremden Land

Der 30-jährige Ali Basar kommt 1961 als einer der ersten Gastarbeiter aus der Türkei ins Ruhrgebiet. Über seine Anfangszeit in Deutschland berichtet er:

In den Pausen saß ich meist alleine da, auf einem Stein. Ich fühlte mich so einsam wie nie zuvor. Ich konnte mit niemandem reden, die Deutschen haben mich nicht beachtet. Bis Lorenz kam, der war anders. Er setzte sich neben mich, sprach mit mir. „Ich: Lorenz, du?“ – „Ich: Ali.“ So begann unsere Freundschaft. Am nächsten Tag brachte Lorenz mir von der Trinkhalle eine Sinalco mit,

die er von seinem eigenen Geld für mich gekauft hatte! Ich gab ihm von meinem Brot, machte Tee für ihn. Irrendwann luden er und seine Frau Edith mich auch zu sich nach Hause ein. Die beiden haben mich aus meiner Einsamkeit befreit, sie haben mir sehr geholfen, so liebe Menschen. Wenn ich sehr traurig war, hat Lorenz mir den Arm um die Schulter gelegt und mich aufgemuntert. In Dortmund gab es damals außer Ahmet, Sükrü und mir überhaupt keine Türken. [...] In Deutschland lebten wir allerdings viele Jahre mit schlechtem Gewissen, weil es uns hier so gut ging, wir ein friedliches Leben führen konnten. Wir konnten unseren Verwandten zwar Geld und andere Dinge schicken, aber was ist das schon, wenn dort Bomben gelegt werden? Die Armut, die ich in der Türkei erlebt habe, hat mich zur Dankbarkeit erzogen. [...] In Deutschland habe ich einen Beruf erlernt, Geld verdient, ein Auto gekauft, eine Familie gegründet. Das ist für mich ein großes Geschenk.

Ali Basar, 25. 10. 2011, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/anwerbeabkommen/43193/ali-basar/Zugriff: 21.10.2024>

M 12 Q „Zurück in die Türkei oder in Deutschland bleiben?“

Selahattin Biner ist ausgebildeter Modellschreiner, der in der Schule neben Englisch und Französisch auch Deutsch gelernt hat. 1964 ging er mit zwei Freunden als Gastarbeiter nach Deutschland:

Das war natürlich ein Abenteuer! [...] Wir haben uns riesig gefreut [...] Ich wollte immer mehr vom Leben; Freunde haben, Sport treiben, meine neue Umgebung erobern. Ich war neugierig auf die deutsche Kultur, die

Mit Materialien und Geschichtsorten umgehen lernen: Methodenseiten und Geschichte vor Ort

Die Arbeitsmethoden des Faches Geschichte kompakt auf einer Doppelseite, perfekt zum Erarbeiten oder auch Nachschlagen, finden Sie auf den Methodenseiten.

Die Seiten „Geschichte vor Ort“ schlagen zum Thema passende Geschichtsorte vor und bieten Material und Arbeitsaufträge zur Vor- und Nachbereitung einer Exkursion an.

Beispiel mit Lösungsskizze

296 Methode

Geschichtsspielfilme analysieren

Geschichtsspielfilme erscheinen vielen als angenehme Alternative zu eher trockenen, geschichtswissenschaftlichen Darstellungen, weil sie vermeintlich einen anschaulichen Blick „in die Vergangenheit“ bieten, spannend sind. Um herauszufinden, inwiefern die „Geschichte“ authentisch und triftig, und nicht etwa politisch manipulierend ist, sollten Filme einer grundlegenden Analyse unterzogen werden.

Den meisten Betrachtern dürfte die grundsätzliche Funktion der unterschiedlichen Bereiche (Kamera, Schnitt, Montage, Ton/Musik, Beleuchtung usw.) bekannt sein bzw. sie lässt sich intuitiv durch ihre Wirkung erschließen. Gleichwohl vermittelt ein Film auch auf unschwerflicher Ebene Botschaften, lenkt die Anti- bzw. Sympathien auf kaum merkbare Weise. Um sich in Distanz zur Machart und möglicherweise eigener Lenkung durch den Regisseur zu setzen, muss genau hingeschaut werden.

297 Geschichtsspielfilme analysieren

Beispiel für eine Filmanalyse

M **Q** „Spielzeugland“

Der in Deutschland produzierte Kurzfilm „Spielzeugland“ von 2007 wurde vor allem im Ausland viel beachtet und gewann, nach mehreren nationalen und internationalen Preisen, 2009 den Oscar in der Kategorie „Kurzspielfilm“. Der Film spielt im Berlin des Jahres 1942. Thema ist die Deportation von Juden im Zuge der sogenannten „Endlösung“, die 1941 vom nationalsozialistischen Regime beschlossen worden war, und das Verhalten Einzelner.

Frau Meißner verlässt mit David den Bahnsteig. Die beiden werden eingekerkert von dem zur Abfahrt bereiten Zug mit Deportierten und bewaffneten Wachmännern. Sie befinden sich in akuter Gefahr, falls doch noch auffallen sollte, dass David nicht Heinrich ist, und gehen einer unsicheren und gefährlichen Zukunft entgegen. Es besteht aber die Chance, dass die Rettung Davids gelingt.

Arbeitsschritt	Leitfragen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> Wann und wo wurde der Film gezeigt? Beruhet der Film auf Vorlagen? Welcher Gattung gehört die Erzählung an? An welchen Genres orientiert sie sich erzählerisch? Was ist das Thema des Films? Wie lässt sich die Handlung (grob) zusammenfassen? In welcher Beziehung stehen die handelnden Figuren?
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> Dargestellte Zeit: Welche Personen, Ereignisse etc. werden gezeigt? Welche sind historisch verbürgt, welche erfunden? Gibt es Abweichungen vom Forschungsstand? Produktionszeit des Films: In welchem gesellschaftlichen oder politischen Kontext ist der Film entstanden? Welche filmsprachlichen Mittel kommen mit welcher Intention zum Einsatz? Welche weiteren Hinweise gibt es zur Aussageabsicht? (z. B. Interviews der Autoren, Regisseure, Kritiken)
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> An wen richtet sich der Film (primäre Zielgruppe)? Wie wirkt der Film auf mich und andere? Was ist die Botschaft des Films? Welche Sinnbildungsangebote macht der Film? In welcher Hinsicht ist Authentizität/Triftigkeit gegeben? Wofür kann ich den Film nutzen?

Einförmige Farben, dunkle und düstere Atmosphäre: Bedrohlichkeit der Situation.

Kadrierung: Die übermächtigen Eisenbahnwaggons und die bewaffneten SS-Männer umschließen Frau Meißner und David, was immer noch Gefahr signalisiert.

Erstellungsgröße: Totale: Frau Meißner und David wirken in der dominierenden Umgebung verloren.

Leichte Vogelperspektive auf Frau Meißner und David zeigt die Gewaltigkeit des Systems gegenüber dem Einzelnen.

Schnee steht für Kälte (des Systems) und den (drohenden) Tod.

Fluchtpunkt: Frau Meißner und David laufen auf den Dampf/Nebel zu, was zukünftige Gefahr symbolisiert. Gleichzeitig wird dahinter ein schmaler Durchschlupf als Ausweg erkennbar. Durch den Fluchtpunkt erhält die Szenerie Dynamik, die die positive Entwicklung möglich erscheinen lässt.

Nähe und Distanz: Frau Meißner hält Davids Hand, ihr Körper ist auch in der Vorwärtsbewegung David zugewandt. Beides symbolisiert Nähe und Schutz. Demgegenüber sind die SS-Leute nun distanzierter. Sie lassen die beiden unbehelligt.

Arbeitsvorschläge

- Analysieren Sie den Film „Spielzeugland“.
- Wählen Sie einen weiteren Still und untersuchen dessen filmische Mittel wie in der Beispielsequenz.
- Bewerten Sie den Film und vergleichen mit den Begründungen der Jurys für die Auszeichnungen, die „Spielzeugland“ erhalten hat.

Die Lösung zu dieser Seite finden Sie unter Mediacode 32065-0118.

Arbeitsschritte mit Hilfen

ausführliche Lösung über QR-Code

Sachsenhausen als historischer Lernort

Erinnern und Gedenken seit 1961

Die Erinnerung an die Konzentrationslager Oranienburg (1933–1934) und Sachsenhausen (1936–1945), an das sowjetische Speziallager (1945–1950) sowie an die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen in der Zeit der DDR (1961–1990) wird seit 1993 von der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen wahrgenommen. Dazu gehört das Sammeln von Quellen, das Erforschen, Dokumentieren und Präsentieren der Lagergeschichte, das Trauern um die Toten sowie das Anbieten von Lerngelegenheiten für die historische Bildung.

Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945

Im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager nahm Sachsenhausen als Modell- und Schulungslager für die SS in der Nähe der Reichshauptstadt Berlin eine Sonderstellung ein. Dies zeigt sich auch darin, dass ab 1938 die „Inspektion der Konzentrationslager“, die Verwaltungszentrale aller Konzentrationslager im deutschen Machtbereich, nach Sachsenhausen verlegt wurde. Zwischen 1936 und 1945 waren mehr als 200 000 Menschen im Lager Sachsenhausen und seinen rund 100 Außenlagern inhaftiert: politische Gegner, Juden, Sinti und Roma, Menschen aus den besetzten Ländern Europas sowie Homosexuelle, Geistliche und Zeugen Jehovas. Zehntausende kamen durch Hunger, Krankheit, Zwangsarbeit und Misshandlungen um oder wurden Opfer von systematischen Vernichtungsaktionen der SS. Nachdem die SS gegen Kriegsende mehr als 30 000 Häftlinge auf einen Todesmarsch geschickt hatte, wurden am 22. und 23. April 1945 noch etwa 3 000 Inhaftierte von sowjetischen und polnischen Soldaten befreit.

Das Sowjetische Speziallager 1945–1950

Der sowjetische Geheimdienst NKWD inhaftierte von 1945 bis 1950 rund 60 000 Menschen im Lager – NS-Belastete (zumeist unterer Ränge) und Unbelastete, politisch Missliebige, willkürlich Verhaftete und von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte. Nahezu 12 000 von diesen starben an Unterernährung und Krankheiten.

Vor dem Besuch

- Informieren Sie sich (mithilfe der Internetadressen) entweder über a) den historischen Ort Bernauer Straße 1961–1989, b) eines der (mindestens 136) Todesopfer der Berliner Mauer, c) einen Zeitzeugenbericht.
- Verständigen Sie sich darüber, ob und wie Sie vor Ort auch der Toten gedenken wollen.

Vor Ort

- Beschreiben und analysieren Sie (arbeitsteilig) eine der Dauerausstellungen: a) Berlin, 13. August 1961 (Dokumentationszentrum); b) Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin (Nordbahnhof).
- Erkunden Sie das Außengelände und fassen Sie zusammen, welche a) historischen Überreste/Quellen aus der Vergangenheit und b) rückblickenden Darstellungen über die Vergangenheit zu finden sind.
- Notieren Sie Ihre Beobachtungen und Eindrücke, machen Sie Skizzen, fotografieren Sie.

Nach dem Besuch

- Führen Sie eine Pro- und Kontra-Diskussion zu den Fragen: Soll die Grenzanlage in der Bernauer Straße zur Veranschaulichung originalgetreu wieder errichtet werden? Oder: Sollen die historischen Überreste so erhalten werden, wie wir sie heute auffinden?
- Entwerfen Sie eine Präsentation (als Ausstellung in der Schule, für die Website, als Übung für eine Prüfung etc.), in der Sie die Gedenkstätte Bernauer Straße darstellen.

Material und Arbeitsaufträge zur Vorbereitung des Besuchs

M1 Appell

Emil Ackermann, 1937 bis 1939 deutscher politischer Häftling in Sachsenhausen, erinnert sich an das alltägliche Ritual des Lagerappells:

Beim Lagerappell [...] kam es drauf an, dass die Sollzahl des Rapportführers mit der errechneten Istzahl des Lagerschreibers übereinstimmte. Fehlte ein Häftling oder stimmten beide Zahlen aus anderen Gründen nicht überein, heulten sofort die Alarmsirenen.

Aussage von Emil Ackermann (um 1980), in: Günter Morsch und Astrid Ley (Hrsg.), Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Ereignisse und Entwicklungen, Berlin 2010, S. 83



Zählappell mit Maschinengewehr im Vordergrund
SS-Propagandafoto, Februar 1941

M2 Lageralltag

Auch Zdzislaw Jasko aus Polen, der von 1940 bis 1945 als Häftling in Sachsenhausen ist, muss sich Tag für Tag und oft stundenlang in die Masse der Häftlinge einreihen:

Es war noch nicht Tag. Alles war noch grau. [...] Nach dem Waschen wurden wir auf die Lagerstraße getrieben, wo schon Leute standen. Auch wir mussten uns sofort aufstellen. Überall gingen die SS-Leute, die Blockältesten und Stubenältesten mit Knütteln umher und brüllten: „Los, los“, natürlich unter Schlägen.

Aussage von Zdzislaw Jasko (2006), in: Günter Morsch und Astrid Ley (Hrsg.), a.a.O., S. 93



„Morgenappell“
Bleistiftzeichnung des niederländischen Häftlings Jan Budding, 1943

Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie beide Bilder und benennen Sie die dargestellte historische Situation. Beziehen Sie dabei auch die Informationen über die unterschiedlichen Hierarchiestufen der Häftlingsgesellschaft im KZ Sachsenhausen ein, die Sie aus M1 und M2, vor Ort oder über Recherche in Büchern oder im Internet erarbeiten können.
2. Nennen Sie den Standpunkt, von dem aus fotografiert wurde.
3. Vergleichen Sie die beiden Bilder.
4. Erörtern Sie den jeweiligen Wert der unterschiedlichen Darstellungen als Quelle und beurteilen Sie, welche Sie mit welchem Ziel in einer Ausstellung verwenden würden.
5. Beide Abbildungen zeigen die „Geometrie des totalen Terrors“. Nehmen Sie zu dieser These begründet Stellung.



Arbeitsschritte für Vorbereitung, Besuch und Nachbereitung

Abiturvorbereitung mit **Buchners Kolleg Geschichte:** Geschichte kontrovers und Übungsklausuren

„Geschichte kontrovers“ bietet Ihnen die Möglichkeit, historische Debatten ohne Vorbereitungsaufwand in Ihren Unterricht einzubinden.

Zwei Übungsklausuren pro Halbjahr im Format der Abiturklausuren ermöglichen eine gezielte Vorbereitung. Mithilfe der ausführlichen Lösungsskizze können die Lernenden ihr Ergebnis selbst überprüfen.

300

Geschichte kontrovers

Staatsterror oder „Volksgemeinschaft“?

Der Nationalsozialismus war unbestritten eine Diktatur. Kontrovers diskutiert die Geschichtswissenschaft aktuell ein Kennzeichen dieser Periode: Wie hat sich der Nationalsozialismus der deutschen Gesellschaft bemächtigt, d. h. wie erklärt sich das Ausmaß der Zustimmung zu bzw. der Beteiligung der deutschen Bevölkerung an dieser Diktatur? Während die eine Seite den staatlichen Terror von oben betont, hebt die andere die Zustimmung zu einer nicht nur gedachten, sondern zu einer wirklichen NS-Volksgemeinschaft hervor und unterstreicht den inneren Konsens zahlreicher Deutscher mit vielen Maßnahmen der Nationalsozialisten. Zur Leitfrage „Staatsterror oder Volksgemeinschaft?“ äußern sich zwei international bekannte Historiker.

M1 „Verführung und Gewalt“

Nach Hans-Ulrich Thamer, Professor für Geschichte an der Universität Münster, kennzeichnen vor allem zwei Maßnahmen das Regime des Nationalsozialismus:

- Worauf gründete sich diese Macht, die sich im Ornament der marschierenden Gefolgschaft und im Nimbus¹ der strahlenden Führergestalt darstellte? Worauf beruhte die Stabilität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems? War das Dritte Reich, wie es sich mit dem Anspruch auf Ewigkeit und Erlösung nannte, ein Führerstaat, in dem der Wille des „Führers“ alles bestimmte und der auf die blinde Gefolgschaft der breiten Massen rechnen konnte? [...] Sicherlich waren es nicht allein Manipulation und Terror; die verschiedenen Formen von Zustimmung und Hinnahme hatten das während der Machtergreifungsphase gezeigt. Es war vielmehr die verwirrende Verbindung von Zustimmung und Gewalt, die kennzeichnet die Wirkungsweise der nationalsozialistischen Herrschaft. Bezugspunkt des Konsenses wie der absoluten Macht war weiterhin der charismatische Führer Hitler, wie bereits in der „Kampfzeit“ und in der Machtergreifungsphase. Das Ansehen der nationalsozialistischen Partei schwand hingegen ebenso kontinuierlich wie die traditionelle Staatlichkeit. Das änderte freilich nichts an der Integrationsfähigkeit des Regimes, das bis zu seinem bitteren Ende ein hohes Maß an Stabilität und Loyalität vorfand und gleichzeitig eine ungeheure Vernichtungskraft entfaltete: [...] Die Autorität des Diktators blieb in den Friedensjahren unbestritten und wuchs im Kriege immer weiter. Das lag an der Anpassungsbereitschaft der Bürokratie und an der blinden Gefolgschaft der Unterführer, aber ebenso an dem sich mit innen- und außenpoliti-

¹ Nimbus: hier: Ansehen, Glanz, der eine Person oder Sache umgibt

schen Erfolgen fast überschlagenden Führerkult. Die Bereitschaft der bürokratischen Eliten zur Mitarbeit im „nationalen Staat“ war einzig an die Person Hitlers gebunden. Sie war einmal in deren obrigkeitstaatlichem Denken begründet, aber genauso in der Unterschätzung Hitlers, der sich erfolgreich als gemäßiger Staatsmann zu stilisieren und damit den Radikalismus seines politischen Denkens und Handelns zu verbergen verstand. Wann immer Zweifel und Kritik an Hitlers Politik aufkamen, sie wurden durch die suggestive Überredungsgabe Hitlers selbst wie durch die Wirkung des Hitler-Mythos aufgefangen. Die Fähigkeit Hitlers, auch erfahrene Politiker und selbstsichere Militärs umzustimmen und an sich zu binden, ist zu häufig bezeugt, als dass sie als unglaubwürdige Schutzbehauptung abgetan werden könnte. Doch ohne schon vorhandene Anpassungsbereitschaft, Selbsttäuschung und den stabilisierenden Effekt des Hitler-Kultes wäre diese Ausstrahlungskraft nicht so wirkungsvoll gewesen. [...] Es war die alte Verbindung von Verführung und Gewalt, die die Stabilität des Regimes bis in die Katastrophe hinein sicherte. Die Rücksichtnahme auf die materiellen und emotionalen Bedürfnisse der Menschen, verbunden mit Einschüchterung und Terror, die Atomisierung der Gesellschaft und der weitgehende Verzicht auf gesellschaftliche Verantwortung, eine sich verstärkende Realitätsflucht wie das Eingeständnis einer partiellen Komplizenschaft mit dem Regime, der sich nur langsam aufzehrende Führermythos wie patriotische Loyalitäten. Es war ein Bündel von Einstellungen, Motiven und Zwängen, die einen offenen Widerstand fast ganz ausschlossen, die auch jede Kraft schwächten, eine andere politische Wirklichkeit zu denken.

Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1994, S. 338f., 347f. und 725f.

Staatsterror oder „Volksgemeinschaft“?

301

M2 Spiel des Anprangerns, Ausgrenzens und „Erledigens“

Der kanadische Historiker Robert Gellately lehrt und forscht an verschiedenen amerikanischen Universitäten, auch am Center for Holocaust Studies in den USA. In seinen Werken geht er immer wieder auf die Loyalität zahlreicher Deutscher zum System des Nationalsozialismus ein:

- Zustimmung und Zwang [waren] während des gesamten Dritten Reiches aufs Engste miteinander verknüpft, was zum Teil daran lag, dass Zwang und Terror meistens gegen bestimmte Individuen, Minderheiten und soziale Gruppen eingesetzt wurden, gegen die das Volk wenig Sympathie hegte. Zwang und Terror waren höchst selektiv und regneten jedenfalls nicht gleichmäßig auf die Köpfe der deutschen Bevölkerung herab. Anfang 1933 begannen Polizei und SA, Köpfe einzuschlagen, und es wurden neue Konzentrationslager errichtet, aber kaum mehr als eine Miniwelle des Terrors ging über Deutschland hinweg. Im Großen und Ganzen bedurfte es des Terrors nicht, um die Mehrheit – oder auch signifikante Minderheiten – in Reih und Glied zu zwingen. [...] Ich behaupte [...], dass ab 1933 die Zustimmung zu Hitler und immer mehr auch zum Nationalsozialismus praktisch niemals infrage stand. [...] Man muss sich vor der Annahme hüten, ganz Deutschland habe einem militärischen Ausbildungslager geglichen, in dem die Menschen der Doppelbeeinflussung von Propaganda und Terror unterworfen sind. Man hat wenig von der nationalsozialistischen Propaganda begriffen, wenn man sie sich als Gehirnwäsche oder reine Manipulation der Gefühle vorstellt. [...] Die nationalsozialistische Propaganda sollte und konnte dem deutschen Volk nicht auf primitive Weise aufgezungen werden. Im Gegenteil, sie sollte es ansprechen und deutschen Denkweisen gerecht werden. [...] Noch bis vor Kurzem betonte die Geschichtswissenschaft die Passivität der deutschen Bürger im Dritten Reich und tat so, als sei der nationalsozialistische „Polizeistaat“ dermaßen allgegenwärtig gewesen, dass er der Initiative der Bürger über Zeremonien und Rituale hinaus wenig Spielraum gelassen habe. Heute wissen wir, dass vielleicht nicht alle Bürger mit allem einverstanden

waren, [...] dass aber das Regime keine Mühe hatte, die Bevölkerung zur Denunziation von Verstoßen gegen das rassistische System zu animieren. Das Liefern von Informationen an Polizei oder Partei gehörte zu den wichtigsten Beiträgen des staatsbürgerlichen Engagements im Dritten Reich. Immerhin war es eine Sache, neue Gesetze und Verordnungen zu erlassen und die Bestimmungen von oben her zu verkünden, aber eine ganz andere, sie in der Gesellschaft als Ganzes durchzusetzen. Es war ein charakteristisches Merkmal des Dritten Reiches [...], dass das Regime keine Mühe hatte, sich die Kollaboration normaler Bürger zu sichern. [...] Die Nationalsozialisten beanspruchten, sich der Schaffung der „Volksgemeinschaft“ verschrieben zu haben. In dem Bestreben, diese „Volksgemeinschaft“ zu schmieden, deren Fundament eine irrwitzige Logik der Gleichheit, Reinheit und Homogenität war, verstrickten sich die Nationalsozialisten wie das deutsche Volk insgesamt in ein mörderisches Spiel des Anprangerns, Ausgrenzens und schließlich „Erledigens“ von unerwünschten sozialen „Elementen“ und „Volkseindern“. Das begann damit, dass viele normale Bürger [...] zu handhaben lernten, wer zur „Volksgemeinschaft“ dazugehörte und wer nicht.

Robert Gellately, Hingschaut und weggehese. Hitler und sein Volk, übersetzt von Holger Fießbach, Bonn 2005, S. 14, 15, 359 und 362 f.

M3 Abweichendes Verhalten

Foto vom 13. Juni 1936 (Ausschnitt)

Die Aufnahme wurde während des Stapellaufes eines Schiffes auf einer Hamburger Werft gemacht.



Arbeitsvorschläge

1. Stellen Sie die Einschätzungen mit ihren jeweiligen Begründungen tabellarisch einander gegenüber, listen Sie auch die Gemeinsamkeiten auf (M1 und M2).
2. Der Nationalsozialismus: „Staatsterror“ oder „Volksgemeinschaft“? Nehmen Sie Stellung.



Materialien, die verschiedene Standpunkte der Kontroverse abdecken

**Aufgabenstellung
im Abiturformat**

362

Übungsklausur

Übungsklausur

Belastung der Weimarer Republik durch Reparationen

Die Reparationsforderungen auf der Grundlage des Versailler Vertrages – eine untragbare Belastung für die Weimarer Republik?

Aufgabenart: Quellen interpretieren

Interpretieren Sie die Quellen unter der oben genannten Fragestellung, indem Sie

- die Quellen analysieren,
- sie in ihren historischen Kontext einordnen,
- ein begründetes Urteil formulieren.

M1 Q „Ein durchschaubarer Trick“

Informationen zum Bild:

Die Satirezeitschrift *Punch* veröffentlichte am 28. Dezember 1921 folgende Karikatur von Bernard Partridge (1861–1945). Die britische Satirezeitschrift *Punch* erschien wöchentlich von 1841 bis 1992 und von 1996 bis 2002. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der obigen Karikatur erreichte das Magazin eine breite britische Leserschaft.

Die Bildunterschrift lautet:
Ein durchschaubarer Trick
Deutschland: „Hilf! Hilf! Ich ertrinke! Werfen Sie mir den Rettungsring zu!“
Mr. Lloyd George, M. Briand: „Versuchen Sie es mit aufstehen.“
(Aufschrift auf dem Rettungsring: loan = Anleihe, Kredit)

David Lloyd George (in der Karikatur rechts) war von 1916 bis 1922 britischer Premierminister. Aristide Briand (in der Karikatur mittig) war von 1921 bis 1922 französischer Ministerpräsident. Die endgültige Höhe der im Versailler Vertrag noch nicht spezifizierten Reparationsforderungen war 1921 festgelegt worden.



¹ Die Fragestellung wurde von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin erarbeitet und entspricht dem Niveau eines Leistungskurses.

Belastung der Weimarer Republik durch Reparationen

363

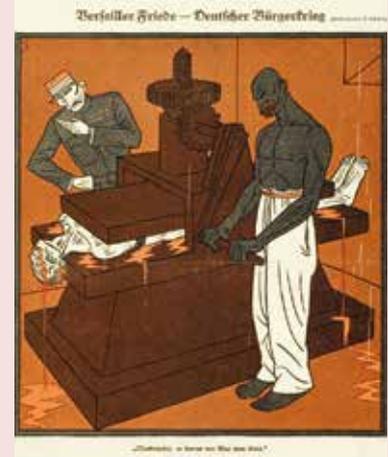
**M2 Q „Versailler Friede“ –
Deutscher Bürgerkrieg**

Informationen zum Bild:
Die deutsche Satirezeitschrift *Simplicissimus* veröffentlichte am 2. August 1922 folgende Karikatur von Erich Schilling (1885–1945).

Die Bildunterschrift lautet:
„Merkwürdig, es kommt nur Blut statt Gold.“

Die Münchener Satirezeitschrift *Simplicissimus* erschien wöchentlich von 1896 bis 1944. Im Kaiserreich hatte das bürgerlich-konservative Magazin die Monarchie kritisiert, in den 1920er Jahren wendete es sich vornehmlich außenpolitischen Themen zu.

Die Uniform weist die Person auf der linken Seite als Franzosen aus. Sein Helfer soll vermutlich aus einer der französischen Kolonien in Afrika stammen.



Tipps zur Bearbeitung

- Informationen zum Versailler Vertrag und den Reparationsforderungen finden Sie auf S. 274 ff.
- Arbeiten Sie die Positionen der beiden Zeichner heraus.
- Beantworten Sie die Themenfrage unter Berücksichtigung Ihrer bisherigen Ergebnisse.

Die Lösung zu dieser Übungsklausur finden Sie unter Mediencode 32065-0069.



**Tipps zur Bearbeitung
der Aufgabe**

**ausführliche Lösungs-
skizze über QR-Code**

Buchners Kolleg Geschichte — Neue Ausgabe Berlin/Brandenburg

Unterrichtswerk für die Oberstufe

Gesamtband

Bearbeitet von Henrike Albrecht, Dennis Dornbrack, Katja Eickmans, Felix Hinz, Dimitrios Kalpakidis, Johannes Köpcke und Niels Wienrich

Zu diesem Lehrwerk ist geplant:

Digitales Lehrmaterial **click & teach** Einzellizenz, WEB-Bestell-Nr. 320661

Weitere Lizenzformen (Einzellizenz flex, Kollegiumslizenz) und Materialien unter www.ccbuchner.de.

Dieser Titel wird auch als digitale Ausgabe **click & study** unter www.ccbuchner.de erscheinen.

Leseprobe

Dieses Werk folgt der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

© 2025 C.C.Buchner Verlag, Bamberg

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags. Hinweis zu §§ 60 a, 60 b UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und/oder in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische, digitale oder andere Wiedergabeverfahren sowie jede öffentliche Vorführung, Sendung oder sonstige gewerbliche Nutzung oder deren Duldung sowie Vervielfältigung (z. B. Kopie, Download oder Streaming), Verleih und Vermietung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags.

Nutzungsvorbehalt: Die Nutzung für Text und Data Mining (§ 44b UrhG) ist vorbehalten. Dies betrifft nicht Text und Data Mining für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung (§ 60d UrhG).

Redaktion: Jennifer Weisenseel, Sarah Zeitler

Layout und Umschlag: mgo360 GmbH & Co. KG, Bamberg

Satz: Artbox Grafik und Satz GmbH, Bremen

www.ccbuchner.de

ISBN der genehmigten Auflage 978-3-661-**32065-6**

Bildquellenverzeichnis

Bildnachweis

akg-images – S. 452; Alamy Stock Photo / Granger Historical Picture Archive – S. 431, 438; bpk-Bildagentur – S. 439; - / Deutsches Historisches Museum, Sebastian Ahlers – S. 443; - / Herbert Hensky – S. 436; Bundeszentrale für politische Bildung, 2020 / www.bpb.de, CC BY-NC-ND/3.0/de/ – S. 471; © Courtesy Loock Galerie Berlin / Nachlass York der Knöfel // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 447; © erika-foto.de – S. 488; © Fazit Communication GmbH / Tatsachen über Deutschland – S. 486; Frankfurter Rundschau / Felix Mussil – S. 437 (2); Horst Haitzinger, München – S. 464; Mauritius Images / Alamy Stock Photo, Allstar Picture Library – S. 472; - / Alamy Stock Photo, Allstar Picture Library Ltd – S. 465; - / Alamy Stock Photo, Keystone Press – S. 456; - / Alamy Stock Photo, Panther Media GmbH – S. 466; - / Alamy Stock Photo, Pictorial Press Ltd – S. 433; - / Alamy Stock Photo, Juergen Schwarz – S. 428; - / Alamy Stock Photo, ZUMA Press, Inc. – S. 453; picture-alliance – S. 430, 462; - / akg-images – S. 432, 446, 456; - / Bildarchiv, Egon Steiner – S. 456; - / dpa, dpa-Zentralbild, Annette Riedl – S. 446; - / dpa, Ossinger – S. 487; - / dpa-Team – S. 463; - / Wolfgang Kumm – S. 466; - / Sanden – S. 455; - / ullstein bild (s/w Aufnahme 1928; umcoloriert: C.C. Buchner Verlag) – Cover; - / zb, Paul Glaser – S. 461, 486; - / ZB, Waltraud Grubitzsch – S. 495; - / ZB, Jens Kalaene – S. 491; - / ZB, Reinhard Kaufhold – S. 444; - / ZB, Wolfgang Thieme – S. 489; - / Zentralbild, Klaus Franke – S. 462; Rainer Schwalme, Lübbenau – S. 470; Shutterstock / 360b – S. 464; - / Matthias Roehle – S. 472; ; DER SPIEGEL 15/1992, Hamburg – S. 490; Stiftung Haus der Geschichte – S. 440; Wolfgang Hicks (Künstler) / Stiftung Haus der Geschichte – S. 476; ullstein bild / Sven Simon – S. 454; © Wilhelm-Busch-Gesellschaft e. V., Hannover – S. 475; Eberhard Detlef Wilms, Stuttgart – S. 445.

Mediencodes

imago images / epd – S. 462 (31000-274);
ullstein bild; picture-alliance / SZ Photo, Scherl; picture-alliance / ullstein bild; bpk-Bildagentur / Deutsches Historisches Museum, Sebastian Ahlers; www.wikimedia.org; Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg – S. 486 (32065-0002);

Zur Arbeit mit dem Buch	8
1. Umbrüche, Transformationen und Krisen	
1.1 Basismodul: Revolutionen	12
Amerikanische Revolution	14
Methode: Verfassungsschemata auswerten	28
Französische Revolution	30
Vormärz und Revolutionen im Deutschen Bund 1848/49	52
Geschichte kontrovers: 1848/49 – ein Scheitern der Revolution?	68
Geschichte vor Ort: Am Grundstein der Demokratie: der Friedhof der März- gefallenen in Berlin als außerschulischer Lernort	70
1.2 Basismodul: Industrialisierung und Globalisierung	72
Innovationen und Inventionen in Landwirtschaft und Produktion	74
Wirtschaftliche Folgen des Wandels	82
Methode: Statistiken interpretieren	94
Soziale und ökologische Folgen des Industrialisierung	96
Geschichte vor Ort: Industriekultur in Brandenburg	104
Vernetzung des Welthandels am Beispiel Baumwolle	106
Industrialisierung im Kontext wirtschaftlicher und politischer Ziele zur Zeit des Hochimperialismus	118
LK Überblick über transatlantische Beziehungen seit dem 16. Jh.	126
1.3 Vertiefungsmodul: Ideen der griechisch-römischen Antike, der Renais- sance und Aufklärung als Impulse für Umbrüche und Transformationen ..	132
1.4 Vertiefungsmodul: Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftskrisen	144
1.5 Vertiefungsmodul: Krankheit und Gesundheit als transformative Kräfte der Gesellschaft	156
1.6 Vertiefungsmodul: Religion als Referenz für Transformationen und Umbrüche	168
1.7 Vertiefungsmodul: Hochimperialismus und kolonialisierte Räume	170
Perspektive Abitur:	172
Übungsklausur: Revolutionen in Amerika und Frankreich im Vergleich	174
Übungsklausur: Die soziale Frage	176

2. Gesellschaftliche Kräfte und die Entwicklung von Staaten im Spannungsfeld zwischen Demokratie, Diktaturen und Krieg	
2.1 Basismodul: Gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen und ihre Entwicklung bis in die Weimarer Republik	180
Staat und Gesellschaft der Weimarer Republik 1918–1933	182
Methode: Politische Plakate analysieren	216
Geschichte kontrovers: 1918/19 – eine „steckengebliebene“ Revolution?	218
LK Konkurrierende politische Ideen in der Gründungsphase	220
Geschlechterverhältnisse und erste Frauenbewegungen	224
Jüdische Emanzipation und Partizipation, Antijudaismus und Antisemitismus	232
2.2 Basismodul: Nationalsozialistische Gewaltherrschaft	240
Ideologische Grundlagen des Nationalsozialismus	242
Ursachen, Errichtung und Durchsetzung der NS-Diktatur	247
Organisation der NS-Herrschaft und Gesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit	252
Aspekte der nationalsozialistischen Außen- und Wirtschaftspolitik	258
Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung deutscher und europäischer Jüdinnen und Juden 1933–1945	263
Der Zweite Weltkrieg als Expansions- und Vernichtungskrieg	272
Widerstand	278
Handlungsspielräume im Nationalsozialismus	284
LK Exil, Emigration, Umsiedlung	290
Methode: Geschichtsspielfilme analysieren	296
Geschichte vor Ort: Sachsenhausen als historischer Lernort	298
2.3 Vertiefungsmodul: Gesellschaftliche Entwicklungen in Kunst und Kultur, Erziehung und Bildung	300
2.4 Vertiefungsmodul: Nationalismus und Internationalismus, Militarismus und Pazifismus in Europa	312
2.5 Vertiefungsmodul: Kommunistische Diktatur in der Sowjetunion	324
2.6 Vertiefungsmodul: Europäische Staaten in der Zwischenkriegszeit – im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Diktatur	336
2.7 Vertiefungsmodul: Globale Dimensionen der Weltkriege	348
Perspektive Abitur:	360
Übungsklausur: Belastung der Weimarer Republik durch Reparationen	362
Übungsklausur: Widerstand im Nationalsozialismus	364

3. Zeitgeschichte nach 1945

3.1 Basismodul: Vom „Kalten Krieg“ zur polyzentrischen Welt	368
Der Ost-West-Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg	370
Krisen und Konflikte im Zeichen des Kalten Krieges	377
Das Ende der Bipolarität	389
Methode: Politische Reden analysieren	394
Geschichte kontrovers: Das Ende des Kalten Krieges – Ergebnis des militärischen Niederrüstens?	396
Geschichte vor Ort: History sells? Der Checkpoint Charlie als historischer Lernort	398
Erneute und neue Spannungen unter dem Vorzeichen polyzentrischer Weltordnung	400
LK Entspannungspolitik und Abrüstungsbemühungen zwischen der UdSSR und den USA bis 1990	414
3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess	428
Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn – Deutschland in der Nachkriegszeit	430
Die doppelte Staatsgründung	437
Die DDR 1949–1989 – Staat und Gesellschaft	443
Selbstverständnis und Entwicklung der Bundesrepublik	452
Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung	461
Transformationszeit und Einigungsprozess	470
LK Verflechtungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten	475
Methode: Fotografien als Quellen deuten	482
Geschichte vor Ort: Tatort Teilung: die Gedenkstätte Berliner Mauer als historischer Lernort	484
3.3 Vertiefungsmodul: Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte	
LK inkl. Migration und Migrationspolitik in den 1990er Jahren im wiedervereinigten Deutschland	486
3.4 Vertiefungsmodul: MOEL- und südosteuropäische Staaten nach 1990	498
3.5 Vertiefungsmodul: Regionale Konflikte im globalen Kontext	510
3.6 Vertiefungsmodul: Gefährdung ökologischer Lebensgrundlagen, Geschichte von Umwelt- und Artenschutz	522
3.7 Biografisch-familiengeschichtliche Zugänge und Zugänge über Biografien	534
Perspektive Abitur:	546
Übungsklausur: Ein vermeidbarer Konflikt?	548
Übungsklausur: 1989 – eine Revolution?	550

4. Geschichtskultur

4.1 Basismodul: Erinnern und Gedenken	554
Erinnerung und Gedenken an die koloniale Vergangenheit Deutschlands	556
Geschichte vor Ort: Spuren des Kolonialismus in Berlin	574
Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und Formen des Widerstands bzw. Opposition	576
Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur und Formen des Widerstands bzw. Opposition	584
Methode: Textquellen erschließen	612
4.2 Vertiefungsmodul: Geschichtskultur im internationalen Vergleich	614
4.3 Historische Personen und Geschichtspolitik	626
4.4 Darstellungen von Geschichte in (sozialen) Medien	638
Perspektive Abitur:	650
Übungsklausur: Deutschlands koloniale Vergangenheit	652

Anhang

Hilfen zum richtigen Umgang mit Operatoren	654
Wie gehe ich vor? – Umgang mit Abiturklausuren	662
Abiturvorbereitung	668
Personenregister	676
Sachwortregister	680
Bildquellenverzeichnis	687

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

Der „Berliner Mauerweg“ erstreckt sich über rund 160 Kilometer und kennzeichnet den ehemaligen Verlauf der Mauer zwischen der DDR und West-Berlin. Er wurde in den Jahren 2002 bis 2006 realisiert und ist in 14 Einzelstrecken untergliedert. Etliche

Informationsstelen entlang des Wegs erinnern an wichtige Ereignisse, politische Entwicklungen sowie die Opfer der Berliner Mauer und informieren über den Alltag in der ehemals geteilten Stadt. Ziel des Mauerweg-Projekts ist es, die Zeit der Teilung Deutschlands und damit einen zentralen Aspekt der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg erfahrbar zu machen.

Diese war von ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR geprägt sowie maßgeblich von den Differenzen der Siegermächte im Zuge des Kalten Kriegs beeinflusst. Mit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten im Jahr 1949 verlief die Trennlinie mitten durch Deutschland und ließ zwei politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich unterschiedliche Systeme entstehen. Es dauerte 20 Jahre, bis es im Rahmen der globalen Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kam. Zu Beginn der 1980er-Jahre formierte sich in der DDR eine Oppositionsbewegung, deren Wirken in die Friedliche Revolution von 1989, den Mauerfall, die Überwindung der SED-Diktatur und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands mündete.



M1 **Q** Hinweisschilder „Berliner Mauerweg“

Foto von Oktober 2016

Der gesamte Streckenverlauf des „Berliner Mauerwegs“ ist mit entsprechenden Schildern gekennzeichnet.

Internettipp:



Weitere Informationen zum „Berliner Mauerweg“

M2 **D** Bundesrepublik und DDR

Die Karte zeigt die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Bundesländer (seit 1949, das Land Baden-Württemberg wurde 1952 gegründet, das Saarland trat 1957 der Bundesrepublik bei) und die Gliederung der Deutschen Demokratischen Republik in Bezirke (seit 1952). Während die innerdeutsche Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten verlief, trennte die Berliner Mauer West-Berlin vom Bereich der umliegenden DDR.



- 1945 — **Potsdamer Konferenz** der alliierten Siegermächte über Deutschland
- 1945–1948 — Rund 14 Millionen Deutsche werden aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches sowie aus Ost- und Südosteuropa vertrieben.
- 1945–1950 — Die Alliierten führen in ihren Besatzungszonen unterschiedliche Verfahren der **Entnazifizierung** durch.
- 1945/46 — **Nürnberger Prozess** gegen die Hauptkriegsverbrecher
- 21./22. 4. 1946 — In der Sowjetischen Besatzungszone schließen sich KPD und SPD zur SED zusammen.
-
- 1947 — Erstes deutsches Parlament nach dem Zweiten Weltkrieg; der Frankfurter Wirtschaftsrat.
- 1948–1952 — US-amerikanische Aufbauhilfe (Marshall-Plan) für die westeuropäischen Länder.
- 1948/49 — **Berlin-Blockade**. Die Stadt wird geteilt und erhält getrennte Verwaltungen.
- 1949 — **Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR**.
-
- 1950 — Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS); die DDR wird Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
17. 6. 1953 — Landesweiter **Arbeiteraufstand** gegen das SED-Regime.
- Mai 1955 — Mit den **Pariser Verträgen** endet die Besatzungszeit im Westen. Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO.
- 1957 — Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG).
13. 8. 1961 — Die DDR-Regierung beginnt in Berlin mit dem **Bau der Mauer**.
- 1972/73 — Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR.
- 1975 — Die DDR unterzeichnet die KSZE-Schlussakte, in der Menschen- und Bürgerrechte nach westlichem Maßstab festgelegt sind.
-
- 1985–1989 — In der DDR entsteht eine Oppositionsbewegung.
4. 9. 1989 — Erste „**Montagsdemonstration**“ in Leipzig. Einen Monat später fordern über 500 000 Menschen in Berlin einen „eigenständigen Weg“ der DDR.
- 7./8. 11. 1989 — Die DDR-Regierung und das Politbüro der SED treten zurück.
9. 11. 1989 — Die **Grenzübergänge nach West-Berlin und in die Bundesrepublik werden geöffnet**.
18. 3. 1990 — Erste freie Wahl zur Volkskammer in der DDR. Eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler spricht sich für eine schnelle deutsche Einheit aus.
1. 7. 1990 — **Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion**: Die D-Mark wird offizielle Währung in der DDR.
23. 8. 1990 — Die Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG.
3. 10. 1990 — **Wiedervereinigung Deutschlands**.

Zwischen
Zusammenbruch
und Neubeginn

Die doppelte
Staatsgründung

Geteilte
Geschichte: Bun-
desrepublik und
DDR 1949–1989

Friedliche
Revolution und
Wiedervereinigung

430

Animierte Karte:

Informationen zu
Europa nach dem Krieg

M1 Q Einmarsch der Amerikaner

Foto von März 1945

Eine alte Dame blickt fassungslos auf die Trümmer im hessischen Bensheim an der Bergstraße, während amerikanische Soldaten in die Stadt einmarschieren. Aus den Fenstern der Gebäude hängen weiße Fahnen.

- ▶ Ordnen Sie die Fotografie in den historischen Kontext ein.
- ▶ Das Bild gehört zu einer der bekanntesten Fotografien der Nachkriegszeit. Diskutieren Sie, warum das Foto so bekannt wurde und inwiefern es als Sinnbild für die Bezeichnung des Endes des Zweiten Weltkriegs als „Stunde Null“ der deutschen Geschichte gelten kann.

Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn – Deutschland in der Nachkriegszeit



LEIT-FRAGE

Der Zusammenbruch als „Stunde Null“?

Konferenz von Jalta: Treffen der „Großen Drei“ (Churchill, Roosevelt, Stalin) vom 4.–11. Februar 1945. Folgende Bestimmungen wurden Deutschland auferlegt: Entwaffnung und Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung des politischen Lebens, Dezentralisierung der staatlichen Ordnung und der Wirtschaft sowie Wiederaufbau der lokalen Selbstverwaltung „nach demokratischen Grundsätzen“.

Kriegsende

Das Deutsche Reich war im Mai 1945 vollkommen zusammengebrochen. Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht gab die Reichsleitung alle Regierungsgewalt in die Hände der Sieger. Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion (im Juli 1945 wurde auch Frankreich in den Kreis der alliierten Siegermächte aufgenommen) trugen nun die Verantwortung für Deutschland. Es gab vorerst keinen Friedensvertrag mit Deutschland, sondern lediglich Abkommen der Siegermächte über die Regelung des öffentlichen Lebens.

Die Potsdamer Konferenz

Die politischen, territorialen und ökonomischen Probleme, die der Zweite Weltkrieg in Europa hinterlassen hatte, sollten auf einer Konferenz gelöst werden, zu der sich die „Großen Drei“, Harry S. Truman, Winston Churchill (der nach seiner Wahlniederlage am 28. Juli von Clement R. Attlee abgelöst wurde) und Josef Stalin, mit ihren Beraterstäben vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof bei Potsdam einfanden (▶ M6). Frankreich wurde an den Verhandlungen nicht beteiligt und fühlte sich deshalb an die Ergebnisse der Konferenz nicht gebunden.

Über die politischen Grundsätze der zukünftigen Behandlung Deutschlands bestand zwischen den Alliierten seit der **Konferenz von Jalta** (Februar 1945) äußerliche Einigkeit. Allerdings verbanden die Westmächte und die Sowjetunion mit den gefundenen „Formelkompromissen“ unterschiedliche Inhalte. Neben der Frage der polnischen Westgrenze stritt man im Verlauf der Konferenz am heftigsten über die Reparationen, die Deutschland leisten sollte. Schließlich kam man überein, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche im Wesentlichen aus ihrer eigenen

Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn – Deutschland in der Nachkriegszeit

Zone befriedigen sollte. Damit war das Land in vier Reparationsgebiete geteilt, obwohl man sich in der Abschlusserklärung darauf geeinigt hatte, Deutschland während der Besatzungszeit als eine „wirtschaftliche Einheit“ zu behandeln. In der polnischen Grenzfrage akzeptierten beide Westmächte die **Oder-Neiße-Linie** „bis zur endgültigen Festlegung“ durch einen Friedensvertrag. Polen musste nun Gebiete im Osten an die Sowjetunion abtreten und erhielt im Westen Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches (Westverschiebung). Ein Zusatzprotokoll hielt auch die „Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung aus allen sowjetisch und polnisch besetzten Gebieten sowie aus Ungarn und der Tschechoslowakei fest.

Zerstörung, Hunger, Not

Weite Teile Europas lagen in Trümmern. Not und Hunger gehörten zum Alltag der Überlebenden. Deutschland schien im Mai 1945 ein in Auflösung befindliches Land zu sein. Viele Städte waren nahezu entvölkert, weil die Menschen versucht hatten, sich durch die Flucht aufs Land vor den Luftangriffen zu schützen. So hausten in dem schwer getroffenen Köln bei Kriegsende von ursprünglich 770 000 Einwohnern noch ganze 40 000 in den Trümmern. Mehr als drei Viertel der Wohnungen waren vernichtet. In den Städten fehlte es für Millionen Menschen an Gas, Wasser, Strom. Post und Telefonverkehr waren zusammengebrochen (► M8, M9).

Zahllose Familien waren zerrissen, Frauen suchten ihre Männer, Eltern ihre Kinder, Ausgebombte ein Dach über dem Kopf, Flüchtlinge und Vertriebene eine neue Heimat. Jeder zweite Deutsche war damals auf Wanderschaft. Hinzu kamen etwa neun bis zehn Millionen ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter (Displaced Persons, „DP’s“), von denen die meisten schnell in ihre Heimat zurückkehren wollten. Auf der anderen Seite befanden sich etwa elf Millionen deutsche Soldaten in alliierter Gefangenschaft. Die Westmächte entließen die meisten von ihnen bald nach Kriegsende, die letzten von ihnen 1948. Von den drei Millionen Gefangenen in sowjetischer Hand mussten die meisten jahrelang Schwerstarbeit unter harten äußeren Bedingungen leisten. Über eine Million verloren ihr Leben. Erst 1955 sagte die Regierung in Moskau die Entlassung der letzten Gefangenen aus den Straflagern zu.

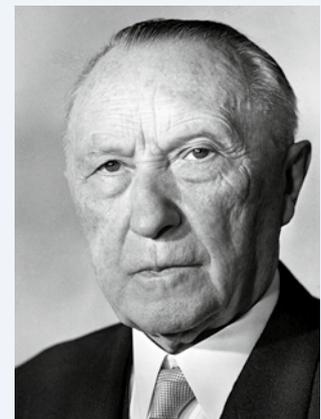
Unter alliierter Besatzung

Bereits auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die Siegermächte auf eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands geeinigt. Dazu teilten sie das Gebiet in vier Besatzungszonen auf (► M3). Berlin erhielt einen Sonderstatus mit vier Sektoren unter gemeinsamer Verwaltung. Um die eigene Verwaltung zu entlasten, schufen die Alliierten nach und nach in ihren Zonen Länder mit eigenen Verfassungen.

Schon ab 1946 ließen die Alliierten in allen Besatzungszonen Parteien und Wahlen zu (► M7). Hier traten die Nachfolger der Parteien aus der Weimarer Republik an. Die CDU war das parteipolitische Novum der Nachkriegszeit. Vorsitzender der CDU in der britischen Zone wurde im März 1946 **Konrad Adenauer**. Die SPD knüpfte organisatorisch, programmatisch und personell an ihre Stellung in der Weimarer Republik an. Ende 1948 schlossen sich konservativ-liberale und liberal-demokratische Politiker unter ihrem ersten Vorsitzenden Theodor Heuss zur „Freien Demokratischen“ Partei (FDP) zusammen.

In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) förderte die sowjetische Besatzungsmacht hingegen schon bald einseitig die Kommunistische Partei (KPD), die wegen ihrer Nähe zur UdSSR in der Bevölkerung unbeliebt war. Deshalb suchte die KPD den Zusammenschluss mit der SPD, um damit ihren vermeintlich schärfsten Konkurrenten auszuschalten. Mithilfe der Druckausübung durch die Besatzungsmacht gelang es, den Zusammenschluss von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei

Oder-Neiße-Linie: von den Alliierten verfügte Grenzlinie zwischen Polen und Deutschland entlang der Flüsse Oder und Neiße westlich von Stettin bis Görlitz; seit 1990 endgültige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen



M2 **Konrad Adenauer**

(1876–1976):

1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, 1948 Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, 1950–1966 Mitbegründer und Bundesvorsitzender der CDU, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 zugleich Bundesaußenminister

M3 D Die Besatzungszonen und die 1946/47 gebildeten Länder

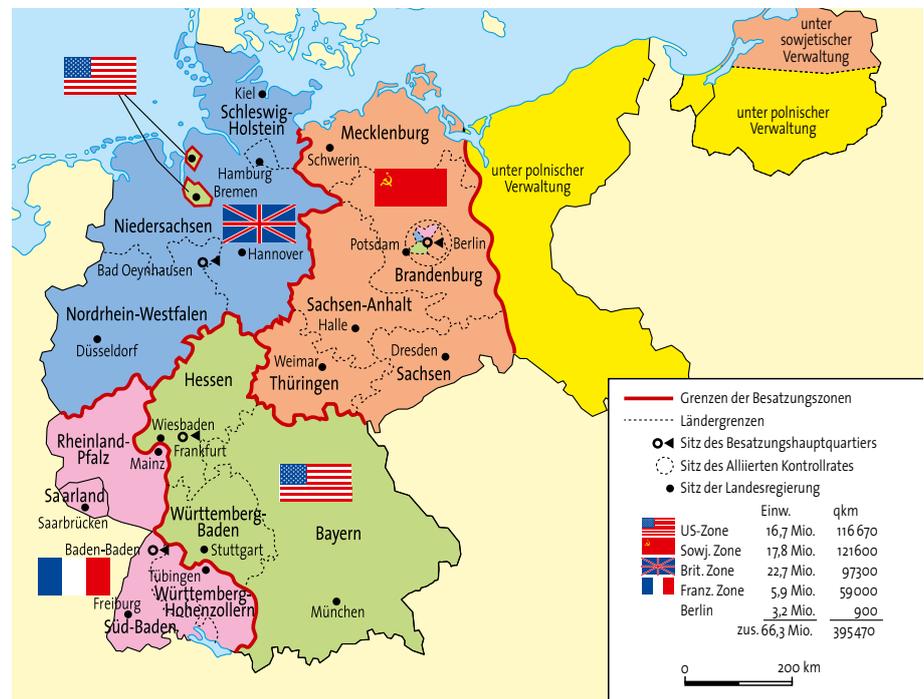
- Beschreiben Sie Lage und Größe der vier Besatzungszonen und gehen Sie dabei auf die Sonderstellung Berlins ein.



M4 Q Walter Ulbricht

(1893–1973):
1950–1971 Generalsekretär der SED, 1960–1971 Staatsratsvorsitzender der DDR

Entnazifizierung: Maßnahmen zur Beseitigung des Nationalsozialismus



Deutschlands (SED) unter der Führung des überzeugten Kommunisten **Walter Ulbricht** zu erzwingen. Die SED wurde zu einer „Partei neuen Typus“ nach stalinistischem Modell umgebildet und von oppositionellen Kräften „gesäubert“.

75

Bestrafung der NS-Verbrechen durch die Besatzungsmächte

Neben der Aburteilung der Kriegsverbrecher im Nürnberger Prozess (► M5) und weiteren zwischen 1945 und 1949 geführten Prozessen gegen mutmaßliche NS-Täter sollten auch ehemalige NS-Aktivist:innen aus Ämtern entfernt werden. Bei der **Entnazifizierung** gingen die Besatzer unterschiedlich vor. Anders als Briten und Franzosen, die für einen raschen Wiederaufbau viele Ausnahmen zuließen, strebten die Amerikaner mit großem bürokratischen Aufwand eine systematische politische Säuberung an. Insgesamt waren in den Westzonen über 500 000 Männer und Frauen von Entlassungen betroffen; mehr als 170 000 NS-Aktivist:innen wurden in Internierungslager gebracht („automatischer Arrest“), die meisten von ihnen aber bald wieder entlassen – die letzten 1948.

85

In der SBZ wurde über eine halbe Million Menschen aus dem beruflichen und öffentlichen Leben ausgeschaltet. Anders als im Westen wurde neben der personellen auch eine „strukturelle“ Entnazifizierung zur „Ausrottung der Reste des Faschismus“ durchgeführt. Die sowjetischen Besatzer gingen dabei gezielt gegen Gruppen vor, die ihnen beim gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau des Landes nach sowjetischem Vorbild im Weg standen. Dies betraf hauptsächlich Großgrundbesitzer und Industrielle. Sie wurden pauschal als Nazi-Täter verurteilt und enteignet. Schon ab Februar 1948 verzichtete man auf die Bestrafung der „kleinen“ Parteigenossen, um die Masse der Bevölkerung für die neue Gesellschaftsordnung zu gewinnen.

95

Ab 1946/47 wurde die Entnazifizierung in den westlichen Besatzungszonen in deutsche Hände übertragen. Jeder Deutsche über 18 Jahre musste einen Fragebogen mit 131 Fragen über seine berufliche und politische Vergangenheit ausfüllen und wurde von Spruchkammern in eine von fünf Kategorien eingestuft. Straffrei sollten nur Ent-

Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn – Deutschland in der Nachkriegszeit

433



M5 Q Anklagebank im Nürnberger Prozess

Foto von November 1945

Am 20. November 1945 begann vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Hinter der Absperrung sitzen in der ersten Reihe (von links): Hermann Göring (Reichsminister für Luftfahrt), Rudolf Heß (stellvertretender Parteiführer der NSDAP bis 1941), Joachim von Ribbentrop (Reichsminister des Auswärtigen), Wilhelm Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Ernst Kaltenbrunner (ab 1943 Chef des Reichssicherheitshauptamtes), Alfred Rosenberg (ab 1941 Reichsminister für die besetzten Gebiete), Hans Frank (Generalgouverneur von Polen), Wilhelm Frick (1933–1943 Reichsinnenminister, ab 1943 Reichsprotektor in Böhmen und Mähren), Walter Funk (ab 1938 Reichswirtschaftsminister), Julius Streicher (1924–1940 Gauleiter in Franken und Herausgeber des „Stürmer“) und Hjalmar Schacht (1935–1937 Reichswirtschaftsminister).

► Informieren Sie sich mithilfe des Mediacodes über die Nürnberger Prozesse und erläutern Sie deren Bedeutung.

100 lastete und Mitläufer ausgeben, Minderbelasteten, Belasteten oder Hauptschuldigen drohten Geldstrafen, Berufsverbot oder Gefängnis.

Bei mehr als 13 Millionen Fragebögen in der US-Zone fielen 3,4 Millionen Personen unter die Entnazifizierung, zehn Prozent von ihnen wurden verurteilt, aber nur knapp ein Prozent tatsächlich bestraft. Es war die Zeit der „**Persilscheine**“, die man sich

105 wechselseitig ausstellte, aber auch der Denunziation und der Korruption.

Internettipp:



Informationen und Materialien zu den Nürnberger Prozessen

„**Persilschein**“: im Volksmund Bestätigung, wonach jemand Gegner oder zumindest nicht Sympathisant des Nationalsozialismus war

434 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M6 Besatzungsziele der Siegermächte

Im sogenannten „Potsdamer Abkommen“ vom 2. August 1945 einigen sich die drei Siegermächte auf folgende Formulierungen zur Behandlung Deutschlands. Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens wird darin einer künftigen Friedenskonferenz vorbehalten:

III. Deutschland

[...] Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben sich vorzubereiten, sein Leben auf einer neuen demokratischen und friedlichen Grundlage von Neuem wieder aufzubauen. [...]

A. Politische Grundsätze

[...] 3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. [...]

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten [...].

4. Alle nazistischen Gesetze [...] müssen abgeschafft werden.

5. Kriegsverbrecher [...] sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. [...]

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. [...]

9. Die Verwaltung Deutschlands muss in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern [...].

(IV) Bis auf Weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. [...]

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der

Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden. 50

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotenzials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden [...]. 55

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft [...]. 60

Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten. [...]

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. [...]

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind [...].

IV. Reparationen aus Deutschland 70

[...] 3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden. 75

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15% [der westlichen Reparationsgüter] im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren, nach Vereinbarung,

b) 10% [der westlichen Reparationsgüter] ohne Bezahlung oder Gegenleistungen irgendwelcher Art. 85

Herbert Michaelis u. a. (Hrsg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, Bd. 24, Berlin o. J., S. 447 ff.

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die gemeinsamen Besatzungsziele der Siegermächte zusammen. | F
2. Weisen Sie nach, dass in manchen Formulierungen unterschiedliche Interpretationen und zukünftiger Streit angelegt sind.



37065-0014

Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn – Deutschland in der Nachkriegszeit

M7 D Erste Landtagswahlen nach dem Krieg

In den Ländern der Westzonen treten 1946/47 die neu formierten Parteien zu Landtagswahlen an:

	Wahlbeteiligung in %	CDU/CSU		SPD		KPD		FDP		Sonstige	
		Mandate	% d. gült. Stimmen	Mandate	% d. gült. Stimmen						
Baden 18.5.1947	67,8	34	55,9	13	22,4	4	14,3	9	7,4	–	–
Bayern 1.12.1946	75,7	104	52,3	54	28,6	–	6,1	9	5,6	13	7,4
Bremen 12.10.1947	67,8	24	22,0	46	41,7	10	8,8	17	19,4	3	13,6
Hamburg 13.10.1946	79,0	16	26,7	83	43,1	4	10,4	7	18,2	–	1,6
Hessen 1.12.1946	73,2	28	30,9	38	42,7	10	10,7	14	15,7	–	–
Niedersachsen 20.4.1947	65,1	30	19,9	65	43,4	8	5,6	13	8,8	33	22,3
Nordrhein-Westfalen 20.4.1947	67,3	92	37,5	64	32,0	28	14,0	12	5,9	20	10,6
Rheinland-Pfalz 18.5.1947	77,9	48	47,2	34	34,3	8	8,7	11	9,8	–	–
Saarland 5.10.1947	95,7	–	–	17	32,8	2	8,4	3	7,6	28	51,2
Schleswig-Holstein 20.4.1947	69,8	21	34,0	43	43,8	–	4,7	–	5,0	6	12,5
Württemberg-Baden 24.11.1946	71,7	39	38,4	32	31,9	10	10,2	19	19,5	–	–
Württ.-Hohenzollern 18.5.1947	66,4	32	54,2	12	20,8	5	7,3	11	17,7	–	–

Nach: Merith Niehuss und Ulrike Lindner (Hrsg.), Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Stuttgart 1998, S. 86 f.

Arbeitsvorschläge

1. Vergleichen Sie die nach 1945 entstehende Parteienlandschaft mit der in der Weimarer Republik. Welche Kontinuitäten und Brüche lassen sich dabei feststellen? Was sind die Gründe dafür?
2. Erklären Sie, warum CDU/CSU und SPD in jedem Land die beiden stärksten Parteien sind. | H



32065-0015

M9 D Mythos „Trümmerfrau“

Die Historikerin Marita Krauss setzt sich mit der Bedeutung der Fotografien aus den ersten Nachkriegsjahren auseinander, die sog. „Trümmerfrauen“ bei Aufräumarbeiten zeigen:

Die Bilder von Trümmerstädten, oft im Geiste ästhetisierender Ruinenromantik inszeniert, liefern ein großes Panorama des deutschen Leidens aufgrund des Bombenkriegs der Alliierten. [...] Solche Architekturfotos

werden ergänzt durch ikonografisch¹ reduzierte Bilder des Kriegsbeschädigten, des ankommenden Flüchtlings-transportes, des Schlangestehens vor Lebensmittelgeschäften, paradierender Besatzer in Uniform, manchmal Hand in Hand mit einem deutschen „Fraulein“. Auch

¹ ikonografisch/Ikonografie: Geschichte der Bilder; Bildikonen sind Bilder, die symbolisch für historische Ereignisse stehen und in das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft eingegangen sind, vgl. dazu auch den Methoden-Baustein auf S. 524 f.

436 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess



M 8 Q „Trümmerfrauen“ bergen Ziegelsteine im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg

Foto von 1945

10 diese Bilder erzählen von deutschem Leiden. Sie sind die Gegenerzählung zu den Bildern aus den Konzentrationslagern, die das Schreckliche thematisieren, das die Deutschen anderen zufügten.

In diesem Spektrum nehmen die Bilder der Trümmerfrauen einen besonderen Platz ein. Sie sind Teil einer Hoffnungsikonografie. Die Fotos bilden keine düstere Trümmersituation ab, sie stehen vielmehr für den Neuanfang. [...] Zeitlich liegt der Schwerpunkt der Bilder im Sommer 1945 und 1946 und geografisch in Berlin. Dieser

20 geografische Schwerpunkt ist kein Zufall: Trümmerfrauen im engeren Sinn gab es vor allem in Berlin: Hier mussten sich die Frauen ab dem 1.6.1945 beim Arbeitsamt melden, sie wurden registriert und als „Hilfsarbeiterinnen im Baugewerbe“ dienstverpflichtet. [...] In

30 den meisten westdeutschen Städten wurde die Trümmerräumung jedoch von Anfang an anders organisiert: Sie lag in den Händen professioneller Baufirmen, die überwiegend Männer beschäftigten. Gut belegt ist dies beispielsweise für München oder für Heilbronn. [...] Warum, so ist zu fragen, war es wichtig, dass die Rolle der Frauen bei der Trümmerräumung so betont wurde? Warum verschwanden vor allem die räumenden Män-

ner in der Ikonografie des Trümmerfotos? Diese Betonung scheint nicht primär zeitgenössisch zu sein: In München wurde jedenfalls in dem Aufbaubericht „Aus Trümmern wächst das neue Leben“ von 1949 korrekt die Rolle der amerikanischen Besatzer, der deutschen und ungarischen Kriegsgefangenen, der NS-Belasteten und dann auch der Baufirmen genannt. Keine Trümmerfrau weit und breit. Doch ein Blick in die Frauenzeitschriften 40 dieser Jahre mit den sprechenden Namen „Der Regenbogen“ und „Der Silberstreifen“ zeigt: Viele Frauen sahen sich selbst in der Rolle, die ihnen dann nachträglich zugewiesen wurde. So heißt es in einer Leserzuschrift des Jahres 1946: „Wenn man der Frau auch jetzt die Schippe in die Hand drückt, weil es um den Aufbau von Heimat, Existenz und Familie geht, wird sie mitarbeiten in der Hoffnung, dass diese Prüfungszeit Befreiung von überholten Vorurteilen bringen wird.“ (Der Regenbogen, 1946, H. 3) [...] Frauen, so suggerieren diese Texte, waren nicht an der „Verwahrlosung“ während der NS-Zeit beteiligt, sie sind „anständig“ und „gerecht“ geblieben und bieten sich daher als Wegweiserinnen in die Nachkriegszeit an. Damit wird die aktive Rolle der Frauen während der NS-Zeit verleugnet [...]. 55

Ein Zweites kommt hinzu: Als die neue Frauenbewegung der 1970er-Jahre auf die Suche nach den Frauen in der Geschichte ging, war es naheliegend, den eigenen Müttern ein Denkmal zu setzen. In den Blick kamen damit die „starken Frauen“ der Nachkriegszeit, die in einer vaterlosen Gesellschaft die Kinder alleine großzogen, für Essen und das alltägliche Überleben sorgten. Da diese Alltagsarbeit, tatsächlich das millionenfache Schicksal der Nachkriegsfrauen, nicht spektakulär genug schien, trat die „Trümmerfrau“ im engeren Sinne in den Mittelpunkt, die mit schwerer Arbeit den Karren aus dem Dreck zog und „wie ein Mann“ anpackte.

Marita Krauss, Trümmerfrauen. Visuelles Konstrukt und Realität, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. I: 1900 bis 1949, Göttingen 2009, S. 740f. und 743f.

Arbeitsvorschläge



1. Arbeiten Sie heraus, warum gerade Fotografien von „Trümmerfrauen“ in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingingen.
2. Stellen Sie dar, welche historischen Tatsachen über die Betonung der Aufbauarbeit der „Trümmerfrauen“ in Vergessenheit gerieten.

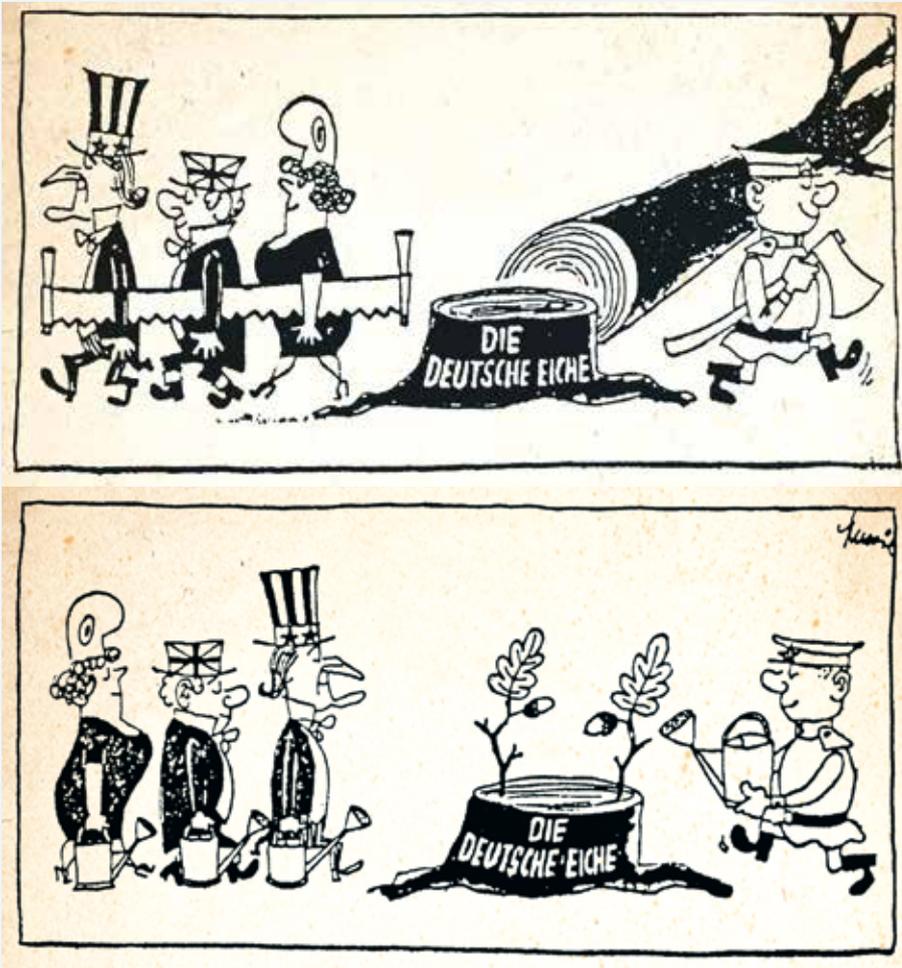
Leitfrage



Nehmen Sie Stellung:
Der Zusammenbruch als „Stunde Null“?

437

Die doppelte Staatsgründung



Bildinformation



M1 Q „Die deutsche Eiche“ (1945 und 1955)

Karikatur aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Mai 1955

- ▶ Analysieren Sie die Karikatur.
- ▶ Erörtern Sie, inwieweit der Prozess der doppelten Staatsgründung über die Köpfe der Deutschen hinwegging.

Verschiedene Vorstellungen

Schon bald zeigten sich die unterschiedlichen Interessen und die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Siegermächten. In der kommunistischen UdSSR waren alle Produktionsmittel verstaatlicht, die Wirtschaft wurde mit Fünfjahresplänen gelenkt.

- 5 Die kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war als einzige Partei erlaubt und ihr Vorsitzender Josef Stalin regierte als uneingeschränkter Diktator mit Gewalt und Terror. Abweichende Meinungen waren verboten, Kritiker wurden verfolgt und vernichtet.

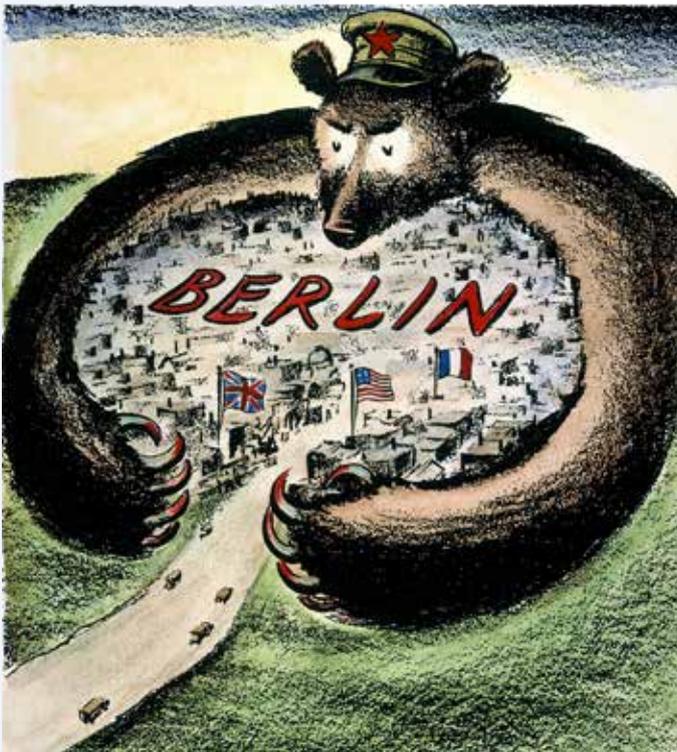
- 10 Dem stand die demokratische und republikanische Tradition der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegenüber, in der eine liberale Demokratie, Grund- und Menschenrechte das Fundament der Werte- und Rechtsordnung bildeten. Die kapitalistische Wirtschaft funktionierte nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft. Beide Seiten hatten das Ziel, die eigene Weltanschauung und das eigene „System“ weltweit zu verbreiten, also auch in ihren Besatzungszonen. Bereits 1946 konnten sie sich nicht
15 mehr auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen.

LEIT-
FRAGE 

Die doppelte Staatsgründung – eine Spaltung, die keiner wollte?

Eine trennende Entwicklung: vom Marshall-Plan ...

Um die Not in Europa zu beseitigen und den Wiederaufbau voranzubringen, strebten die USA ein „vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ an. Amerikaner und Briten bildeten zum 1. Januar 1947 eine gemeinsame Zone, die Bizone. Ein halbes Jahr später kündigte US-Außenminister George C. Marshall ein Wiederaufbauprogramm an: das European Recovery Program (ERP). Alle Länder, die unter den Kriegsfolgen litten – auch die Sowjetunion und die Staaten Ostmitteleuropas –, sollten Finanzhilfen für die Wirtschaft erhalten. Stalin lehnte den Marshall-Plan für das eigene Land sowie für alle unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Staaten ab, also auch für die SBZ. Er fürchtete offensichtlich den amerikanischen Einfluss auf den sowjetischen Machtbereich. Stattdessen reagierte Stalin mit einem eigenen Abkommen, dem 1949 gegründeten „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW). Darin lenkte die Sowjetunion die Volkswirtschaften der ostmitteleuropäischen Verbündeten auf ihre Bedürfnisse hin.



M2 **Q** „How to close the gap?“

Karikatur von 1948

► Analysieren Sie die Karikatur.

Bildinformation



3100075

Animierte Karte:



Informationen zur Berlin-Blockade

Als Frankreich am Marshall-Plan teilnahm, trat es im Frühjahr 1948 auch der Bizone bei, die sich damit zur Trizone erweiterte. Gleichzeitig entschlossen sich nun die drei Westmächte, die Errichtung eines westdeutschen Staates voranzutreiben und als Vorstufe ihre drei Besatzungszonen am Marshall-Plan zu beteiligen. In den Besatzungszonen gab es mit der wertlosen Reichsmark aber keine funktionierende Währung mehr. Daher wurde sie durch die Währungsreform am 20. Juni 1948 durch die Deutsche Mark ersetzt. Die Sowjetunion wusste über ihre Agenten längst Bescheid und hatte bereits Vorbereitungen für eine eigene Währungsreform getroffen, die am 23. Juni 1948 in der SBZ durchgeführt wurde.

... zur Berlin-Blockade

Nur einen Tag später blockierte die UdSSR alle Straßen, Bahnlinien und Wasserwege von Westdeutschland nach Berlin, die im Potsdamer Abkommen nicht ausdrücklich als Zugänge nach Berlin genannt worden waren. Auch Strom, Kohle, Gas und Lebensmittel konnten nicht mehr geliefert werden. 2,1 Millionen Menschen waren von jeglicher Versorgung abgeriegelt (► M2). Mit diesen Maßnahmen wollten die Sowjets den Abzug der Westalliierten aus Berlin erzwingen und die Gründung eines westdeutschen Staates verhindern. In einem ersten Kräftemessen zwischen den Sowjets und den Westalliierten beschlossen die amerikanische und britische Regierung, die Stadt über drei Luftbrücken mit allem Lebensnotwendigen zu versorgen. Fast elf Monate dauerte der Einsatz. Am 12. Mai 1949 hob Stalin die erfolglose Blockade West-Berlins auf.

Für die Sowjetunion erwies sich die Berlin-Blockade als Fehler: Stalin hatte keines seiner Ziele erreicht, stattdessen im In- und Ausland viel Ansehen verloren. Dagegen verstanden sich Deutsche und Westalliierte zum ersten Mal als Verbündete. Die Spaltung Europas in zwei Blöcke war offenkundig geworden.

Auch in Berlin hatte sich die Spaltung der Stadt während der Blockade verschärft. Der Ost- und der Westteil hatten eigene Oberbürgermeister sowie getrennte Verwaltungen eingesetzt.



M3 Q Die Mütter des Grundgesetzes

Foto von 1949

Vor allem dem Engagement dieser vier Frauen ist es zu verdanken, dass der Gleichberechtigungsbereich (Art. 3) in das Grundgesetz aufgenommen wurde, obwohl er zunächst im Parlamentarischen Rat mehrheitlich abgelehnt worden war. Das Bild zeigt von links: Helene Wessel (Zentrum), Helene Weber (CDU), Friederike Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD).

- Informieren Sie sich über die Forderungen des Gleichberechtigungsbereichs und diskutieren Sie, ob und inwiefern diese heute erreicht sind.

Gründung der Bundesrepublik

Wenige Tage später wurde die Bundesrepublik gegründet. Am 1. Juli 1948 erteilten die Westalliierten den westdeutschen Ministerpräsidenten in Form der „Frankfurter Dokumente“ den Auftrag, durch eine von der Bevölkerung gewählte Verfassunggebende Versammlung eine Verfassung für einen Staat nach dem Muster der westlichen Demokratien ausarbeiten zu lassen.

Da die Bürger der SBZ sich nicht an diesem Prozess beteiligen durften, bestanden die Ministerpräsidenten jedoch darauf, dass der entstehende westdeutsche Staat nur ein Provisorium sein könne und anstelle einer endgültigen „Verfassung“ ein vorläufiges „**Grundgesetz**“ bekommen solle (► M5, M6). Ein Sachverständigenrat erstellte im August auf der Insel Herrenchiemsee einen Entwurf. Dieser wurde ab September in dem durch die Länderparlamente gewählten Parlamentarischen Rat unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer diskutiert und genau vier Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches verabschiedet. Da die Militärgouverneure ihn genehmigten, wurde er am 23. Mai 1949 ohne eine vorausgehende Volksabstimmung verkündet. Aus den westlichen Besatzungszonen war damit ein Staat unter alliierter Aufsicht geworden. Er erhielt den Namen „Bundesrepublik Deutschland“. Zum ersten Bundeskanzler wurde Konrad Adenauer (CDU), zum ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP) gewählt.

Die Gründung der DDR

Seit Ende 1947 propagierte die SED mit Rückendeckung Stalins die Einheit Deutschlands in Gestalt der sogenannten **Volkskongressbewegung**. In Wirklichkeit ging es ihren Spitzenfunktionären jedoch um die Schaffung eines kommunistischen Teilstaates. Bei den Wahlen zum Volkskongress im Mai 1949 sicherte sich die SED die Mehrheit der Mandate (► M4). Sie dominierte auch den daraus hervorgehenden Deutschen Volksrat.

Die sowjetische Regierung wartete mit der Staatsgründung in der eigenen Besatzungszone, bis die westdeutsche Bundesregierung sich konstituiert hatte. Erst nach einer erneuten Besprechung führender SED-Funktionäre mit Stalin Ende September

Grundgesetz: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland schrieb Grundsätze wie Volkssouveränität, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit und Gewaltenteilung fest und garantierte bürgerliche Grundrechte.

Volkskongresse 1947 und 1948: Zu ihnen lud die SED-Führung; sie sollten ein gesamtdeutsches Vorparlament sein. Hieran nahmen Vertreter von Parteien und Massenorganisationen, Betriebsräte, Bauernverbände, Künstler und Wissenschaftler aus allen Besatzungszonen teil, die meisten jedoch aus der sowjetisch besetzten Zone.

Geschichte In Clips:



Zur Gründung von SED und DDR



M4 Stimmzettel zum „3. Deutschen Volkskongress“ vom Mai 1949

Zur Wahl standen Kandidaten aus Parteien, Massenorganisationen und Einzelpersonen. Auf dem Stimmzettel steht: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag.“ Die Wähler konnten die gesamte Liste mit „Ja“ oder „Nein“ entweder bestätigen oder ablehnen.

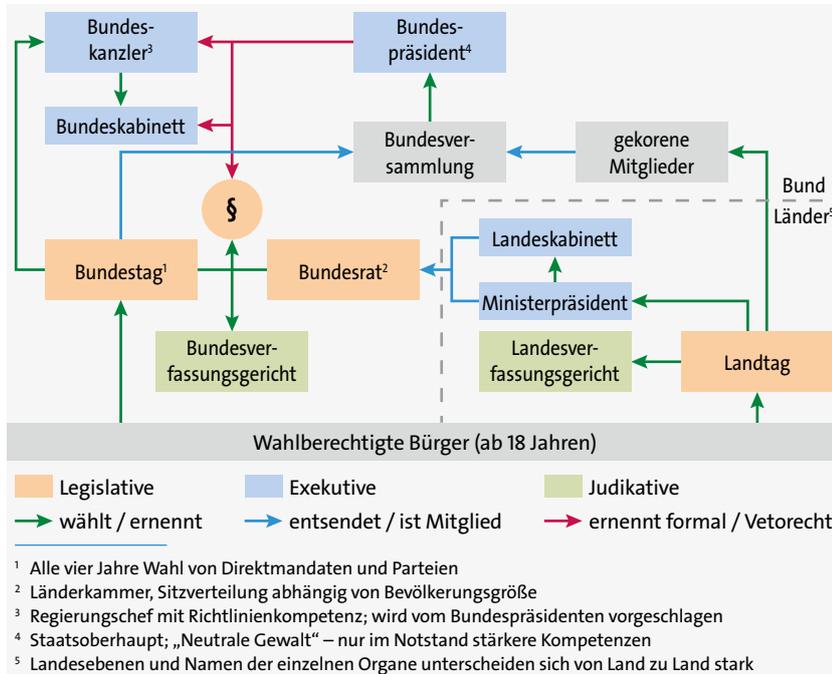
- ▶ Beurteilen Sie die Wahlmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler.
- ▶ Bewerten Sie, inwieweit dieses Wahlverfahren Legitimität erzeugen kann.

1949 erklärte die sowjetische Regierung Anfang Oktober 1949 in einer Note an die drei Westmächte, dass mit der „Bildung der volksfeindlichen Separatregierung in Bonn [...]“ jetzt in Deutschland eine neue Lage entstanden“ sei. Am 7. Oktober 1949 nahm der Deutsche Volksrat einen 1948 ausgearbeiteten Verfassungsentwurf an und erklärte sich selbst zur Provisorischen Volkskammer. Damit war die „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) gegründet (M6, M7). Wenige Tage später wurde Otto Grotewohl (SED) zum Regierungschef, Wilhelm Pieck (SED) zum Präsidenten der DDR gewählt. Obwohl in der neuen Regierung alle Parteien vertreten waren, besetzte die SED die wichtigsten Ministerien. 105

Es bleibt festzuhalten, dass am Entstehungsprozess der DDR die demokratische Legitimation durch die Bevölkerung völlig fehlte. Vielmehr handelte es sich um einen durch die Sowjetunion und die SED gelenkten Prozess, der zur Gründung des ostdeutschen Staates führte. Stalin wollte seinen Teil Deutschlands dauerhaft unter sowjetischem Einfluss halten und durch sozialistische Strukturen organisieren. 110

Die Gründung zweier Staaten auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches bedeutete die Teilung des Landes. Die deutsche Teilung war damals von niemandem gewollt, aber auch von niemandem verhindert worden. Sie war das Ergebnis eines sich verschärfenden Gegensatzes der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, vor allem der USA und der Sowjetunion. Die Hoheit der Besatzungsmächte über Deutschland blieb nach der Gründung von Bundesrepublik und DDR bestehen. Über Deutschlands Zukunft entschieden im Grundsatz weiterhin die Siegermächte und ihre weltpolitischen Beziehungen. Innerhalb dieses Rahmens bestimmten jedoch nun auch die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin über das Verhältnis beider Teile Deutschlands. Allerdings überwogen dabei zunächst Feindschaft und Misstrauen. 120

M 5 D Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland



Arbeitsvorschlag

- Stellen Sie die auf S. 439 genannten Grundprinzipien des Grundgesetzes dem Schaubild gegenüber. Werden die Prinzipien umgesetzt?



M 6 Q Präambel des Grundgesetzes

In der feierlichen Einleitung des am 8. Mai 1949 beschlossenen und am 23. Mai 1949 verkündeten Grundgesetzes heißt es:

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Zitiert nach: www.verfassungen.de/gg/index.htm [Zugriff 20.08.2022]

Arbeitsvorschläge

- Zeigen Sie anhand der Präambel, dass die neu gegründete Bundesrepublik von den „Vätern und Müttern des Grundgesetzes“ als „Provisorium“ gedacht war.
- Vergleichen Sie die Präambel des Grundgesetzes mit dem Vorwort der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 in Bezug auf die Haltungen zum Thema „deutscher Staat“. Die finden Sie unter dem angegebenen Code.



32065-0020



32065-0021

M 7 Q Die SED und die Macht

Das Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949, aus dem der folgende Auszug stammt, wird erst 1989 zugänglich. Der Berliner Propagandachef der SED-Führung, Gerhart Eisler, empfiehlt darin die Durchführung einer gewaltigen Kundgebung anlässlich der Bildung einer provisorischen Regierung und bemerkt:

So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das soll-

442 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

ten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden. (Walter Ulbricht: Das haben einige noch nicht verstanden!) – Daher müssen wir ihnen zeigen, dass die Massen bei uns sind, wenn wir eine Regierung bilden, jene Massen, die wollen, dass sie an der Regierung sind, und die sehr ungehalten gegen jene Leute sind, die das verhindern wollen. (Beifall)

Zitiert nach: Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 39. Jahrgang 1991, Heft 1, S. 161

Arbeitsvorschlag

- ▶ Geben Sie mit eigenen Worten das Selbstverständnis und die Ziele der SED wieder.



32065-0023

M8 Q Im Schlepptau der Siegermächte

Zur Gründung der DDR hält Ministerpräsident Otto Grotewohl am 12. Oktober 1949 eine Ansprache:

Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen, die in Wahrheit Befehle der westlichen Alliierten waren, ausgeführt. [...]

- 5 Statt der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sind sie [die Westmächte] bestrebt, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in eine Kolonie zu verwandeln, die mit den traditionellen Methoden imperialistischer Kolonialherrschaft regiert und ausgebeutet wird. [...] Die von Anfang an sorgfältig konservierten Kräfte der deutschen Reaktion [...] haben mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte die alten Machtpositionen wieder eingenommen. [...]
- 10 Wir wissen, dass wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, [...] nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressenten Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann.

25 Am 15. Oktober 1949 antwortet der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher im Deutschen Bundestag auf die Rede Grotewohls:

Man kann erfolgreich bestreiten, dass der neue Oststaat überhaupt ein Staat ist. [...]

- 30 Jetzt ist der Oststaat ein Versuch, die magnetischen Kräfte des Westens mithilfe staatlicher Machtmittel und

eines scheinbaren Willens der deutschen Bevölkerung dieser Zone abzuwehren. Er bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass bis auf Weiteres das große russische Unternehmen, ganz Deutschland in die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Formen der Sowjets hineinzuzwingen, gescheitert ist. Die Loslösung der Ostzone durch die Russen, wie sie 1945 radikal und erfolgreich eingeleitet wurde, bedeutet das Hinausdrängen der westalliierten Einflüsse und der internationalen Kritik. Es war aber zur gleichen Zeit das Ende jeder demokratischen Freiheit der Deutschen in dieser Zone. Die westlichen Alliierten tragen an dieser Entwicklung viel Schuld. [...]

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Etablierung dieses sogenannten Oststaates eine Erschwerung der deutschen Einheit ist. Die Verhinderung dieser Einheit aber kann dieses Provisorium im Osten nicht bedeuten, weil das deutsche Volk und besonders die Bevölkerung der Ostzone Gebilde russischer Machtpolitik auf deutschem Boden ablehnt.

Erster Text: Otto Grotewohl, Im Kampf um die einigige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1954, S. 516 ff.

Zweiter Text: Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone bis zum souveränen Staat, München 1984, S. 160 f.

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie heraus, wie bestimmte Begriffe unterschiedliche inhaltliche Bedeutungen gewinnen, je nachdem, ob sie im Osten oder im Westen verwendet werden.
2. Stellen Sie dar, mit welchen Argumenten Grotewohl den deutschen Weststaat zu diskreditieren versucht.
3. Diskutieren Sie Schumachers Aussage über die „Schuld der Westmächte“.



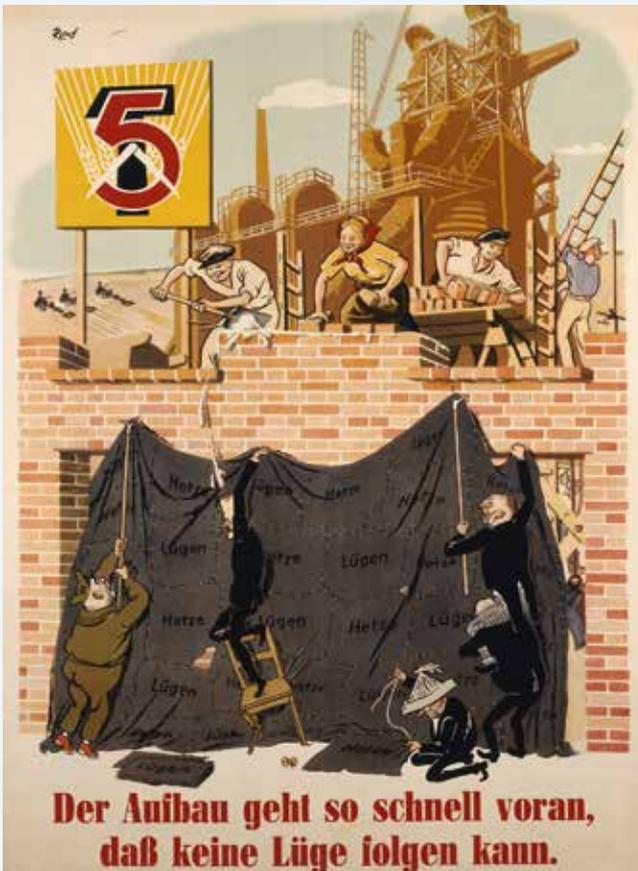
32065-0023

Leitfrage



Nehmen Sie Stellung:
Die doppelte Staatsgründung – eine Spaltung, die keiner wollte?

Die DDR 1949-1989 – Staat und Gesellschaft



Bildinformation



31000-269

M1 Erfolge des ersten Fünfjahresplans

Plakat (84 x 59,5 cm) von 1952

Mit dem ersten Fünfjahresplan von 1951 bis 1955 sollten die Industrieproduktion der DDR verdoppelt und die Folgen von Kriegszerstörung, Demontage und Reparationen beseitigt werden.

- ▶ Analysieren Sie den propagandistischen Inhalt des Plakats.
- ▶ Charakterisieren Sie das Bild, das von Staat und Gesellschaft gezeichnet wird.

Der SED-Staat

Ganz ähnlich wie in den übrigen Staaten des sowjetischen Machtbereiches in Osteuropa entstand in der DDR eine Diktatur, deren Führung sich zu keinem Zeitpunkt auf die freiwillige Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung berufen konnte. Die eigentliche Macht in der DDR hatten nicht Regierung und Ministerien, sondern die SED und ihre Parteigremien. Vorbild war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU). Der Generalsekretär der SED – zunächst Walter Ulbricht, ab 1971 Erich Honecker – war der faktische Herrscher über die DDR. Nach der Auffassung der SED war es ihre Aufgabe, die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit den dauerhaften Sieg des Sozialismus zu sichern.

Die „bürgerlichen“ Teile der Gesellschaft versuchte die SED zu erreichen, indem sie u. a. eine konservative Partei, die CDU, sowie die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) zuließ. Auf diese Weise sollte Parteivielheit vorgetäuscht und

LEIT-
FRAGE

Die DDR – ein Unrechts-
staat?

Geschichte In Clips:

Zur Jugend in der DDR
und Organisationen
wie der FDJ

**M3 Q Gedenkrituale in der DDR**

Foto vom 7. Mai 1985

Auch wenn ab 1967 der „Tag der Befreiung“ als arbeitsfreier Tag abgeschafft worden war, fanden bis zum Ende der DDR überall im Staat am 8./9. Mai offizielle Gedenkveranstaltungen statt. Hier veranstalten die Vertreter der Jugendorganisation der DDR einen Fackelzug am Ehrenmal für gefallene sowjetische Soldaten im Treptower Park.

- ▶ Erläutern Sie, inwiefern es sich bei der dargestellten Gedenkfeier um ein ritualisiertes Ereignis handelte.

der faktische Einparteienstaat der SED verschleiert werden. Die sogenannten „Blockparteien“ waren aber nur ein verlängerter Arm der SED, und die Wahlen zum Parlament der DDR, der Volkskammer, hatten auf die Sitzverteilung keinen Einfluss, denn diese wurde bereits vorab festgelegt. Massenorganisationen wie der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) und die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) gehorchten ohnehin den Weisungen der SED. Parteien und Organisationen waren seit 1949 in der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zusammengeschlossen. Da die maßgeblichen Stellen der Nationalen Front von SED-Funktionären eingenommen wurden, konnte die SED auf diesem Weg alle Parteien und Massenorganisationen steuern.

Sozialistischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik

Von Anfang an grenzte sich die DDR gegenüber der Bundesrepublik ab und begriff sich als der „bessere“ der beiden deutschen Staaten. Die SED verstand die DDR als „antifaschistisches Bollwerk“, als Friedensstaat und als sozialistischen Staat, der damit in besonderem Maße als Wohlfahrtsstaat den Menschen diente. In der kommunistischen Weltanschauung galt der „Faschismus“ als letzte Stufe einer kranken kapitalistischen Gesellschaft. Das SED-Regime übernahm dieses Geschichtsbild. Der Sozialismus würde demnach den Kapitalismus und somit auch den Faschismus überwinden.

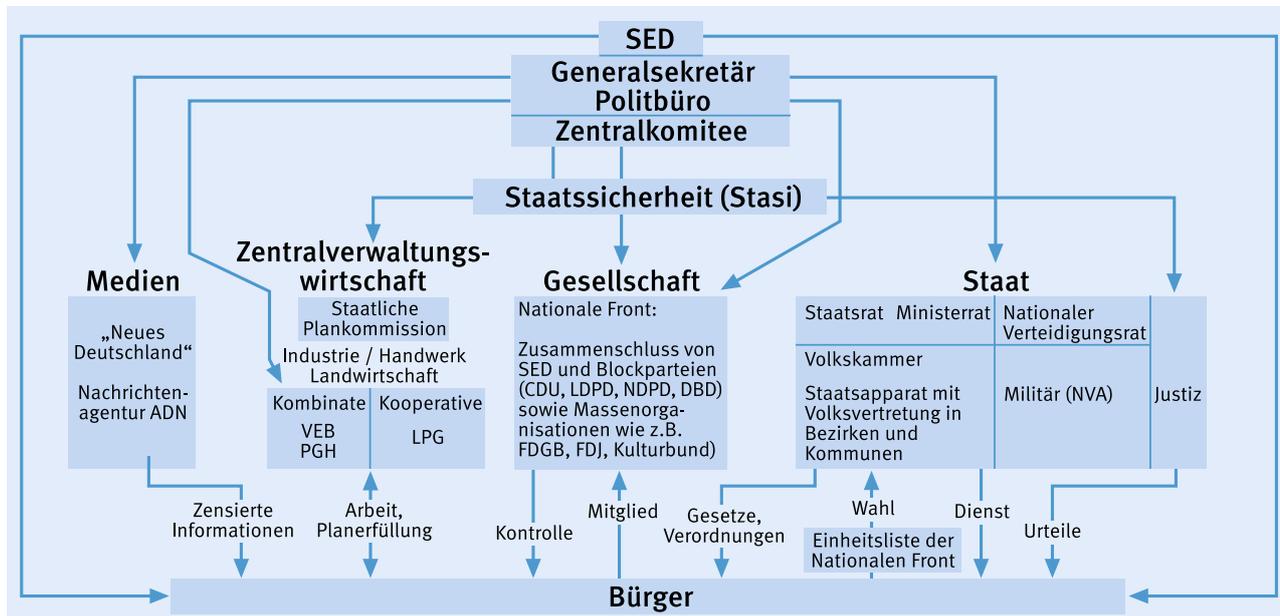
Umgang mit der NS-Vergangenheit

Auf der Suche nach Legitimität stellte sich die Parteiführung der SED in die Nachfolge des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und machte dies zum „Gründungsmythos“ der DDR. Gerade junge Menschen und Intellektuelle befürworteten den Staat, da sie so deutlich Abstand zur NS-Vergangenheit wahren konnten. Da die DDR mit der NS-Vergangenheit so klar gebrochen habe, lehnte sie jede Verantwortung für die NS-Verbrechen und Wiedergutmachungen an Israel ab. Der Nationalsozialismus, so erklärte die SED, sei im Zuge der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone während der ersten Nachkriegsjahre beseitigt worden. Die Inszenierung der

DDR als antifaschistischer Staat kennzeichnete in der Folge die Erinnerungskultur und fand darüber hinaus auch in der Denkmalarchitektur ihren Niederschlag. 1958 wurde das ehemalige KZ Buchenwald als nationale Gedenkstätte eröffnet und als zentraler Gedächtnisort des kommunistischen Widerstands propagiert. Auch kollektive und ritualisierte Gedenktage wie der 8. Mai („Tag der Befreiung“) waren Teil der am Antifaschismus ausgerichteten nationalen Identität der DDR (▶ M3). Obgleich mit der Änderung der Außenpolitik und der Annäherung an die USA und Israel in den 1980er Jahren auch die Bereitschaft der DDR zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Erinnerungspolitik stieg, blieb diese doch von Politisierung und Ritualisierung gekennzeichnet.

„Volksdemokratie“ – Demokratie zum Schein

Die DDR enthielt ihren Bürgerinnen und Bürgern in der Verfassung (▶ M4) garantierte Grundrechte wie Freizügigkeit und Freiheit der Berufswahl vor. Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde trotz aller frauenfreundlichen Parolen nicht durchgesetzt. Der Staat ermöglichte zwar eine hohe Erwerbstätigkeit der Frauen durch sozialpolitische Maßnahmen wie kostenlose Kinderbetreuung. Trotzdem hat-



M4 D Die Verfassungswirklichkeit in der DDR

Grafik nach Eberhard Wilms

- ▶ Erklären Sie die Machtstrukturen in der DDR.
- ▶ Vergleichen Sie diese Machtstrukturen mit denen der Bundesrepublik (von heute).

Internettipp:



Weitere Beispiele dafür, wie die „Staatssicherheit“ gegen Regimekritikerinnen und -kritiker vorging.

Planwirtschaft: Wirtschaftsordnung, in der die Produktion von Gütern sowie deren Verteilung anders als in einer freien Marktwirtschaft nach staatlich festgelegten Plänen (z. B. Fünfjahrespläne) vorgenommen wird, die festlegen, welche Wirtschaftszweige was in welchen Mengen und zu welchen Bedingungen und Preisen produzieren. Sie kennzeichnete die Wirtschaftspolitik der UdSSR und der von ihr abhängigen Staaten.

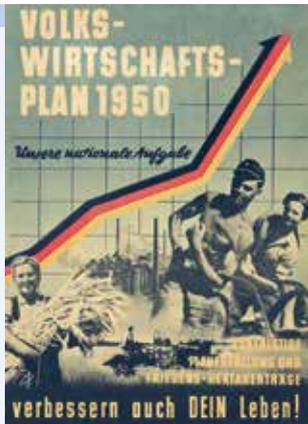
- ten Frauen schlechtere Ausbildungschancen, ihre Gehälter waren niedriger und ihre Pflichten im Haushalt trotz voller Berufstätigkeit größer als die der Männer. Der Einfluss der Kirchen wurde in der DDR, wo immer möglich, eingedämmt. Alle Medien wurden zentral gelenkt und standen im Dienst der Partei und ihrer sozialistischen Ideologie. Abweichende Meinungen konnten nicht legal veröffentlicht werden und standen sofort unter dem Verdacht der „staatsfeindlichen Hetze“.
- 70 Machtinstrumente der SED waren die Streitkräfte der DDR – die „Nationale Volksarmee“, eine von der SED abhängige Justiz, die willkürliche Verhaftungen duldete und Strafen verhängte, gegen die keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten – vor allem aber das 1950 eingerichtete Ministerium für Staatssicherheit („Stasi“). Es verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“. Ihm unterstand ein breites Netz an
- 75 Agenten, Spitzeln und bis zu 200 000 „informellen Mitarbeitern“ mit deren Hilfe „auffällige“ Bürger bespitzelt, wurden, um Oppositionelle und Regimekritiker aufzuspüren und zu überwachen (▶ M8, M9). Die Mittel der „Stasi“ waren vielfältig, von Beschattungen und Festnahmen bis zu psychischer Zersetzung, Verschleppungen und sogar Mord. Auch Bürgerinnen und Bürgern, die in den Westen geflohen waren („Republikflüchtlingen“), stellte sie nach, ließ sie in die DDR zurückbringen oder ermorden. Viele Menschen erfuhren erst nach dem Untergang der DDR von den staatlichen Bespitzelungen, teils aus dem engsten Freundes- und Familienkreis.

Planwirtschaft

- Die Bundesrepublik „überholen ohne einzuholen“, lautete die Parole der SED – das Modell sozialistischer **Planwirtschaft** sollte die Marktwirtschaft des Westens überbieten (▶ M6). Die von der sowjetischen Besatzungsmacht begonnene Verstaatlichung der Banken und privaten Industriebetriebe war bereits Anfang der 1950er-Jahre fast abgeschlossen. Parallel wurde die zwangsweise „Kollektivierung der Landwirtschaft“, d. h. die Enteignung der selbstständigen Bauern, und die Errichtung von „Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften“ (LPG) vorangetrieben. Damit konnte die SED ihre Herrschaft auch auf die Wirtschaft ausdehnen.

Kollektivierung und Planwirtschaft führten jedoch immer wieder zu Versorgungsproblemen. Das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft nahm den einzelnen Unterneh-

446



M 5 „Volkswirtschaftsplan“

Plakat des Sekretariats der Nationalen Front zur Werbung für die Planwirtschaft, um 1950

- ▶ Arbeiten Sie mithilfe der Bildelemente Wesen und Ziele der Planwirtschaft heraus.

Internettipp:



Weitere Informationen und Materialien zum 17. Juni 1953.

Geschichte In Clips:



Zum Mauerbau

M 6 Sprung in die Freiheit

Graffiti nach einem Foto von Peter Leibing vom 15. August 1961. Der 19-jährige Grenzsoldat Conrad Schumann flüchtet von Ost nach Westberlin, kurz bevor die Mauer geschlossen wird.

- ▶ Bis heute wird das Foto immer wieder publiziert und gehört inzwischen zum Weltdokumentenerbe der UNESCO. Diskutieren Sie, mit welcher Botschaft das Foto in den Jahren nach dem Mauerbau verknüpft worden sein könnte.

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

men die Möglichkeit, auf Angebot und Nachfrage flexibel zu reagieren. Die Betriebe bemühten sich nur, den vorgegebenen Plan zu erfüllen. Die Qualität der Produkte oder eine Verbesserung der Wirtschaftsleistung durch Innovation waren nachrangig. Sukzessive ging so die Produktivität der Arbeitsleistung zurück.

Arbeitsplätze blieben erhalten, auch wenn sie nicht mehr gebraucht wurden, da es im „real existierenden Sozialismus“ keine Arbeitslosigkeit geben durfte. Die Wirtschaft stagnierte, es kam zu Streiks und Massenflucht in den Westen. Der Mauerbau 1961 war eine Reaktion darauf. Er beendete die Massenflucht. Danach erholte sich die Wirtschaft der DDR.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 streikten an 242 Orten in der DDR mehr als eine halbe Million Menschen: Sie protestierten gegen eine im Mai erfolgte Erhöhung der geforderten Arbeitsleistung der Arbeiterschaft um zehn Prozent zur Erreichung der planwirtschaftlichen Ziele (▶ M10). Büros der SED wurden gestürmt, öffentliche Gebäude besetzt und Häftlinge aus Gefängnissen befreit. Diesen Aufstand konnte die SED nur mithilfe sowjetischer Soldaten und Panzer niederschlagen. Die SED-Führung wiederum machte „ausländische Agenten“ für den Aufstand verantwortlich. Um die Lage zu beruhigen, nahm sie aber stillschweigend die Maßnahmen zurück, senkte Preise und erhöhte Löhne und Renten. Zugleich wurde die „Staatsicherheit“ angewiesen, die Beobachtung der Bevölkerung zu intensivieren, um Abweichler frühzeitig aufspüren zu können.

Mauerbau und Grenzbefestigung

Allein zwischen 1953 und 1956 flohen etwa eine Million oftmals jüngere, gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter oder Akademikerinnen und Akademiker aus der DDR, um der Unterdrückung durch die SED und den Zwängen der Planwirtschaft zu entkommen. Da dies die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des SED-Regimes gefährdete, riegelte die DDR-Führung die Grenze zur Bundesrepublik schon frühzeitig ab. Lediglich in Berlin, das unter Kontrolle der vier Besatzungsmächte stand, war der Grenzübergang noch beinahe problemfrei möglich. Ihn nutzten allein im Juli 1961 rund 150 000 Menschen zur Flucht in den Westen.



Die DDR 1949-1989 – Staat und Gesellschaft

125 Anfang August gab deshalb die Führung in Moskau dem Drängen der SED nach und bewilligte die Abriegelung der Grenze auch in Berlin. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 errichteten Soldaten Stacheldrahtzäune zwischen dem sowjetischen und den drei westalliierten Sektoren Berlins. In den folgenden Tagen und Monaten wurden die provisorischen Absperrungen durch eine stabile und streng bewachte Mauer und einen regelrechten „Todesstreifen“ ersetzt.

130 Durch den **Mauerbau** war die Flucht aus der DDR weitgehend unmöglich geworden. Wer sie trotzdem wagte, riskierte sein Leben (► M11, M12). Denn mehrfach hatten führende SED-Politiker und Militärs den Befehl gegeben, auf „Verräter und Grenzverletzer“ zu schießen. Nach heutigen Erkenntnissen verloren beinahe 800 Menschen bei Fluchtversuchen ihr Leben, Tausende wurden verletzt.

135 **Zwischen Anpassung und Rebellion**

Der SED gelang es nie, die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen (► M13). In der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz verhielten sich viele Bürgerinnen und Bürger angepasst und unauffällig, um den Repressionen des Machtapparats zu entgehen, und suchten sich eine „Nische“ bei Freunden und im Privatleben, in die sie sich so oft wie möglich zurückzogen. Das Wochenendhaus, die „Datsche“, wurde zum Symbol einer Nischengesellschaft im diktatorischen Obrigkeitsstaat.

145 Seit den 1960er-Jahren rebellierten jedoch immer mehr Jugendliche gegen das „Spießertum“ ihrer Eltern und gegen die geistige und räumliche Enge in der DDR. Die SED-Führung beäugte sie kritisch und reagierte mit Schulentlassung und Ausbildungsverboten, Reisebeschränkungen innerhalb der DDR, im Extremfall sogar mit Inhaftierung.

150 So war die Gesellschaft gespalten in überzeugte, linientreue Anhänger des SED-Staates, diejenigen, die dem Staat gleichgültig oder insgeheim ablehnend gegenüberstanden sowie jenen, die sich nicht mit dem Regime arrangieren konnten und unter großen Gefahren versuchten zu fliehen.

155 Obwohl die Machthaber hart gegen Oppositionsbewegungen vorgingen, gab es Initiativen, die sich für die Gleichberechtigung von Frauen und für die Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten einsetzten. Eine von der SED unabhängige Frauen- oder Studentenbewegung, wie es sie seit den 1960er-Jahren in den westlichen Staaten gab, war in der DDR zwar nicht denkbar. An vielen Orten der DDR zeigten seit den 70er-Jahren aber kleine Gruppen von Regimekritikerinnen und -kritikern Zivilcourage. Nicht wenige Unzufriedene hielten die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik durchaus für den fortschrittlicheren Staat, waren aber davon überzeugt, dass es echten Sozialismus nur in Verbindung mit Demokratie geben könne. Damit stellten sie dem „realen Sozialismus“ in der DDR die Utopie des „demokratischen Sozialismus“ entgegen.

Animierte Karte:



Eine animierte Karte zum Thema „Mauerbau“

Mauerbau: ab dem 13. August 1961 von der DDR-Regierung nach Absprache mit der Sowjetunion errichtete 112 km lange Mauer entlang der Grenzen der westlichen Sektoren



M7 Szene in einer Ost-Berliner U-Bahn

Foto von Jörg Knöfel, 1986

- Beschreiben Sie, welche Wirkung das Bild auf Sie hat.
- Diskutieren Sie, welche Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich der DDR die beiden Personen jeweils haben könnten.

448 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M8  „Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Unter dieser Überschrift erscheint am 17. Mai 1957 in der Parteizeitung „Neues Deutschland“ der folgende Artikel mit dem Zusatz „Wähler fragen – wir antworten“. Viele Intellektuelle werden zu diesem Zeitpunkt verhaftet. Im Dezember 1957 erklärt die Volkskammer Tatbestände wie Staatsverrat, Spionage und Sammlung von Nachrichten zu Verbrechen. Auch die Verbindung zu jeder nichtkommunistischen Opposition wird ab sofort mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. In schweren Fällen droht die Todesstrafe.

Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. Im Gegenteil, das Vorhandensein oppositioneller Kräfte in bürgerlich-kapitalistischen Staaten offenbart den immer schärfer hervortretenden Interessengegensatz zwischen den sich an der Macht befindlichen Monopolisten und Militaristen und der von der Macht ausgeschlossenen unterdrückten Bevölkerung. Opposition ist nur der Beweis dafür, dass die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

Die Bourgeoisie kann die aus den unversöhnlichen Klassegegensätzen hervorstachsende Opposition nicht leugnen. Deshalb versucht sie, diese zu einem „Charakteristikum wahrer Demokratie“ für jeden Staat umzufällen. [...]

Aus solchen Auffassungen wird dann die absurde Behauptung abgeleitet, dass unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern nicht demokratisch sei, weil es bei uns „keine Opposition gebe“.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmachteter. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. Die Armee, Polizei und Justiz – die Machtmittel des Staates – sind Instrumente der Werktätigen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung.

Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müsste sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität

unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife¹, gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müsste sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat richten. Sie müsste für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.

Neues Deutschland vom 17. Mai 1957, S. 3

Arbeitsvorschläge

1. Erklären Sie den Begriff „Opposition“. Stellen Sie die Definition dem Verständnis des Artikels aus dem „Neuen Deutschland“ gegenüber.
2. Analysieren Sie die Folgen der Gleichsetzung von „Politik unserer Regierung“ und „Interessen der gesamten Bevölkerung“.
3. Beurteilen Sie, wie in einer bürgerlichen Demokratie die Interessen der Bevölkerung wahrgenommen werden.
4. Ordnen Sie die genannten Errungenschaften der DDR ein, die im Artikel hervorgehoben werden.

M9  Richtlinien für „Operative Vorgänge“

1976 werden im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) folgende Richtlinien in Umlauf gebracht:

2.3.4 Das Herausbrechen von Personen [...]

Das Herausbrechen ist darauf zu richten, Personen aus feindlichen Gruppen für eine inoffizielle Zusammenarbeit zu werben, um dadurch in die Konspiration der Gruppe einzudringen und Informationen und Beweise über geplante, vorbereitete oder durchgeführte Handlungen sowie Mittel und Methoden ihres Vorgehens zu erarbeiten, Anknüpfungspunkte und Voraussetzungen für eine notwendige Paralyse und Einschränkung der feindlichen Handlungen bzw. zur Auflösung der Gruppen zu schaffen. [...]

2.6.1 Zielstellung und Anwendungsbereiche [...]

Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden. [...]

2.6.2 Formen, Mittel und Methoden [...]

Bewährte Formen sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges [...];

¹ Über Maschinen-Traktor-Stationen (MTS) konnten die Bauern der LPGs (vgl. dazu S. 281) günstig landwirtschaftliche Geräte beziehen.

Die DDR 1949-1989 – Staat und Gesellschaft

- 25 • systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen [...];
- Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen [...].

Matthias Judt (Hrsg.), a. a. O., S. 471

Arbeitsvorschläge



1. Erläutern Sie die Wirkung dieser Maßnahmen. | H
2. Finden Sie Beispiele für von der Staatssicherheit verfolgte Personen oder Gruppen. Prüfen Sie, inwieweit die genannten Methoden angewandt wurden.

M10 Ein Augenzeuge über den 17. Juni 1953

Friedrich Schorn, 39-jähriger Rechnungsprüfer aus Halle, gehört zu den Sprechern der Arbeiter, die sich gegen die SED-Herrschaft erheben:

Während das Streikkomitee seine Beschlüsse fasste, setzte ich mich an die Spitze der 20 000 Betriebsangehörigen, und wir zogen nach Merseburg. Bauarbeiter, Straßenbahner, Fabrikarbeiter, Vopos¹, Hausfrauen und andere Zivilisten reihten sich noch ein. Voran ging eine Malerkolonie der Leuna-Werke, die in Blitzesschnelle die alten Parolen abriß und die Wände mit unseren Freiheitslosungen bestrich. Mehrfach wurden alle drei Strophen des Deutschlandliedes und Brüder zur Sonne zur Freiheit² gesungen. Als gerade die letzten Demonstranten der Buna-Werke den Uhlandplatz erreicht hatten, traf unser Zug mit seiner Spitze ein. Ein ungeheuerlicher Jubel setzte ein. Fremde Menschen, jung und alt, fielen einander in die Arme, und viele weinten. Es war ein Begrüßungstaumel, der nicht enden wollte. Wir hatten auf dem Uhlandplatz drei Lautsprecherwagen und konnten verständlich zur ganzen Menge sprechen. Es waren etwa 100 000 Menschen. Zunächst sprach ein Mann von den Buna-Werken gegen die SED-Tyrannie. Anschließend gaben wir unter großem Beifall unsere Freiheitslosungen bekannt. Doch rief ich gleichzeitig zur Disziplin auf und forderte auf, nichts zu unternehmen, wodurch die sowjetische Besatzungsmacht sich provoziert sehen könnte. Zahllose Bürger traten an uns heran und baten um „Einsätze“. Sie sagten dem Sinne nach: Ich bin zu allem bereit, sei es noch so gefährlich und koste es, was es wolle. Der Buna-Streikleiter schickte

200 – teilweise ausgesuchte – Männer zur Papierfabrik Königs-Mühle mit dem Auftrag, dort die von Vopos bewachten Arbeiter zu befreien. Kommandos zur Besetzung der Stadt- und der Kreisverwaltung wurden fortgeschickt. Später wurde uns gemeldet, dass alles gelang. [...]

Nun wurde mir gemeldet, dass sowjetische Truppen das Gefängnis, aus welchem wir die politischen Gefangenen befreit hatten, inzwischen besetzten und Neuverhaftete eingeliefert waren. [...]

Ich fuhr voraus in die Leuna-Werke [...]. Da kamen auch schon die ersten sowjetischen Lastwagen mit Fliegern in Infanterieausrüstung im Werk an. Die empörte Menge beschrie die Soldaten mit Pfuirufen. „Was wollt ihr hier, macht, dass ihr fortkommt!“ „Nennt ihr das Demokratie?“ Andere Betriebsangehörige riefen: „Lasst die armen Kerle, die wollen genauso frei sein wie wir. Was können die dafür, dass sie hier sein müssen.“ Die Soldaten waren zum Teil noch Kinder, waren ängstlich und eingeschüchtert. [...] Ein Offizier schien die Situation jedoch besser zu durchschauen und sagte: „Gut so, weitermachen, in einem Jahr sind wir in Russland auch soweit.“

Ilse Spittmann und Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988, S. 141

Arbeitsvorschläge



1. Nennen Sie die Forderungen der Aufständischen.
2. Erklären Sie die Gründe, die die sowjetische Führung zur gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes bewogen haben dürften. | H

¹ Vopo: Volkspolizist

² Brüder zur Sonne zur Freiheit: deutsche Nachdichtung eines russischen Arbeiterliedes

450 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M11 Q „Einwandfreies Schussfeld gewährleisten“

Auf einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 äußert sich Erich Honecker zu den Maßnahmen der Grenzsicherung:

- In der Aussprache [...] legte Genosse Erich Honecker folgende Gesichtspunkte dar:
- die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR bleibt nach wie vor eine wichtige politische Frage,
 - 5 • es müssen nach Möglichkeit alle Provokationen an der Staatsgrenze verhindert werden,
 - es muss angestrebt werden, dass Grenzdurchbrüche überhaupt nicht zugelassen werden,
 - jeder Grenzdurchbruch bringt Schaden für die DDR,
 - 10 • die Grenzsicherungsanlagen müssen so angelegt werden, dass sie dem Ansehen der DDR nicht schaden, [...]
 - überall muss ein einwandfreies Schussfeld gewährleistet werden, [...]
 - 15 • nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchsversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen [...].

Erich Honecker auf der 45. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 zum Tagesordnungspunkt 4: Bericht über die Lage an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, zu Westberlin und an der Seegrenze, in: BArch MZA, VA – 01/39 503; zitiert nach Matthias Judt, a. a. O., S. 468 f.

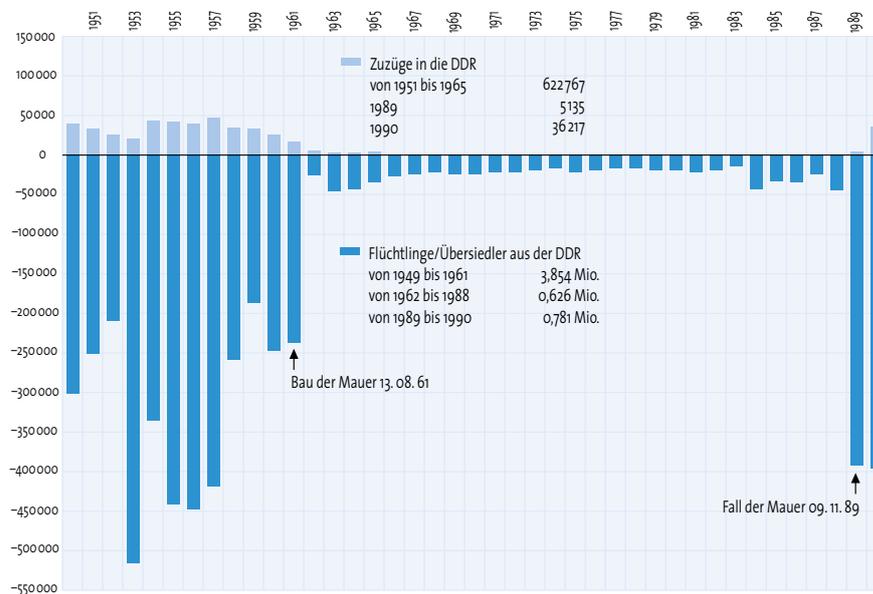
Arbeitsvorschläge



32065-0032

1. Im August 1997 erging im Berliner Landgericht das Urteil gegen drei frühere Mitglieder des Politbüros (Egon Krenz, Günter Schabowski, Günther Kleiber) wegen Totschlags an DDR-Flüchtlingen. Der Vorsitzende Richter Josef Hoch begründete die langjährigen Freiheitsstrafen für die Angeklagten mit der führenden Rolle des Politbüros innerhalb des Staates, dessen Mitglieder daher für das Grenzregime zur Verantwortung zu ziehen seien, denn wer die Herrschaft über Tötungen habe, sei als Täter dafür verantwortlich („Ohne die Politbürobeschlüsse hätte es diese Toden nicht gegeben“). Erläutern Sie das Für und Wider der Gerichtsentscheidung und nehmen Sie dazu Stellung.
2. Diskutieren Sie über die Angemessenheit der Strafen.

M12 D Übersiedler und Flüchtlinge zwischen DDR und Bundesrepublik



Nach: Hartmut Wendt, Wanderungen in Deutschland zwischen Ost und West [...], in: Paul Ganz und Franz-Josef Kemper (Hrsg.), Mobilität und Migration in Deutschland, Erfurt 1995, S. 6–8, und Matthias Judt (Hrsg.), a. a. O., S. 545 f.

Arbeitsvorschläge



32065-0033

1. Nennen Sie Motive für die Migration zwischen den beiden deutschen Staaten. | H | F
2. In der Zentralkartei der DDR war die registrierte Zahl der Übersiedler immer doppelt so hoch wie von Behörden der Bundesrepublik angegeben. Nennen Sie Gründe, warum das Ausmaß von Flucht und Übersiedlung politisch stets sehr brisant war.
3. Erläutern Sie die Folgen der Fluchtbewegung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der DDR.

Die DDR 1949-1989 – Staat und Gesellschaft

M13 Sozialpolitik und Legitimation der SED-Herrschaft

In einer Untersuchung über die Wirksamkeit der Sozialpolitik für die Akzeptanz des DDR-Regimes durch die Bürger heißt es:

Von der Sozialpolitik hatten sich die SED und die Staatsführung der DDR großen ökonomischen und politischen Nutzen erhofft. Voraussetzung und Ansporn wirtschaftlicher Leistung und Produktivitätssteigerung sollte sie sein und als Quelle von Legitimität dienen, um den grundlegenden Mangel an Anerkennung des SED-Regimes zu kompensieren. Ist dies erreicht worden?

Die sozialwissenschaftliche Forschung neigt zu der These, die Politik der sozialen Sicherung habe zur Stabilisierung des SED-Regimes beigetragen. Der paternalistische¹ Herrschaftsmechanismus der Sozialpolitik habe Wohlverhalten und konsumorientierte Anpassung hervorgerufen oder verstärkt, so wird die Stabilisierungsthese begründet. Zumindest zeitweise sei es gelungen, mit der Sozialpolitik eine Brücke zwischen den Herrschenden und den Beherrschten zu schlagen, so pflichten manche dieser Auffassung bei, meist unter Berufung auf die Aufwertung der Sozialpolitik in den 70er-Jahren. Allerdings betonen alle seriösen Untersuchungen die Grenzen der Legitimierung der DDR-Sozialpolitik und deren widersprüchlichen, teils Anerkennung stiftenden, teils Protest hervorrufenden Wirkungen. [...]

Hockerts² zufolge sind die „sozialistischen Errungenschaften“ wie Vollbeschäftigung und Grundversorgung von der Bevölkerung insgesamt angenommen und genutzt worden. Aber als Herrschaftsstützen seien sie viel zu schwach, wenn nicht gar morsch gewesen. [...]

Die Sozialpolitik fand nicht nur Zustimmung, sie lief auch Widerspruch hervor, zum Beispiel aufgrund offenkundiger Leistungsmängel, wie im Falle der mangelhaften Altenpflege, der verfallenden Bausubstanz in den Städten, der Ausstattungsmängel des Gesundheitswesens, und Unzufriedenheit ob der Vernachlässigung produktionsferner Lebenslagen und Risiken, wie bei vielen Rentnern. [...]

Damit sind Kehrseiten der DDR-Sozialpolitik angesprochen, die kaum legitimierend wirken. Zu den Legitimierungsgrenzen ist ein Weiteres zu zählen: Die DDR-Sozialpolitik legte ihre Bürger viel stärker als die Sozialpolitik westlicher Prägung auf eine Politiknehmerrolle fest. Soweit dies den Politiknehmer der unbotmäßigen Eigeninitiative beraubte, konnte man darin eine system- und

ideologiegerechte Konsequenz sehen. Doch der Politiknehmerstatus förderte Anspruchshaltung und Passivität. Überdies verhinderte er, was die DDR-Sozialpolitik der parteioffiziellen Ideologie zufolge eigentlich bewirken sollte: die Entwicklung von Qualifikation und Staatsbürger-tugenden einer loyalen, produktiven und konstruktiv mitwirkenden „sozialistischen Persönlichkeit“. Doch von der war ebenso wenig zu sehen wie von der Steigerung der Produktivität, die man sich von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erhoffte.

Eine noch gefährlichere Legitimierungsgrenze bestand für die Sozialpolitik der DDR in dem Ost-West-Vergleich, vor allem dem Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland. Hier stößt man auf die Achillesferse des DDR-Sozialismus. Im Ost-West-Vergleich erwiesen sich seine „sozialen Errungenschaften“ einschließlich der Sozialleistungen als mittelmäßig, nicht selten als unzulänglich, oft als unattraktiv. Das ergab sich aus den repressiven Strukturen des Staatswesens und dem niedrigeren Entwicklungsstand der DDR-Wirtschaft, der rückständigen Technologie, der geringen Qualität der Dienstleistungen, der niedrigeren Kaufkraft der Sozialeinkommen und Löhne und dem unzureichenden Angebot an Konsumgütern des gehobenen Bedarfs. Die nur mäßige Produktivität der DDR-Wirtschaft bedeutete einen großen Rückstand an volkswirtschaftlichem Wohlstand sowie an privatem und öffentlichem Konsumniveau gegenüber den fortgeschrittenen westlichen Industrieländern wie der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Rückschritt schrumpften die „sozialen Errungenschaften“ des SED-Staates zu Wohltaten, welche die überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger bei erster Gelegenheit gegen die volle Teilhabe an den Gütern der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaats der Bundesrepublik Deutschland eintauschte.

Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, übersetzt von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Stuttgart 1998, S. 380

Arbeitsvorschläge



32065-0034

1. Listen Sie Vor- und Nachteile der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ auf. Diskutieren Sie, ob man tatsächlich von einer „Einheit“ sprechen kann.
2. Beschreiben Sie den Einfluss des permanenten Vergleichs mit der Bundesrepublik auf die Mentalität der DDR-Bevölkerung.

Leitfrage



Nehmen Sie Stellung:
Die DDR - ein Unrechtsstaat?

¹ paternalistisch: väterlich bevormundend

² Hans Günter Hockerts: deutscher Zeithistoriker (geb. 1943)

452

Selbstverständnis und Entwicklung der Bundesrepublik

Bildinformation



M1 Q Antrittsbesuch

Foto vom 21. September 1949 Bundeskanzler Adenauer stellt sein Kabinett den Vertretern der Westalliierten vor. Selbstbewusst tritt er dabei auf den Teppich, vor dem er eigentlich „in gemessenem Abstand haltmachen“ sollte.

- Beschreiben Sie Adenauers Auftritt gegenüber den Westalliierten. Was könnte ihn zu diesem Auftreten veranlasst haben?



LEIT-FRAGE

Stabilität und wirtschaftlicher Aufstieg der BRD – „Made in Germany“?

Westbindung (Westintegration): politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Welt (USA, Kanada und westeuropäische Demokratien) ab 1945, besonders in die NATO und in Europa.

Souveränität durch Westbindung

Anders als die Weimarer Republik entwickelte sich die Bundesrepublik zu einem politisch stabilen Staat. Vor allem das „Wirtschaftswunder“, der Aufbau des Sozialstaates und die Handlungsfähigkeit der Regierungen festigten die Bonner Demokratie. Während seiner langen Kanzlerschaft von 1949 bis 1963 konnte Konrad Adenauer eine Reihe von Erfolgen verbuchen: Durch eine konsequente **Westbindung** entspannte sich das Verhältnis zu den westlichen Siegermächten, sodass die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied sowohl 1955 in das westliche Verteidigungsbündnis NATO (North Atlantic Treaty Organization) als auch 1957 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aufgenommen und in eine weitgehende Souveränität entlassen wurde. Adenauer gelang auch die Aussöhnung mit Frankreich, die Voraussetzung für die europäische Integration war und 1963 in den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag mündete.

Alleinvertretungsanspruch

Bereits im Oktober 1949 hatte Bundeskanzler Adenauer das Prinzip formuliert, das der Deutschlandpolitik aller Bundesregierungen bis 1969 zugrunde lag: „Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen (► M9).“ Dieser von sämtlichen demokratischen Parteien geteilte Alleinvertretungsanspruch und die strikte Nichtanerkennung des nicht frei gewählten DDR-Regimes bestimmten und begrenzten die Beziehungen Bonns zu Ost-Berlin zwei Jahrzehnte lang.

Ihre Haltung fasste die Bundesregierung 1955 in den Grundsatz, die Bundesrepublik unterhalte keine Beziehungen zu Staaten, die die DDR durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen anerkannten (**Hallstein-Doktrin**). Bis zum Ende der 1960er-Jahre konnte die Bundesregierung damit die internationale Anerkennung der DDR verhindern, zumal in den Ländern der „Dritten Welt“, denen die Bundesrepublik andernfalls ihre Wirtschaftshilfe aufkündigte. Mit der Sowjetunion wurden 1955 dennoch diplomatische Beziehungen aufgenommen. Im Gegenzug wurden die noch in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen freigelassen.

30 Eine stabile Demokratie

Materielle Kriegsschäden wurden behoben und Millionen neue Wohnungen gebaut, knapp zehn Millionen Invalide, Witwen und Waisen, Ausgebombte und Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft versorgt und 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches integriert. Als wichtiger Stützpfeiler der jungen Demokratie erwies sich dabei die erfolgreiche, im Grundgesetz verankerte Sozialpolitik (Artikel 20, Absatz 1). Ohne sozialen Frieden im Land würde der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau nicht gelingen – darin waren sich in Erinnerung an das Ende der Weimarer Republik alle einig.

Eine immer größere Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zeigte sich mit der neuen demokratischen Republik und mit dem Leben in einer pluralistischen Gesellschaft westlicher Prägung zufrieden. Noch 1950 wurden, als die Alliierten den Lizenzzwang für politische Parteien aufgehoben hatten, rund 30 neue, zumeist nationale und rechtsextremistische Parteien gegründet. Aber bei der Bundestagswahl 1953 zogen nur wenige Abgeordnete dieser Gruppierungen in den Bundestag ein. Anschließend ging deren Zahl stark zurück und die Wählerinnen und Wähler versammelten sich zum ganz überwiegenden Teil hinter CDU/CSU und SPD, die sich als für alle großen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Milieus wählbare Volksparteien etablierten. Eine optimistische Grundstimmung und ein beinahe ungetrübter Fortschritts Glaube machten sich breit.

50 Soziale Marktwirtschaft und „Wirtschaftswunder“

Von besonderer Bedeutung für die Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik war der rasche wirtschaftliche Aufschwung in den 1950er-Jahren. Ursache hierfür war die Einführung einer „**Sozialen Marktwirtschaft**“. Anders als in der reinen Marktwirtschaft, in der nur das Prinzip von Angebot und Nachfrage gilt, wurden wirtschaftliche Freiheit und sozialer Ausgleich zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen miteinander verknüpft. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard gilt als einer der Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“.

In der Zeit zwischen 1950 und 1973 konnte so die bundesdeutsche Wirtschaft mit Wachstumsraten von durchschnittlich 5,6 Prozent jährlich zulegen (► M13). Zugleich konnte der Staat schon 1953 beinahe 20 Prozent seiner Ausgaben für Sozialleistungen bereitstellen und damit zeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft keine leere Versprechung war.

Der Aufschwung war kein „**Wirtschaftswunder**“, obwohl er vielen so erschien. Gründe waren u. a. eine erhöhte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Ebenso wichtig war aber auch der Wille der Überlebenden, „die Ärmel hochzukrempeln“ und in einer Marktwirtschaft, die Leistung belohnte, neuen Wohlstand zu schaffen.

Hallstein-Doktrin: benannt nach Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1957 Staatssekretar im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel



M2 Q Ludwig Erhard

(1897–1977):

1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Vorsitzender der CDU

Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage einer leistungsfähigen Wettbewerbswirtschaft ohne Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen vorsieht

Wirtschaftswunder: Bezeichnung für den raschen Aufstieg der Wirtschaft in Westdeutschland in den 1950er-Jahren, der gekennzeichnet war durch hohe Wachstumsraten des realen Sozialprodukts, wachsenden materiellen Wohlstand sowie den Abbau der Arbeitslosigkeit trotz hoher Flüchtlingszahlen

454

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M3 Kniefall Willy Brandts am Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettos

Foto vom 7. Dezember 1970

Mit dieser spontanen Geste während seines Staatsbesuches gedachte Brandt der polnischen Juden, die 1943 beim Aufstand im Warschauer Ghetto von Deutschen ermordet worden waren. Am selben Tag unterzeichnete Brandt den Warschauer Vertrag, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkannte.

- Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ fragte in der Ausgabe vom 14. Dezember 1970: „Durfte Brandt knien?“ Nehmen Sie dazu Stellung.

Bildinformation



3100-273



Aufarbeitung der NS-Zeit

Die systematische Erforschung und Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen begann erst seit 1958 mit der Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Eine breite Öffentlichkeit nahm Anteil an Großverfahren wie dem ersten Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main (1963-1965) und dem Majdanek Prozess¹ in Düsseldorf (1975-1981). Erst diese Prozesse machten den Deutschen das ganze Ausmaß des Holocaust deutlich und präzisierten die Vorstellungen von der Funktionsweise des nationalsozialistischen Regimes. Gleichzeitig spitzte sich in den 1960er- und frühen 70er-Jahren insbesondere in der heranwachsenden jungen Generation die Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit zu: Die Bundesregierung stellte Israel und anderen NS-Opfern zwar Entschädigungszahlungen in Aussicht. Der Wunsch nach einem „Schlussstrich“ war in der Bevölkerung jedoch weit verbreitet. Zehntausende NS-Täter und Mitläufer hatten nach 1945 untertauchen und – auch dank staatlicher Amnestie- und Integrationsangebote – wieder in Schlüsselpositionen in Staat, Politik und Wirtschaft aufsteigen können (► M11). Dies führte oftmals zu einer pauschalen Verurteilung der Vätergeneration, die sich in einem Generationenkonflikt um die Schuldfrage an den NS-Verbrechen entzündete.

85

Protest...

In den 1960er-Jahren wuchs nicht nur die Unzufriedenheit im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit, sondern auch hinsichtlich politischer und gesellschaftlicher Strukturen generell:

Manche lehnten die Nutzung von Atomenergie, aber auch Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt ab. Viele kritisierten angesichts der Kriegsführung der USA in Vietnam oder von Briten und Franzosen in ihren Kolonien begangener Verbrechen die einseitige Westorientierung. Beeinflusst von ähnlichen Bewegungen in den USA und anderen europäischen Ländern formierte sich eine Protestbewegung insbesondere aus Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Journalistinnen und Journalisten, Kultur-

95

¹ Vorort von Lublin (Polen), bei dem die Nationalsozialisten ein Vernichtungslager einrichteten. Es existierte von Herbst 1941 bis Juli 1944; etwa 200 000 Menschen kamen in Majdanek zu Tode.

Selbstverständnis und Entwicklung der Bundesrepublik

schaffenden und Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern. Hier zeichnete sich ein Wertewandel ab – weg von Autorität, Gehorsam und Tradition hin zu Partizipation, Transparenz, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie individueller Freiheit.

- 100 Als 1966 CDU/CSU und SPD eine große Koalition mit Kurt-Georg Kiesinger als Bundeskanzler bildeten, der nur die FDP als Opposition gegenüberstand, befürchteten viele eine Gefahr für Demokratie und Freiheit durch dieses parteiliche Übergewicht. Sie sahen sich darin bestätigt, als die Koalition über den Erlass von Gesetzen diskutierte, mit denen im Falle eines Notstandes Grundrechte eingeschränkt werden konnten und die sie an den Notstandsartikel 48 der Weimarer Reichsverfassung und dessen Missbrauch erinnerte.

- Aus Protest formierte sich eine „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) aus Studierenden, Intellektuellen und Teilen der Gewerkschaften, die im Frühjahr 1968 auf die Straße ging und mit landesweiten Demonstrationen vergeblich versuchte, das Parlament von der Verabschiedung der Notstandsgesetze abzubringen sowie auf andere politische Themen aufmerksam zu machen (► M4, M11). Seither nannte man die Protestbewegung oft pauschal „die 68er“.

... und Reformen

- Die ab 1969 amtierende Regierung aus SPD und FDP unter Bundeskanzler **Willy Brandt** nahm die Forderungen aus der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmung, Gleichberechtigung und Modernisierung bewusst auf (► M12). Die Reformen der sozial-liberalen Koalition setzten z. B. im Strafvollzug auf Resozialisierung statt auf reine Bestrafung. Im Familienrecht trieben sie die Gleichberechtigung der Geschlechter voran. Bürgerinnen und Bürger erhielten mehr Mitspracherecht in Städten und Gemeinden bei Bau- und Sanierungsvorhaben. Es wurden Maßnahmen zum Umweltschutz auf den Weg gebracht und das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Das Betriebsverfassungsgesetz erweiterte 1972 die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften. Renten und Kindergeld wurden erhöht, die Leistungen der Krankenkassen verbessert. Und um Kindern aus der Mittel- und Unterschicht den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen zu ermöglichen, wurde eine finanzielle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende (Bafög) eingeführt. Die Kehrseite der Reformen war allerdings, dass der Staat dauerhaft mehr Geld ausgab als er einnahm und sich verschuldete.

Terrorismus als Herausforderung

- 130 In den 1970er-Jahren radikalisierte sich eine kleine, gewaltbereite Minderheit der Protestbewegung, darunter die linksextremistische Rote-Armee-Fraktion (RAF) um Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhoff. Diese Gruppe lehnte Demokratie und Marktwirtschaft ab und verübte – angeblich, um die Bevölkerung von „kapitalistischer Ausbeutung“ zu „befreien“ – Bombenanschläge auf Kasernen, Pressegebäude und staatliche Einrichtungen. In spektakulären Aktionen entführten und ermordeten RAF-Mitglieder Vertreter aus Politik, Justiz und Wirtschaft.

- Am 5. September 1977 entführte ein Kommando der RAF den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und – mit Beteiligung palästinensischer Luftpiraten – ein deutsches Verkehrsflugzeug. Damit wollte die RAF die Freilassung von elf inhaftierten Terroristen erzwingen. Eine Antiterrorereinheit des Bundesgrenzschutzes befreite die 87 Geiseln in Mogadischu (Somalia). Daraufhin verübten drei inhaftierte RAF-Mitglieder Selbstmord. Die Polizei fand Schleyer am Tag darauf tot im Kofferraum eines Autos.

Internettipp:



32005-0035

Informationen zu APO und Studentenbewegung

68er: linksorientierte Protestbewegung v. a. von Studierenden ab den späten 1960er-Jahren gegen die damaligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die eine stärkere Bürgerbeteiligung und Modernisierung der Gesellschaft anstieß



M4 Willy Brandt (vormals Ernst Karl Frahm)

(1913–1992):

Sozialdemokrat, 1933–1945 emigriert, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin (West), 1964–1987 Vorsitzender der SPD, 1969–1974 Bundeskanzler. Erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Internettipp:



32005-0036

Eine Geschichte der RAF

456

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess



M5 Helmut Kohl (1930–2017):

Politiker (CDU), 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973–1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982–1998 Bundeskanzler, 1998 Ehrenbürger Europas

Auch wenn dieser Linksterrorismus am Ende erfolglos blieb, da die Bundesregierung sich unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht erpressen ließ und die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in den Staat nicht verloren, fielen seinen Verbrechen doch mehrere Dutzend Menschen zum Opfer.

Alte und neue Themen

Die „68er-Bewegung“ hatte die Gesellschaft in bisher nicht gekannter Weise politisiert. Aus ihr entstanden weitere Bewegungen, die in den 1970er- und 80er-Jahren auch politisch an Einfluss gewannen: Die Umweltbewegung machte die unübersehbaren Folgen der ungehemmten Industrialisierung und Motorisierung für Natur und Umwelt zum Thema. Frauenbewegung und Homosexuellenbewegung forderten Gleichstellung der Frauen und Schutz von Verfolgten und gesellschaftlichen Minderheiten.¹ Die Friedensbewegung kritisierte den weltweiten Rüstungswettlauf und warnte vor einem Atomkrieg.

Der anhaltende Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus der UdSSR und Osteuropa sowie die deutlich ansteigende Zahl der Asylsuchenden machten deutlich, dass die Bundesrepublik sich zum Einwanderungsland entwickelte, und löste teilweise hitzige Diskussionen darüber aus, wie eine ständig wachsende Zahl von Immigrantinnen und Immigranten integriert werden konnte. Die seit 1982 amtierende Koalitionsregierung aus FDP und CDU/CSU unter **Helmut Kohl** (CDU) kündigte zwar ein „Ausländergesetz“ an, das aber erst 1991 in Kraft trat.

Das Ende der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, Ölkrisen, neue Technologien, aber auch häufig überzogene Ansprüche an die Wirtschaftskraft in den Industriestaaten beendeten Mitte der Siebzigerjahre die Periode der Vollbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Weltweit stiegen Inflation und Arbeitslosigkeit. In der Bundesrepublik sank das jährliche Wachstum der Volkswirtschaft auf durchschnittlich knapp zwei Prozent, und die Arbeitslosenquote schnellte von 2,6 Prozent im Jahr 1974 auf 9,3 Prozent im Jahr 1985. Obwohl die Zahl der Arbeitsplätze seit den Achtzi-

gerjahren wieder deutlich wuchs, blieb im Auf und Ab der Konjunktur eine immer größere Zahl von Arbeitslosen zurück (Sockelarbeitslosigkeit).

Da immer mehr Menschen damit unzufrieden waren, wie die etablierten Volksparteien diese Themen behandelten, engagierten sich nicht nur viele in Bürgerinitiativen, sondern gaben ihre Wählerstimmen neuen Gruppierungen. Von ihnen waren diejenigen am erfolgreichsten, aus denen sich schließlich die Partei „Die Grünen“ bildete, die in die meisten Landesparlamente und 1983 erstmals in den Bundestag einzog (► M7, M8).

Bei allem innenpolitischen Streit erwies sich das Institutionengefüge des Grundgesetzes aber als stabil und fand die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bevölkerung breite Akzeptanz.



M6 Eine Bundestagsabgeordnete der Grünen auf ihrem „Dienstfahrrad“

Foto von 1983

► Beschreiben Sie anhand von M6 und M7, wie sich der Auftritt der Grünen von etablierten Parteien abhob.



M7 Plakat zur Europaparlamentwahl von 1979

Selbstverständnis und Entwicklung der Bundesrepublik

M8 „Die Bundesrepublik ist allein befugt ...“

Nach der Gründung der DDR erklärt Bundeskanzler Adenauer am 21. Oktober 1949 vor dem Deutschen Bundestag:

Ich stelle Folgendes fest: In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den freien Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. [...] Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und ihrer Sorge. Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.

Merith Niehuss und Ulrike Lindner, Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969 (Deutsche Geschichte in Quellen, Bd. 10), Stuttgart 2007, S. 202–205

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie heraus, wie Adenauer die höhere Legitimität der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR begründet.
2. Diskutieren Sie die Probleme, die damit auf künftige Bundesregierungen zukamen. | H



32065-0037

M9 Integration durch Antikommunismus?

Der Politikwissenschaftler Dietrich Thränhardt schreibt dazu 1996 Folgendes:

Als Übergangsideologie für die Bundesrepublik, die in die westliche Gesellschaft hineinwuchs, war der Antikommunismus hervorragend geeignet. In ihm konnte man sich mit den ehemaligen Kriegsgegnern, mit der Demokratie, den „westlichen Werten“, dem Christentum, dem „Abendland“ identifizieren, die als positives Gegenbild fungierten. Auch wenn man während des „Dritten Reiches“ unterschiedlichen politischen Lagern angehört hatte, war auf dieser ideologischen Grundlage eine Versöhnung möglich. [...]

Die Eingliederung einer so großen Anzahl ehemaliger Nichtdemokraten, vorwiegend in bürgerlichen Kreisen und gesellschaftlich angesehenen Berufsgruppen (Ärzte, Lehrer, Verwaltungsbeamte, Richter), barg andererseits die Gefahr des Eindringens von undemokratischen Einflüssen. [...]

Als die neuen Bundesministerien aufgebaut wurden, waren die Überprüfungen durch die Alliierten aufgegeben worden. Sozialdemokraten wurden wegen der harten innenpolitischen Frontstellung kaum eingestellt. Andererseits erhielten aber alle ehemaligen Beamten des „Dritten Reiches“, mit Ausnahme der schwer belasteten, einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung (Ausführungsgesetz zu Art. 131 GG). Alle Behörden hatten 20% der Stellen für diesen Zweck zu reservieren. Da die meisten früheren Spitzenbeamten von den Alliierten entlassen und sogar vorübergehend verhaftet worden waren, standen sie 1949/50 zur Verfügung. Innerhalb der Gruppe der Beamten hatten alte Verbindungen Bestand gehabt: Ein ehemaliger Beamter „zog“ den anderen nach. Im Ergebnis kam es zur Wiederherstellung der alten Bürokratie, einschließlich ihrer NSDAP-Mitglieder. Im auswärtigen Amt waren 1951 66% der leitenden Beamten ehemalige NSDAP-Mitglieder. Kritik daran wies Adenauer mit dem Appell zurück, „jetzt mit der Naziriecherei Schluss zu machen“.

Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996, S. 112ff.

Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Aussagen Thränhardts mit eigenen Worten zusammen.
2. Bewerten Sie die geschilderten Strukturen im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Zeit.
3. Erläutern Sie, inwiefern der Antikommunismus als „Integrationsideologie“ wirkte.
4. Erörtern Sie, ob es in unserer heutigen Gesellschaft auch „Integrationsideologien“ gibt.



32065-0038

M10 Außerparlamentarische Opposition

Am 2. Juni 1967 wird der Student Benno Ohnesorg, der an einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des mit brutaler Gewalt regierenden Schah (Kaiser) von Persien in Berlin teilnimmt, von einem Polizisten erschossen (von dem man heute weiß, dass er als Spitzel für die „Stasi“ arbeitete). Der Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Kurt Sontheimer, schreibt 1967 über die politischen Folgen:

Über zwölf Tausend Menschen, Berliner Studenten aller Hochschulen, gaben [...] Benno Ohnesorg das letzte Geleit. [...] Nach dem 2. Juni 1967 ist die Studentenschaft nicht nur der Berliner Universität, sondern dank der Berliner Studenten die der gesamten Bundesrepublik zu einem Faktor der deutschen Innenpolitik geworden. Die Parteien des Bundestages beeilen sich plötzlich, mit den Vorsitzenden der Studentenausschüsse zu diskutieren. [...]

458 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

10 Es ist sichtbar geworden, dass der Kern der aktiven Studentenschaft sich als eine außerparlamentarische Opposition versteht. Es handelt sich [...] um die Keimzellen einer neuen Opposition, die offen bekennt, dass sie die Gesellschaft verändern will. [...] Die Studenten [...] wollen die Demokratie auf den Prüfstand stellen, um zu ermitteln, ob die demokratischen Rechte und Freiheiten auch denen offenstehen, die nicht in den pluralistischen Konsensus unserer Ordnung einbezogen sind. [...] Sie haben offenkundig gemacht, dass unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung noch keineswegs so stabilisiert ist, wie sie das von sich glaubt. Zwanzig Jahre versuchen wir es nun von Neuem mit der Demokratie und mochten uns rühmen, eine ihrer selbst sichere Ordnung geschaffen zu haben; doch ein beachtlicher Teil unserer Bevölkerung reagiert auf kritisches Infragestellen dieser Ordnung durch wenige tausend Studenten so, als habe man es nur mit Radaubrüdern und Krawallmachern zu tun.

Zitiert nach: Merith Niehuss und Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 10: Besatzung, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Stuttgart 1998, S. 324–329

Arbeitsvorschläge

1. Erklären Sie den Begriff „Außerparlamentarische Opposition“.
2. Benennen Sie Gründe für den Protest.



32065-0039

M11 Q Mehr Demokratie wagen

Am 28. Oktober 1969 tritt Bundeskanzler Willy Brandt mit seiner ersten Regierungserklärung vor den Deutschen Bundestag:

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, dass durch Anhörungen im Bundestag, durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypothesen der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, dass auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben. [...] Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegendende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können

nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. Diese Regierung sucht das Gespräch, sie sucht kritische Partnerschaft mit allen, die Verantwortung tragen, sei es in den Kirchen, der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft oder in anderen Bereichen der Gesellschaft. [...]

Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewusstsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen. In den letzten Jahren haben manche in diesem Lande befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je. Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.

Zitiert nach: Klaus von Beyme, Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München/Wien 1979, S. 252 und 281

Arbeitsvorschläge

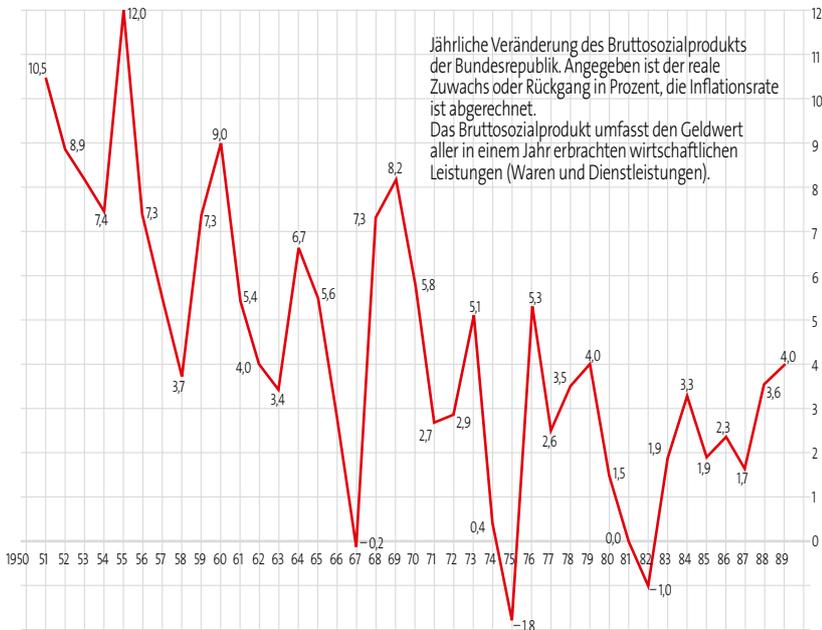
1. Arbeiten Sie die Begriffe und Formulierungen heraus, mit denen Willy Brandt den Beginn einer neuen Ära ankündigt.
2. Erläutern Sie, was Willy Brandt mit „kritischer Partnerschaft“ (Z. 22) meint.
3. Einige Passagen der Rede erregten Anstoß bei den Unionsparteien und bei der konservativen Presse. Arbeiten Sie diese Passagen heraus.
4. Fühlen Sie sich von der Rede angesprochen? Nehmen Sie Stellung.



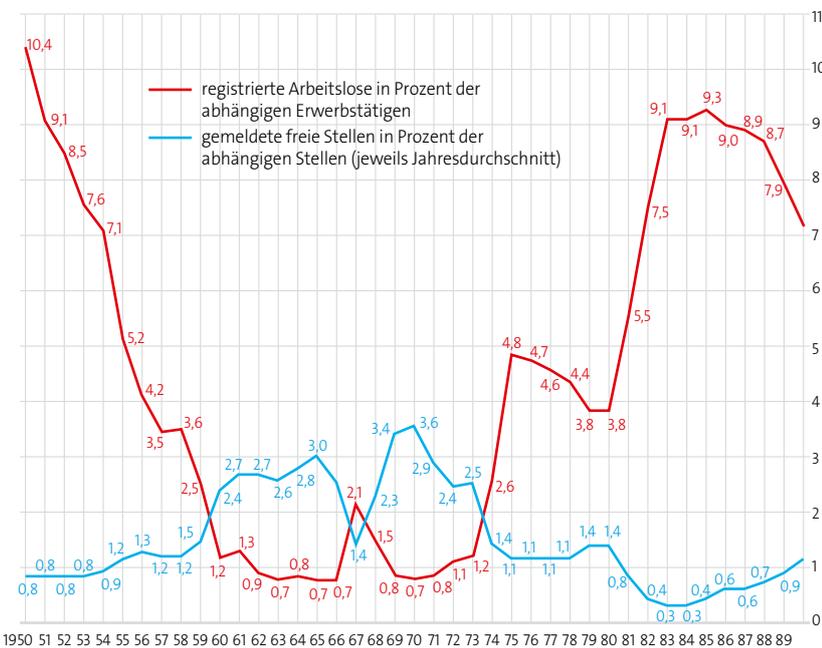
32065-0040

M12 D Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1950–1989

a) Wirtschaftswachstum:



b) Zahl der Arbeitslosen:



Daten nach: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Leistung in Zahlen bzw. Wirtschaft in Zahlen, verschiedene Jahrgänge

Arbeitsvorschlag



► Beschreiben Sie die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und der Zahl der Arbeitslosen. Setzen Sie die beiden Entwicklungen in Beziehung.

460 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M13  **Für mehr Frauenrechte**

In der Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Mai 1983 kurz nach Helmut Kohls Wahlsieg bei der Bundestagswahl und dem erstmaligen Einzug der GRÜNEN ins Parlament, löst die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe mit ihrer Rede einen Skandal aus:

Wenn eine Frau ungewollt schwanger wird, muss sie selbst entscheiden können, ob sie ein Kind möchte oder nicht. Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein. *(Beifall bei den GRÜNEN – Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Wie stehen Sie zur Euthanasie?)*

Auch bei der Legalisierung der Abtreibung bleiben ein ethischer Konflikt und eine moralische Frage, die ausgetragen werden müssen. Unsere durch und durch patriarchalisch strukturierte Gesellschaft ist in der Krise. In Krisenzeiten geben die Patriarchen ihr Wohlwollen auf und weisen die Unterdrückten auf ihre Plätze. Die ideologische Aufwertung der Kleinfamilie soll die Frauen mit sanfter Macht in die Familie zurückdrängen. Die Änderung des Scheidungsrechts soll sie dort belassen.¹ Dort sollen sie Haus- und Erziehungsarbeit leisten, die keiner Qualifizierung bedarf, nützlich ist und unbezahlt bleibt. Damit reduziert sich der Lebensinhalt von Frauen wieder auf die drei K's: Kinder, Küche, Kabelfernsehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Arbeitsplätze sind rar, und bei Erwerbslosigkeit ist die Ehe für die Frauen der einzige Garant für ökonomische und soziale Sicherheit. Frauen tauschen damit Autonomie gegen Abhängigkeit vom Mann, dessen Interessen und Wünschen sie sich unterordnen müssen. Das ist es, was Herr Kohl – er ist nicht da – meint, wenn er Familie anpreist. Zurück in die Familie, das ist der patriarchalisch-reaktionäre Versuch zur Überwindung der Erwerbslosigkeit. Es geht nicht darum, diejenigen zu denunzieren, die mit großer Anstrengung versuchen, ein Stück Glück auch in der Ehe zu finden. Nur, die Voraussetzungen dafür sind gleichberechtigte Partner, die sich beide an sinnvoller Arbeit in der Politik und bei der Kindererziehung beteiligen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bohl [CDU/CSU]: Das kann doch jeder machen, wie er will!)

¹ Schoppe bezieht sich dabei auf Bestrebungen der Kohl-Regierung, das erst 1977 reformierte Scheidungsrecht wieder in Teilen zurückzunehmen. Bis 1977 galt bei Scheidungen das „Schuldprinzip“: Wer „schuldig“ war, bekam meist keine Unterhaltszahlungen oder das Sorgerecht für die Kinder. Das benachteiligte vor allem Frauen, die bis dahin nur mit Erlaubnis des Mannes arbeiten durften und damit finanziell abhängig waren („Hausfrauenehe“).

[...]

In dieser von Konsumgütern überschwemmten Gesellschaft fordern wir ökonomische Sicherheit für alle Frauen, unabhängig von der Versorgung in der Ehe. Wir fordern eine ausreichende Rente gerade für Frauen, auch wenn sie keine Lohnarbeit geleistet haben, weil es keine Lohnarbeit für sie gab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe. Wir fordern Sie auf, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass auch die Frauen ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper und ihr Leben haben. Wir fordern Sie alle auf, den alltäglichen Sexismus hier im Parlament einzustellen. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU: Das Liebesparlament! Bastian-Kelly! – Weitere Zurufe und anhaltendes Lachen)*

Ich merke, dass ich das Richtige gesagt habe; Sie sind getroffen. *(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Erneute Zurufe von der CDU/CSU)*

Mit der Ausgrenzung der Frauen aus dem Bereich Arbeit, Politik und Kultur beraubt sich die Gesellschaft eines Moments von Kreativität. Wir, Herr Kanzler, betrachten Ihre Politik der Erneuerung mit Grausen. Wir fordern Maßnahmen, die es Frauen ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Zitiert nach: <https://dserver.bundestag.de/btp/10/10005.pdf> [21.09.2022]

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie heraus, was die Abgeordnete im Namen der Frauenbewegung kritisiert und was sie fordert.
2. Beschreiben und erklären Sie die Reaktionen aus den Fraktionen auf die Rede.

Leitfrage

Nehmen Sie Stellung:
Stabilität und wirtschaftlicher Aufstieg der BRD – „Made in Germany“?

Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung



M1 Q Als die Mauer fiel

Foto vom 10.11.1989

Am Abend des 9. November werden die ersten Grenzübergänge von Ost- nach Westberlin geöffnet. Menschen klettern auf die Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor, um dies zu feiern. In Berlin nutzen mehr als eine halbe Million Menschen die Grenzöffnung für einen Kurzbesuch im Westteil der Stadt.

- ▶ Bewerten Sie die Bedeutung, die Fotos wie dieses im Hinblick auf ihren historischen Kontext haben.
- ▶ Diskutieren Sie, inwiefern der Mauerfall als „Zeitenwende“ und als „Ende der Nachkriegszeit“ für Deutschland betrachtet werden kann.

Systemkrise der DDR

Seit dem Ende der 1970er-Jahre war die Planwirtschaft nicht mehr in der Lage, auf die stark steigenden Rohstoffpreise und auf die beschleunigte technische Entwicklung z.B. im Bereich der Mikroelektronik zu reagieren. Es fehlte an Kapital, um veraltete Produktionsanlagen zu modernisieren und um in neue Anlagen zu investieren. 1983 und 1984 gewährte die Bundesrepublik zinslose Milliardenkredite zur Stützung der DDR, was allerdings nicht ausreichte, um die rasante Verschuldung aufzuhalten. Im Herbst 1989 stand die DDR vor dem Staatsbankrott.

Die Krise in der DDR entzündete sich jedoch nicht nur an der schlechten Wirtschaftslage. Den Boden für den Massenprotest des Jahres 1989 bereiteten oppositionelle Gruppierungen, die seit den frühen 1980er-Jahren mit wachsendem Selbstbewusstsein das Regime herausforderten. Aber auch viele einzelne Bürgerinnen und Bürger forderten ihre Menschenrechte ein und beriefen sich dabei auf die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), die von der DDR 1975 unterschrieben worden war.

Wachsende Kritik von Friedens- und Umweltgruppen in der DDR

Anfangs waren es vor allem Friedens- und Umweltgruppen, die unter dem Schutz der Kirchen einen Freiraum von staatlicher Erziehung schufen und die ökologische

LEIT-
FRAGE 

Mauerfall und Deutsche Einheit – Gunst der Stunde oder absehbar?

462

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess



M2 **Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“**

Manche der meist jungen Friedensaktivisten trugen das Protestsymbol als Aufnäher an der Kleidung.

- ▶ Untersuchen Sie mithilfe des Mediacodes, was als Vorbild für das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ diente.

Bildinformation



M3 **Bärbel Bohley**

(1945–2010):

Malerin, Friedensaktivistin und Politikerin, 1989 Mitbegründerin der Bürgerrechtsorganisation „Neues Forum“ (NF)

Krise, die offiziell ignoriert wurde, zur Sprache brachten. Zunächst entstanden diese informellen Zusammenschlüsse von aufbegehrenden DDR-Bürgerinnen und -Bürger aus der Empörung über konkrete Maßnahmen des SED-Staates. Die Einführung des „Wehrunterrichts“ an allen Schulen seit 1978, die staatlich verordnete Militarisierung der Gesellschaft sowie die Aufrüstung in Ost und West stießen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zunehmend auf Kritik. 25

In Friedensseminaren und Friedenswerkstätten fanden sich zumeist jugendliche Teilnehmende aus der ganzen DDR zusammen. Ihr gemeinsames Protestsymbol war ein Aufnäher mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ (▶ M2). Die Staatsmacht reagierte mit Verhaftungen und Ausbürgerungen prominenter Oppositioneller und vor allem mit dem massiven Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Die beabsichtigte „Zersetzung“ oppositioneller Gruppierungen ging so weit, dass manche Friedenskreise von Stasi-Spitzeln regelrecht unterwandert wurden. 30

Eine Bürgerrechtsbewegung entsteht

1985 gründeten Bürgerrechtler in Ost-Berlin – darunter **Bärbel Bohley**, *Ralph Hirsch*, *Gerd Poppe*, *Wolfgang Templin*, *Vera Wollenberger* – die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM). Die zunächst stark christlich-pazifistisch ausgerichtete Protestbewegung gewann eine neue Qualität. Erstmals erhoben ostdeutsche Oppositionelle Forderungen nach einer freiheitlichen Demokratie, wie sie die Bürgerrechtsbewegungen in Polen (Solidarność), Ungarn und der Tschechoslowakei („Charta 77“) schon länger vertraten. 35

Die Reformpolitik in der Sowjetunion unter Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow machte den Oppositionellen Mut. Immer mehr Menschen solidarisierten sich mit jenen, die verhaftet, ausgebürgert oder auf andere Weise eingeschüchert werden sollten. Zu den dauerhaft aktiven Regimegegnern zählten nur wenige hundert Personen, die jedoch viele tausend Sympathisanten gewinnen konnten. Allmählich entstand ein landesweites Netzwerk durch im Untergrund gedruckte Zeitschriften und Flugblätter, Treffen und Protestaktionen. 45

Landesweite Aufmerksamkeit und wachsende Anerkennung in der Bevölkerung erhielten die Bürgerrechtler im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989. In mehreren Städten der DDR beobachteten Vertreter dieser Gruppen die Auszählung der Stimmen und protestierten anschließend gegen die festgestellten Wahlfälschungen. 50

Flucht vor der Staatsmacht

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger stellten einen Antrag auf Ausreise aus der DDR, obwohl sie in vielen Fällen deswegen jahrelang benachteiligt und schikaniert wurden. Im ersten Halbjahr 1989 gestattete die Regierung 46 343 Personen die Übersiedlung in die Bundesrepublik. Doch die Hoffnung der SED, auf diese Weise wieder Ruhe herstellen zu können, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil: Im Sommer 1989 lagen bereits eine Viertelmillion weiterer Ausreiseanträge vor. 55

Nach und nach verloren die Drohgebärden der Machthaber ihre Wirkung, wenn gleich niemand vorherzusagen wusste, wie die SED auf die wachsende Unruhe im Land reagieren würde (▶ M10). Immerhin wagten es die Bürgerrechtler im August/September 1989, sich in vier erstmals öffentlich auftretenden Vereinigungen (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Sozialdemokratische Partei) zusammenzuschließen und eine Reform der DDR an Haupt und Gliedern zu fordern. 60

Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

Massenprotest und friedliche Revolution

Seit Anfang September 1989 demonstrierten in Leipzig an jedem Montag nach Friedensgebeten in der Nikolaikirche immer mehr Menschen für Reisefreiheit statt Massenflucht. Rief die Menge anfangs noch „Wir wollen raus!“, so hieß es bald „Wir bleiben hier!“. In Ost-Berlin, Leipzig und Potsdam hielten Bürgerrechtler Mahnwachen für politische Gefangene. Das alles geschah unter den Augen der Stasi, die die Protestwelle mit Verhaftungen auflösen wollte. In den ersten Oktobertagen spitzte sich in vielen Städten die Situation gefährlich zu. Während die Machthaber den 40. Jahrestag der DDR am 6. und 7. Oktober vor den Kameras des In- und Auslandes und im Beisein des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow mit Pomp, Militärparaden und Aufmärschen begingen, versuchten sie gleichzeitig, mit einem Riesenaufgebot bewaffneter Sicherheitskräfte die Demonstrierenden einzuschüchtern.

Honecker weigerte sich, Reformen einzuleiten, zu denen ihm Gorbatschow dringend geraten hatte („Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“).

Die große Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig brachte den Umschwung (► M11). 70 000 Menschen demonstrierten friedlich, im klaren Bewusstsein, dass es dabei zu einem Blutbad kommen könne. Ähnliches geschah in Ost-Berlin, wo am 4. November 1989 fast 500 000 Menschen für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit demonstrierten. Obgleich die bewaffneten Kräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzt waren, blieb der Befehl zur Zerschlagung der Demonstrationen aus. Letztlich fand sich in der Führungsriege niemand, der die Verantwortung für ein Blutbad übernehmen wollte. Inzwischen begann sich auch in der SED eine Gruppe um Egon Krenz zu formieren, die dem Niedergang der DDR nicht weiter zusehen wollte. Sie setzte am 18. Oktober 1989 Honecker ab. Krenz übernahm Honeckers Ämter. Die politische Führung versuchte jetzt, durch Gesprächsangebote an die Bevölkerung die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Doch die Menschen wollten sich nicht mehr mit kleinen Korrekturen der bisherigen Politik zufriedengeben. „Wir sind das Volk!“ (► M12, M13), riefen sie selbstbewusst den Machthabern zu, und im November mischte sich darunter immer häufiger der Ruf „Wir sind ein Volk!“. Zu den drängendsten Problemen zählte die Regelung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Dazu hatte das Zentralkomitee der SED ein neues Reisegesetz angenommen, dessen Inhalt der Pressesprecher Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz bekanntgab. Auf die Nachfrage eines Journalisten, wann das Gesetz in Kraft trete, antwortete Schabowski fälschlicherweise mit „unverzüglich“. Danach sammelten sich zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger vor den Grenzübergangsstellen nach West-Berlin. Angesichts des Drucks der Wartenden öffneten die verantwortlichen Offiziere der Grenztruppen im Laufe des Abends und der Nacht auf eigene Entscheidung hin die Schranken. Somit war der Weg in den Westen frei und die Mauer offen (► M4).

Das Ende der SED-Diktatur

Die anhaltende Massenflucht und der zunehmende Massenprotest im ganzen Land untergruben innerhalb weniger Wochen das brüchige Machtfundament der SED. Die Annahme der SED-Führung, mit der von den Demonstrierenden geforderten Reisefreiheit das Regime noch in letzter Minute stabilisieren zu können, erwies sich als



M4 Umjubelter Grenzübertritt

Foto vom 9./10. November 1989
Nur wenige Stunden nach Bekanntgabe des neuen Reisegesetzes durch Günter Schabowski strömen Tausende DDR-Bürgerinnen und Bürger in den Westen.

- Informieren Sie sich mithilfe des Mediacodes über die Ereignisse am Abend des 9. November 1989 und beschreiben Sie die Stimmung in jener Nacht.

Geschichte In Clips:



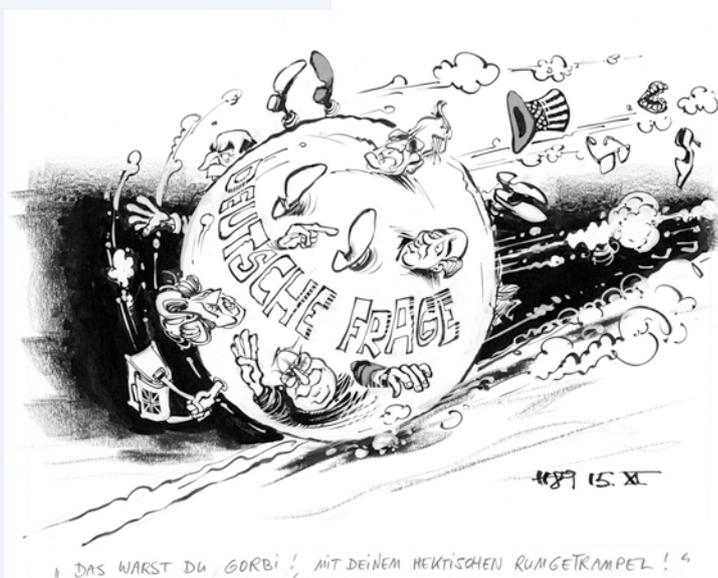
Informationen zum Fall der Berliner Mauer

464



M 5 Q Lothar de Maizière

(geb. 1940): Mitglied der CDU (Ost), von April bis Oktober 1990 letzter Regierungschef der DDR, trat kurz nach der Wiedervereinigung als Bundesminister wegen Stasi-Vorwürfen zurück



M 6 Q Die deutsche Frage

Karikatur von Horst Haitzinger vom 15. November 1989 „Das warst du, Gorb! Mit deinem hektischen Rumgetrampel!“

- ▶ Interpretieren Sie die Karikatur.

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

Illusion. Unter dem Druck der Bevölkerung gab die SED ihre Vormachtstellung schrittweise auf. Im Dezember 1989 wurde ihre „führende Rolle“ aus der Verfassung gestrichen, das Ministerium für Staatssicherheit aufgelöst, Politbüro und Zentralkomitee traten geschlossen zurück, Staats- und Parteichef Krenz legte seiner Ämter nieder. Die friedliche Revolution in der DDR hatte gesiegt, die SED-Diktatur war zusammengebrochen.

Anfang Dezember wurde ein „Runder Tisch“ eingeführt, an dem die Vertreter der seit Mitte November 1989 amtierenden SED-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow und die wichtigsten Bürgerrechtsgruppen zusammentraten. Diese stimmten Neuwahlen zur DDR-Volkskammer zu, die am 18. März 1990 stattfanden und aus denen das Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“ aus CDU (Ost), Demokratischem Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) als eindeutiger Sieger hervorging. Zusammen mit den anderen Parteien hatten sich über 80 % der Ostdeutschen für die Einheit ausgesprochen. Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer Lothar de Maizière (Ost-CDU) zum Ministerpräsidenten und bestätigte sein Kabinett der Großen Koalition aus CDU, SPD, Liberalen, DA und DSU.

Auf dem Weg zur Einheit

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte Ende November 1989 mit einem „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ die Initiative ergriffen. Der Plan basierte auf der Überlegung, dass die Bundesregierung mit einer demokratisch legitimierten DDR-Regierung in einer „Vertragsgemeinschaft“ behutsam die Vereinigung der beiden Staaten vorantreiben sollte, um den Menschen in der DDR eine Perspektive zu geben. Einen Zeitplan gab es nicht, denn noch wusste niemand, wie die Sowjetunion auf den Zerfall des SED-Regimes reagieren würde.

Doch die politische und wirtschaftliche Situation der DDR setzte die Regierenden in Ost und West unter Zugzwang: Die Übersiedlerwelle der zumeist jungen und beruflich gut qualifizierten DDR-Bürgerinnen und -Bürger blieb im Januar 1990 weiterhin hoch. Weil der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR offenkundig nicht mehr aufzuhalten war und gute Beziehungen zu Deutschland im sowjetischen Interesse lagen, bestätigte Michail Gorbatschow im Februar 1990, grundsätzlich der deutschen Vereinigung zuzustimmen (► M14).

Der internationale Rahmen der Deutschen Einheit

Ohne die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die sich

im Potsdamer Abkommen 1945 ihre Zuständigkeit für „Deutschland als Ganzes“ vorbehalten hatten, konnte es keine Wiedervereinigung geben. Ebenso mussten die Interessen der übrigen europäischen Staaten, insbesondere Polens, berücksichtigt und mögliche Befürchtungen über ein größer und mächtiger werdendes Deutschland entkräftet werden.

Im Februar 1990 begannen die sogenannten „Zwei-plus-Vier-Gespräche“. Dabei verhandelten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, der USA

Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

sowie der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über die endgültigen Grenzen, die Bündniszugehörigkeit Deutschlands, die Höchststärke einer gesamtdeutschen Armee und die deutsche Souveränität. Moskau gestand im Juni 1990 Gesamtdeutschland die Mitgliedschaft in der NATO zu. Dafür versprach der Bundeskanzler, Deutschland werde seine Streitkräfte reduzieren und auf ABC-Waffen¹ verzichten. Darüber hinaus sagte er der Sowjetunion umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung zu.

Mit dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag), der die Funktion eines Friedensvertrages hatte, erhielt das wiedervereinigte Deutschland die volle staatliche Souveränität zuerkannt und damit auch das Recht, seine Bündniszugehörigkeit frei zu wählen. In einem weiteren Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 9. November 1990 vereinbarten beide Staaten ihre umfassende Zusammenarbeit. Den Abschluss bildete der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990, worin das wiedervereinigte Deutschland die Grenze zu Polen definitiv anerkannte. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war damit die „Nachkriegszeit“ für Deutschland und Europa abgeschlossen.

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Aufgrund der schlechten Finanzlage der DDR und um die Übersiedlerzahlen sowie den Einigungsprozess insgesamt unter Kontrolle zu bringen, beschloss die Bundesregierung schon im Februar 1990, die Wirtschafts- und Währungsunion so schnell wie möglich durchzuführen. Entgegen der Empfehlung der meisten Wirtschaftsexperten und Politiker wurde so, noch bevor die äußeren Voraussetzungen der staatlichen Vereinigung geklärt waren, durch die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und der D-Mark in der DDR die Einheit Deutschlands praktisch unumkehrbar gemacht.

Der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR trat am 1. Juli 1990 in Kraft. Am Tag darauf wurde die D-Mark als offizielle Währung in der DDR eingeführt. Sodusagen über Nacht wurde die gesamte Wirtschaft der DDR dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, dem die meisten Betriebe nicht gewachsen waren. Ein gewaltiger Modernisierungsschock erfasste Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Einigungsvertrag

Anfang Juli 1990 begannen in Ost-Berlin die Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen über den zweiten Staatsvertrag zur deutschen Einheit (Einigungsvertrag) unter der Leitung von Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** und DDR-Staatssekretär Günther Krause. Die Übernahme der bundesdeutschen Rechtsordnung in Ostdeutschland erforderte komplizierte Regelungen. Probleme bereitete nicht nur die Frage, wie die Einheit finanziert werden, sondern auch welche Verfassung im wiedervereinigten Deutschland gelten sollte.

In einer Sondersitzung der DDR-Volkammer wurde am 23. August 1990 der Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes beschlossen. Über zwei Drittel der Abgeordneten stimmten dafür, die PDS² als Nachfolgerin der SED sowie Bündnis 90 stimmten für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Am 31. August 1990 wurde der Einigungsvertrag in Ost-Berlin unterzeichnet und am 20. September von beiden Parlamenten, Volkammer und Bundestag, mit großer Mehrheit verabschiedet. Die im Juli von der Volkammer wieder ins Leben gerufenen (seit 1952 aufgelösten) Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollten

¹ **ABC-Waffen:** Sammelbezeichnung für atomare, biologische und chemische Waffen

² **PDS:** Partei des Demokratischen Sozialismus, seit Dezember 1989 Rechtsnachfolgerin der SED.

Internettipp:



32085-0044

Zwei-plus-Vier-Vertrag



M7 Wolfgang Schäuble

(1942–2023):

deutscher Politiker, 1989–1991 sowie 2005–2009 Bundesminister des Innern, 1998–2000 CDU-Parteichef, 2009–2017 Bundesminister der Finanzen, 2017–2021 Bundestagspräsident

Internettipp:



32085-0045

Einigungsvertrag

466



M 8  **Oskar Lafontaine**
(geb. 1943):
1985–1998 Ministerpräsident
des Saarlandes, 1995–1999 Vor-
sitzender der SPD, 2007–2010
Vorsitzender der Linkspartei

M 9  **Feier zur deutschen
Einheit in Berlin**

Foto vom 3. Oktober 1990
Der 3. Oktober wird seither als
nationaler Feiertag („Tag der
Deutschen Einheit“) begangen.

- Diskutieren Sie die Bedeutung
des 3. Oktobers für die deut-
sche Geschichte nach dem
Zweiten Weltkrieg.

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik beitreten. Am 20. Juni 1991 entschied der Bundestag, dass Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch Regierungs- und Parlamentssitz werden sollte. 215

Wiedervereinigung und gesamtdeutsche Wahlen

Die vielen historischen Ereignisse des Jahres 1989/90 mündeten am 3. Oktober 1990, um Mitternacht, in die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland. Die DDR-Bürgerrechtler hätten sich mit ihrer Forderung nach einem eigenständigen Weg der DDR nicht durchsetzen können. Sowohl die ersten Landtagswahlen in den neuen Bundesländern am 14. Oktober als auch die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember bestätigten die regierenden Parteien CDU/CSU und FDP und wurden von Bundeskanzler Kohl als Volksabstimmung über seine Politik der deutschen Einheit gewertet. In vier von fünf ostdeutschen Ländern stellte die CDU den Ministerpräsidenten, in Brandenburg die SPD. In der herrschenden Euphorie honorierten die Wählerinnen und Wähler, dass Kohl und Genscher die Chance zur schnellen Herstellung der Einheit genutzt hatten. Insbesondere das Versprechen Kohls einer raschen Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten an den Standard des Westens überzeugte die neuen Bundesbürger. Die Haltung der Sozialdemokraten zur Wiedervereinigung war gespalten: Während ein Teil der SPD um Willy Brandt die Einheit vorbehaltlos befürwortete, warnte der SPD-Kanzlerkandidat **Oskar Lafontaine** vor den Kosten und Problemen einer raschen Vereinigung. 220
225
230



Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

M10 Unzufriedenheit in der Bevölkerung

Aus einem Bericht der Stasi-Bezirksverwaltung Magdeburg vom 9. August 1989:

In allen Bevölkerungsgruppen mehren sich Diskussionen, in denen eine gewisse Resignation und Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt. Auch unter politisch aktiven Bürgern [...] sind folgende Auffassungen verbreitet:

- 5 • „Als Funktionär darf man treu und brav seine Pflicht erfüllen, ansonsten hat man nur Nachteile gegenüber anderen Bürgern.“
 - „Funktionäre müssen auf Reisen in die BRD verzichten, aber auch auf Kontakte in die BRD, also auf Geschenke wie hochwertige Gebrauchs- und Genussmittel.“
 - 10 • „Wer gesellschaftlich aktiv ist, muss trotzdem jahrelang auf Pkw, Telefon oder Führerschein warten. Mit Westverbindungen schafft man das über Genex¹ in Wochen.“
 - 15 • „Wer BRD-Währung besitzt, hat keine Sorgen mit Handwerkern und anderen Dienstleistungen.“
- [...] Ein immer wieder diskutiertes Thema ist die Informationsbereitstellung durch unsere Medien. Von Angehörigen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen werden häufig Widersprüche zwischen Wort und Tat der Parteiführung konstruiert. Starke Zweifel bestehen an den Meldungen über erfüllte bzw. überbotene Pläne, weil sich das nicht im Warenangebot widerspiegelt.
- 20 Gleichfalls bemängelt wird das Verschweigen „heißer Eisen“ wie z. B. steigende Zahlen von ständigen Ausreisen und ungesetzlichen Grenzübertritten. Die Entwicklung könne – so u. a. Werktätige des Karl-Marx-Werkes, des G.-Dimitroff-Werkes und der Stahlgießerei Magdeburg
- 25 – doch nur aus einer wachsenden Unzufriedenheit eines Teils der Bürger resultieren. [...]
- Offenbar saisonbedingt konzentrieren sich Diskussionen zu Versorgungsfragen gegenwärtig auf
- 35 • die mangelnde Versorgung mit Frischfleisch (meist durch urlaubsbedingte Schließung der Geschäfte begründet),
 - allgemein unzureichendes Gemüseangebot (zu wenig Sorten, schlechte Qualität, hoher Verschmutzungsgrad),
 - 40 • immer kritischer werdende Bereitstellung von Kfz-Ersatzteilen (z. B. fehlen in Schönebeck Lada- und Wartburg-Ersatzteile völlig; Pkw-Besitzer führen Ersatzteile nach Möglichkeit aus anderen sozialistischen

¹ **Genex:** ostdeutsches Versandunternehmen („Geschenkdienst und Kleinexporte GmbH“), bei dem Bundesbürger seit 1957 Produkte aller Art für ihre Angehörigen in der DDR bestellen konnten

Ländern ein, um ihr Auto im Urlaub nutzen zu können).

45

BStU 000323/000324 – BStU online

Arbeitsvorschläge



32065-0046

1. Ordnen Sie die Beschwerden der Bevölkerung nach bestimmten Kriterien, z. B. „Lebensstandard“, „politische Rechte“, „langfristige/kurzfristige Missstände“ etc.
2. Analysieren Sie die Haltung des Verfassers gegenüber den Missständen. Hält er die Klagen für begründet?
3. Diskutieren Sie den Kenntnisstand der DDR-Führung über die Situation kurz vor der Wende. | H

M11 Am Rande eines Bürgerkrieges

Ein Augenzeuge berichtet über die Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 in Leipzig:

In Betrieben wurde davor gewarnt, nach 16 Uhr die Innenstadt zu betreten; Mütter sollten ihre Kinder bis 15 Uhr aus den Krippen und Kindergärten des Zentrums abholen; Schülern und Studenten wurde mit Relegation² für den Fall der Beteiligung an „Aktionen“ gedroht. Gerüchte schwirrten durch die Stadt. Man munkelte von MG-Nestern auf zentralen Gebäuden, befürchtete den Einsatz von Fallschirmjägern [...]. In Krankenhäusern wurden Notbetten aufgestellt und vor allem die chirurgischen und Intensivstationen verstärkt besetzt. Tausende von zusätzlichen Blutkonserven standen bereit. [...]

Leipzig glich an diesem Tag einem Heerlager. Nach späteren Aussagen von Bereitschaftspolizisten war ihnen vormittags mitgeteilt worden, dass ein friedlicher Ausgang der Demonstration wenig wahrscheinlich sei und sie vorbereitet sein müssten, möglichen Gewalttätigkeiten zu begegnen. Dementsprechend trugen sie Kampfausrüstung [...]. Auf dem Hof der VP-Bezirksbehörde standen „aufmunitionierte“ Schützenpanzerwagen bereit, die tonnenschweren Stahlkolosse ausgerüstet mit Räumschilden, die Fahrer mit MPi und je sechzig Schuss Munition. Die Polizeitruppe zählte insgesamt dreitausend Mann, davon zwöfhundert zur Verstärkung aus den Bezirken Halle und Neubrandenburg herbeibeordert. Hinzu kamen noch fünf Hundertschaften von Betriebskampfgruppen sowie eine sicher vierstellige Anzahl von Einsatzkräften des Ministeriums für Staatssicherheit. [...]

In der Nikolaikirche und in drei weiteren Gotteshäusern wurde während der Friedensgebete ein von sechs Per-

² **Relegation:** Verweis von der Schule bzw. Hochschule

468 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

sönlichkeiten der Stadt getragener Aufruf zur Besonnenheit verlesen: „Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“

Dieser gemeinsame Appell des Kabarettisten Bernd-Lutz Lange, des Gewandhauskapellmeisters Kurt Masur und des Theologen Peter Zimmermann sowie der Sekretäre der SED-Bezirksleitung Kurt Meyer, Jochen Pommer und Roland Wötzel wurde um 18 Uhr auch vom Sender Leipzig und etwa eine Stunde später vom Stadtfunk ausgestrahlt. Die engagierte wie couragierte Wortmeldung hat unzweifelhaft beigetragen zum friedlichen Verlauf dieses Tages, ohne jedoch die voreilig bescheinigte entscheidende Rolle gespielt zu haben. Einzig die geballte Kraft der siebzigtausend angsterfüllten und dennoch nicht weichenden Menschen in der Innenstadt und auf dem Ring erzwang um 18.25 Uhr den endgültigen Rückzug der bewaffneten Einheiten. Jene Namenlosen meinte wohl Christoph Hein, als er vorschlug, Leipzig zur „Heldenstadt der DDR“ zu ernennen.

Wolfgang Schneider, Leipziger Demontagebuch, Leipzig 1990, S. 71f.

Arbeitsvorschläge

1. Vergleichen Sie die Situation am 9. Oktober 1989 in Leipzig mit der vom 17. Juni 1953.
2. Analysieren Sie verschiedene Gefahrenmomente im Verlauf des Tages. | H
3. Diskutieren Sie darüber, aus welchen Gründen die SED-Führung auf den Einsatz von Gewalt verzichtet hat.



32065-0047

M12 Q „Für unser Land“

Bei einer Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 rufen Schriftsteller und Künstler der DDR (u. a. Christa Wolf, Heiner Müller und Stefan Heym) zu einem eigenständigen Weg ihres Staates auf. Anschließend veröffentlichen sie am 26. November 1989 den Appell „Für unser Land“:

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemäht, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche

durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozess der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Lasst uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind. Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 1990, S. 124 f.

Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie die grundlegende Alternative der zukünftigen Politik, die die Verfasser sehen. | H
2. Diskutieren Sie die Einstellung zum alten System der DDR, die sich darin spiegelt.



32065-0048

M13 Q „Mumifizierte Utopie“

Auf den Aufruf „Für unser Land“ reagiert der Schriftsteller Günter Kunert. Er ist wegen seines Protests gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1977 aus der SED ausgeschlossen worden; 1979 kann er in die Bundesrepublik ausreisen. Kunert schreibt:

Der deutsche Intellektuelle nebst seinen Visionen vom Guten, Schönen und Humanen ist durch keine noch so massive Tatsachenfülle widerlegbar [...]. Trotz überwältigender Kenntnis der trostlosen Lage und ihrer kaum

Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

5 minder trostlosen Ursachen wird die längst mumifizierte Utopie beschworen. Ob Christa Wolf auf dem Alexanderplatz in Berlin oder der aus seiner Versenkung auferstandene Rudolf Bahro im Fernsehen – entgegen jeder Erfahrung, auch ihrer eigenen, meinen sie ernsthaft, nun sei der Zeitpunkt gekommen, den „demokratischen Sozialismus“ einzuläuten [...]. Blindlings fallen die großen, pathetischen Worte, denen man abgeschworen hatte, auf die Zuhörer nieder und gemahnen den etwas kritischeren unter ihnen an die Früchte des Tantalus. [...] Die nach vierzig Jahren Tristesse ungeduldige Mehrheit jedoch greift lieber nach dem Nächstliegenden, den Bananen bei „Aldi“ [...]. Die gegenwärtig erhobene Forderung nach einer Erneuerung des Systems übertüchtiger Ruinenbaumeister (wirkt) wie ein später und deplatziertes Scherz. Nun endlich, heißt es, werde man auf den Trümmern des zusammengebrochenen ein wahrhaft bewohnbares Haus errichten. Ergo jene angestrebte Gesellschaft, die ihre Widersprüche und Gegensätze gewaltfrei und menschlich behandeln würde. Diese Hoffnung ist trügerisch. Denn sie ignoriert den ökonomischen und ökologischen Zustand des Landes, aber nicht nur diesen; sie missachtet vor allem die Kondition des Menschen, jenes Geschöpfes, das eine Idee nur zu realisieren vermag, indem es diese in ihr Gegenteil verkehrt [...]. [...] Nach vier Jahrzehnten einer am Grünen Tisch erdachten, der Bevölkerungsmajorität aufgenötigten Ordnung kann eine Modifikation dieser oder analoger Ordnungen keine Chance mehr haben.

Zitiert nach: Michael Naumann (Hrsg.), Die Geschichte ist offen, Reinbek 1990, S. 97 ff.

Arbeitsvorschläge



1. Vergleichen Sie die Haltung Kunerts mit derjenigen in M3.
2. Erklären Sie, was mit der Aussage gemeint ist, der Mensch könne eine Idee nur verwirklichen, indem er sie in ihr Gegenteil verkehrt (Zeile 28–30).
3. Diskutieren Sie die Frage, ob oder unter welchen Umständen 1989/90 in der DDR die Chance für eine selbstständige Entwicklung bestand. | F

M14 Q Gorbatschow gibt grünes Licht

Bundeskanzler Helmut Kohl gibt am 10. Februar 1990 in Moskau eine Presseerklärung ab:

Meine Damen und Herren, ich habe heute Abend an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln. Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, daß es das alleinige

Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will. Generalsekretär Gorbatschow hat mir unmißverständlich zugesagt, daß die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren wird, und daß es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg der Einigung selbst zu bestimmen.

Generalsekretär Gorbatschow und ich waren uns ebenfalls einig, daß die deutsche Frage nur auf der Grundlage der Realitäten zu lösen ist: d. h. sie muß eingebettet sein in die gesamteuropäische Architektur und in den Gesamtprozeß der West-Ost-Beziehungen. Wir müssen die berechtigten Interessen unserer Nachbarn und unserer Freunde und Partner in Europa und in der Welt berücksichtigen. Es liegt jetzt an uns Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, daß wir diesen gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit gehen.

Generalsekretär Gorbatschow und ich haben ausführlich darüber gesprochen, daß auf dem Wege zur deutschen Einheit die Fragen der Sicherheit in Europa herausragende Bedeutung haben. Wir wollen die Frage der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit in enger Abstimmung auch mit unseren Freunden in Washington, Paris und London sorgfältig beraten und gemeinsam eine Lösung finden. Ich danke Generalsekretär Gorbatschow, daß er dieses historische Ergebnis ermöglicht hat. Wir haben vereinbart, im engsten persönlichen Kontakt zu bleiben.

Meine Damen und Herren, dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich.

Zitiert nach: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik, herausgegeben von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 812 f.

Arbeitsvorschläge



1. Charakterisieren Sie die Presseerklärung. Ordnen Sie die Aussagen in konkret und unspezifisch.
2. Arbeiten Sie die Zugeständnisse heraus, die die deutsche Bundesregierung der UdSSR macht.

Leitfrage



Nehmen Sie Stellung: Mauerfall und Deutsche Einheit – Gunst der Stunde oder absehbar?

470

Transformationszeit und Einigungsprozess



M1 Q „Daran müssen wir noch arbeiten“

Karikatur von Rainer Schwalme, 1992

- Interpretieren Sie die Karikatur. Auf welche Schwierigkeiten beim Einigungsprozess könnte der Künstler anspielen?

**LEIT-
FRAGE** 

Wiedervereint – aus zwei wird eins?

Wirtschaftlicher Umbau

Die Folgen der vierzigjährigen kommunistischen Herrschaft waren schwerer zu bewältigen und benötigten mehr Zeit, als Politiker und Experten ursprünglich vermutet hatten. Die Transformation der ostdeutschen Planwirtschaft in eine Wettbewerbswirtschaft war eine Aufgabe, für die es bis dahin kein Vorbild gab. So erwiesen sich die meisten ehemaligen Staatsbetriebe als völlig veraltet und unproduktiv, ihre Produkte und Dienstleistungen als nicht konkurrenzfähig, zumal die Ostdeutschen zunächst nur Westwaren kauften und 1991 die bisherigen Märkte in Osteuropa völlig wegbrachten (► M5).

Die Volkskammer der DDR gründete 1990 die Treuhandanstalt in Berlin. Deren Aufgabe war unter anderem, die ehemaligen staatseigenen Betriebe der DDR nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu privatisieren oder abzuwickeln. Sie übernahm etwa 8500 Unternehmen mit etwa 45000 Einzelbetrieben und 4,1 Millionen Beschäftigten sowie rund 60% der Fläche der DDR. Als sie im Winter 1994 ihre Tätigkeit beendete, hatte sie 3700 Betriebe als nicht sanierungsfähig stillgelegt und über 15000 Firmen mit 1,5 Millionen Arbeitsplätzen privatisiert. Die Folge war ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch die Übernahme der Altschulden der früheren DDR-Betriebe und Finanzhilfen aller Art für private Investoren hinterließ die

Transformationszeit und Einigungsprozess

Treuhandanstalt umgerechnet 140 Milliarden Euro Schulden, die den Bundeshaushalt seither jährlich mit etwa 8,7 Milliarden Euro belasten. Der Strukturwandel der ostdeutschen Wirtschaft ist vorangekommen, aber es bleibt noch viel zu tun.

Finanzielle Lasten

Der wirtschaftliche Umbau und die schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse an den westlichen Standard erforderten die Modernisierung der gesamten Infrastruktur in Ostdeutschland – Straßen, Autobahnen, Wohnungen und öffentliche Gebäude, Telekommunikation, Eisenbahn, Energieversorgung, Gesundheitswesen, Schulen, Hochschulen. Die dafür notwendigen Mittel wurden ganz überwiegend aus dem Bundeshaushalt aufgebracht.

An direkten Aufbauhilfen stellte zunächst der „Fonds Deutsche Einheit“ von 1990 bis 1994 umgerechnet rund 82 Milliarden Euro für die ostdeutschen Länder und Kommunen zur Verfügung. Der „Solidarpakt I“ von 1995 sorgte für die Aufnahme der neuen Bundesländer in den regulären Länderfinanzausgleich. Weiter erhielten die neuen Länder von 1995 bis 2001 Sonderleistungen des Bundes über umgerechnet 105 Milliarden Euro. Der „Solidarpakt II“ sah bis 2019 nochmals Sonderzahlungen von 105 Milliarden Euro für Infrastruktur und Unternehmensförderung vor. Hinzu kommen 51 Milliarden Euro an Investitionshilfen des Bundes und der EU.

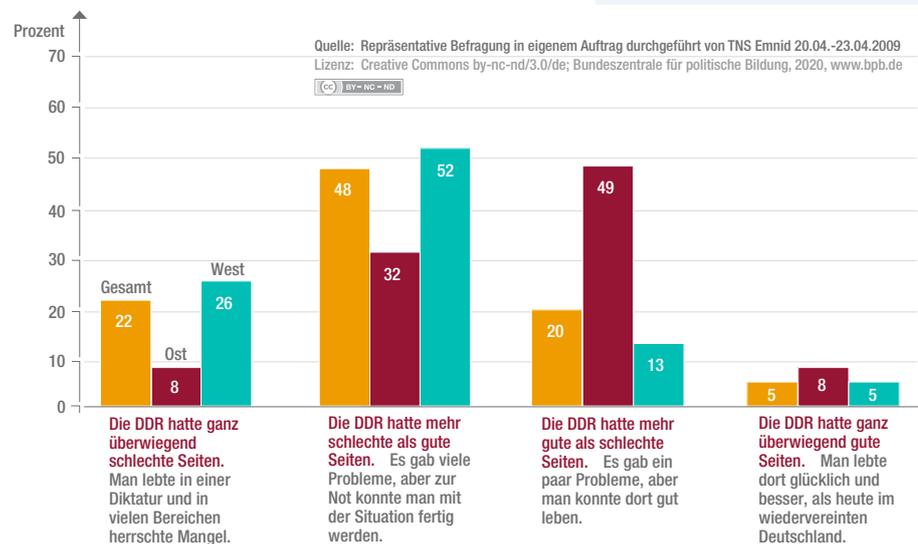
Schätzungen über die bisherigen Gesamtkosten der Einheit geben bis 2018 eine Höhe von ca. 1,6 Billionen Euro als Nettotransfersumme an. Hierbei wurden die Steuerzahlungen und Sozialbeiträge aus dem Osten abgezogen. Die Betrachtung der Kosten der deutschen Einheit greift allerdings zu kurz. Rechnet man die teilungsbedingten Kosten bis 1990 dagegen und stellt den Nutzen aus der deutschen Einheit gegenüber, fällt die Bilanz positiv aus.

Lebensgefühl im Umbruch

Für die neuen Bundesbürgerinnen und -bürger brachte die Übernahme der westdeutschen Gesellschaftsordnung eine gewaltige Umstellung des gesamten Alltagslebens mit sich (► M6). Vom Kindergarten bis zur Altersversorgung änderte sich alles. Viele Menschen im Osten fühlten sich deklassiert und von den „Wessis“ überrollt. Auf der anderen Seite sahen sich zahlreiche Menschen in der alten Bundesrepublik durch die Erwartungen ihrer Landsleute im Osten überfordert. Die Unterschiede in der Lebenserfahrung und im Lebensgefühl zwischen den Deutschen in Ost und West gingen tiefer, als die Menschen in den Monaten der Euphorie 1989/90 angenommen hatten. Manche reagierten auf den extrem hohen Anpassungsdruck mit einer Verklärung der DDR-Vergangenheit, was in Westdeutschland oft Unverständnis hervorrief (► M2).

Anstieg des Rechtsextremismus

Ein großes Problem des wiedervereinigten Deutschland war der bald einsetzende Anstieg rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Straftaten. Traurige „Höhe-



M2 D Beurteilung der Lebenssituation in der DDR

- Analysieren Sie die Grafik und arbeiten Sie die Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Beurteilung heraus.
- Erklären Sie ausgehend von Ihren Ergebnissen den Begriff der sogenannten „Ostalgie“.

472

3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess



M3 **Gerhard Schröder**
(geb. 1944):
1990–1998 Ministerpräsident
von Niedersachsen, 1998–2005
Bundeskanzler, 1999–2004 Vor-
sitzender der SPD



M4 **Angela Merkel**
(geb. 1954):
1991–1994 Bundesministerin für
Frauen und Jugend, 1994–1998
Bundesumweltministerin,
1998–2000 Generalsekretärin
der CDU, 2000–2018 CDU-Vor-
sitzende, 2005–2021 Bundes-
kanzlerin

punkte“ waren die Anschläge von Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992), bei denen Rechtsradikale unter dem Applaus der Anwohner Asylbewerber aus Mosambik, Vietnam und anderen Ländern angriffen. In Teilen Ostdeutschlands entstanden sogenannte „national befreite Zonen“, in denen Ausländer bis heute massiv bedroht werden.

Die Ursachen werden kontrovers diskutiert: Einige Kommentatoren wollten darin eine bereits zu DDR-Zeiten vorhandene allgemeine Ausländerfeindlichkeit sehen. Diese sei vor dem Hintergrund der Asyldebatte seit 1990 und den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die die Menschen in den neuen Bundesländern zu tragen haben, noch verstärkt worden. Tatsache ist aber, dass fremdenfeindliche Einstellungen nicht unmittelbar mit dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil von Ausländern zusammenhängen, sondern eher damit, ob das Zusammenleben schon über lange Zeit erlebt und praktiziert wurde. Die Menschen in den westlichen Bundesländern haben seit den 1960er-Jahren Erfahrungen mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern machen können. Aber auch dies schließt rassistische Gewalttaten nicht aus, wie die Taten in Mölln (1992), Solingen (1993) und Hanau (2020) beweisen.

Dagegen lässt sich das Bild eines typischen rechtsextremen Gewalttäters zeichnen, der männlich, meist unter 30 Jahre alt ist, seine Taten – oft unter Alkoholeinfluss – in der Gruppe verübt und oft einen niedrigen Bildungsgrad aufweist.

Der Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen. Jedoch gab es gerade dort nur vereinzelt öffentliche Proteste. Bei vergleichbaren Anschlägen in den alten Bundesländern, z. B. im Mai 1993 in Solingen, als bei einem Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie zwei Frauen und drei Mädchen ums Leben kamen, verurteilte eine große Mehrheit der Bevölkerung die Tat scharf. Allerdings wurden rechtsextreme und gewaltbereite Vereinigungen in den neuen Bundesländern meist mit dem Personal und dem Geld der bestehenden westdeutschen Organisationen aufgebaut.

Veränderte Parteienlandschaft

Die deutsche Einheit führte auch zu einer Vereinigung von politischen Parteien. Bereits im August 1990 traten die liberalen Parteien der DDR den bundesdeutschen Freien Demokraten (FDP) bei. Die SDP, die im Oktober 1989 gegründet worden war, vereinigte sich mit den westdeutschen Sozialdemokraten im September 1990. Im Oktober 1990 fand die Vereinigung von CDU-Ost und -West statt. Die Grünen wurden 1993 zu einer gesamtdeutschen Partei „Bündnis 90/Die Grünen“, nachdem beide Gruppierungen seit 1990 gemeinsam zu Wahlen angetreten waren.

1998 unterlag die CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Kohl bei den Wahlen zum Bundestag. Der neue Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) schloss eine Koalition seiner Partei mit Bündnis 90/Die Grünen. Bundesaußenminister und Vizekanzler wurde der Grünen-Politiker Joschka Fischer. Das rot-grüne Bündnis regierte im Bund bis 2005. Mit **Angela Merkel**, geboren in Hamburg, aufgewachsen in Templin in Brandenburg, wurde im Jahr 2000 erstmals eine Frau aus den neuen Bundesländern CDU-Vorsitzende. 2005 übernahm sie als erste Kanzlerin der Bundesrepublik die Regierung in einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. 2009 wurde sie wiedergewählt und bildete eine Koalition aus Unionsparteien und FDP. Nachdem die FDP 2013 ihren Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte, regierte Merkel von 2013 bis 2021 ununterbrochen in einer großen Koalition mit der SPD.

Transformationszeit und Einigungsprozess

M5 Q „Rote Zahlen vom roten Sozialismus“

Der Wirtschaftswissenschaftler Karl-Hans Hartwig fasst zwei Monate nach der Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion die ökonomischen Probleme der DDR zusammen:

Die DDR-Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer tiefen Krise [...]. Auch die weiteren Aussichten sind zunächst düster. Arbeitslosenzahlen von 1,5 bis zwei Millionen oder 15 Prozent werden selbst von Optimisten nicht mehr als unrealistisch angesehen. [...] Die Marktwirtschaft und der mit ihr notwendig verbundene freie Informationsfluss bringen diese Altlasten der planwirtschaftlichen Vergangenheit an den Tag. Sie machen deutlich, dass vom roten Sozialismus vorwiegend rote Zahlen bleiben. Experten ist nicht erst seit dem 9. November bekannt, dass etwa 30 bis 40 Prozent der DDR-Betriebe nicht konkurrenzfähig sind und in Wirtschaft und Verwaltung schon immer eine große Anzahl von Arbeitskräften mitgeschleppt wurde, die ökonomisch nicht gerechtfertigt war. Produktivitätsrückstände bis zu 60 Prozent gegenüber westlichen Betrieben kommen ja nicht von ungefähr. D. h. aber, dass von den vorhandenen 9,3 Millionen Arbeitsplätzen in den ersten Jahren nach Einführung der Marktwirtschaft mehr als drei Millionen wahrscheinlich sowieso nicht zu halten wären. Sie durch neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu ersetzen, ist die vordringliche Aufgabe, und nicht irgendwelche Beschäftigungsgarantien zu geben. Das in den Köpfen der Menschen noch immer verankerte Recht auf Arbeit hat es ja faktisch auch in der DDR nie gegeben. Praktiziert wurden vielmehr ein Recht auf Lohn und der Zwang zur Beschäftigung an den falschen Stellen.

Das Parlament, 14. September 1990

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie die Probleme bei der Umwandlung der Planwirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft heraus.
2. Erläutern Sie, welche Aufgaben demokratisch gewählte Politiker in diesem Prozess haben.
3. Historiker sprechen angesichts der Vorgänge in der DDR seit Herbst 1989 von drei „Revolutionen“: einer „liberalen“, einer „nationalen“ und einer „sozialen“. Erörtern Sie, welche Gründe für eine solche Einteilung sprechen.



32065-0015

M6 D Trettmann: Grauer Beton (2017)

Eine Jugend in der DDR und die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung – Stefan Richter, alias Trettmann, verarbeitet seine „Nachwende-Erfahrungen“ in seinem Song „Grauer Beton“ von 2017. Richter wächst in Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) im Plattenbau auf. Anfang der 1980er-Jahre ist er Teil einer Hip-Hop-Szene, die durch Auftritte von Hip-Hop-Acts im Westfernsehen und den damals stark gefeierten Film „Beat Street“ inspiriert worden ist.

Grauer Beton, rauer Jargon
 Freiheit gewonnen, wieder zerronnen
 Auf und davon, nicht noch eine Saison [...]
 Alte Schule, steile Kurve, immer Gegenwind
 Folg' dem Wendekind dort hin, wo Ma noch Hände ringt
 Unbeschwerte Jahre früh zu Ende sind
 Dir niemand sagt, dass es'n gutes Ende nimmt
 In meinem Hauseingang kaum Gutes los
 Freunde werden stumpf, werden skrupellos
 Lieber schnell leben, ruhelos
 Statt Abstellgleis, kein Zielbahnhof [...]
 Ich denk' heut noch oft zurück an meine Straße
 An die Alten und die Kids aus meiner Straße
 Aus der Platte, die aus meiner Etage
 Man hat uns vergessen dort, Anfang der Neunziger Jahre
 [...]
 Neue bunte Scheine sprechen eine eigene Sprache
 Neue bunte Welt erstrahlt in der Leuchtreklame
 Seelenfänger schleichen um den Block und
 Machen Geschäft mit der Hoffnung
 Fast hinter jeder Tür lauert'n Abgrund
 Nur damit du weißt, wo ich herkomm'

Grauer Beton, (OT) Schettler, Nicole / Meyerholz, Christian / Erkes, Christoph / Richter, Stefan, © Kitschkrieg Edition / BMG Rights Management GmbH, Berlin

Arbeitsvorschläge

1. Beschreiben Sie in eigenen Worten, wie Trettmann die Nachwendezeit erlebt hat.
2. Erläutern Sie die Aussage „Freiheit gewonnen, wieder zerronnen“ (Z. 2).
3. Diskutieren Sie, welche Faktoren im Leben einer oder eines Jugendlichen darüber entscheiden, ob sie oder er sich als Teil der Gesellschaft fühlt.



32065-0012

474 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M7 **D** Die „innere Einheit“ – ein Traum?

Der Journalist Jens Bisky zieht 15 Jahre nach der Wiedervereinigung eine negative Bilanz:

Der Irrglaube, dass es so etwas gäbe wie eine „innere Einheit“, die alle Interessengegensätze und Konflikte überwölben könne, verhindert seit fünfzehn Jahren die freie Debatte über den richtigen Weg beim Aufbau Ost. Das patriotische Tabu hat der Einheit mehr geschadet als alles andere. Da über die Unterschiede und die substantiell verschiedenen Interessen in Ost und West nicht mit zivilisierter Gelassenheit gestritten wird, da man verbissen versucht, die Existenz von Gegensätzen überhaupt zu leugnen und Unterschiede als bald überwunden marginalisiert, beschert uns beinahe jede Saison einen kurzen Ausbruch innerdeutschen Gezänks.

[...] Die Wirtschaftskraft des Ostens erreicht etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Die Wertschöpfung stagniert bei 63 Prozent des Westens, es fehlen etwa 3 000 mittelständische Unternehmen und 700 000 Beschäftigte, die vorhandenen Unternehmen sind zu klein und leiden unter geringer Eigenkapitalausstattung. Das Umsatzvolumen der einhundert umsatzstärksten Unternehmen in den neuen Ländern ist etwa so groß wie das Umsatzvolumen von RWE oder Metro allein. Jede fünfte Erwerbsperson hat keinen regulären Arbeitsplatz, die Abwanderung dauert an. Jeder dritte Euro, der im Osten ausgegeben wird, wurde nicht in den neuen Ländern erwirtschaftet. Anzeichen für eine wirtschaftliche Aufholjagd gibt es kaum.

[...]
Nach der Wende hat sich eine eigene ostdeutsche Identität herausgebildet, ein deutliches Bekenntnis, nicht dazuzugehören, anders zu sein. Zu ihr bekennen sich seit Jahren unverändert mehr als 70 Prozent der Ostdeutschen. Dem antworten auf der anderen Seite Desinteresse, Ignoranz und Umerziehungsfantasien. Nach einer Allensbach-Umfrage stehen die Brüder und Schwestern im anderen Landesteil Ost- wie Westdeutschen ebenso nah oder fern wie Österreicher.

[...]
Das unerfüllbare Versprechen von der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ ist noch immer nicht aus der Welt, obwohl es in weiten Teilen der neuen Länder darum geht, eine Abwärtsentwicklung zu verhindern und den Teufelskreis aus wirtschaftlicher Schwäche, Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Überalterung und Transferbedarf zu durchbrechen.

Ein Neuanfang würde eine ehrliche Bilanz voraussetzen. Eben deshalb fällt er so schwer. Die staatliche Vereinigung war 1990 politisch richtig und ist gelungen, aber sie muss nicht mit Angleichung und widerspruchsfreiem

Einverständnis einhergehen. Eingestehen müsste man, dass der Aufbau Ost, das ehrgeizigste Unternehmen der vergangenen fünfzehn Jahre, in das die Deutschen einen Großteil ihrer Energie und ihrer Mittel investiert haben, gescheitert ist und dass auch Momente kultureller Fremdheit nicht weichen. [...]

Ein radikaler Neuanfang fällt schwer, weil es eine gemeinsame Öffentlichkeit kaum gibt. Die stille Gesellschaft in den neuen Ländern verweigert sich überwiegend den überregionalen Medien. Nach der systematischen Entbürgerlichung in der DDR, nach der Ausschaltung der sozialistischen Funktionsebenen und der anhaltenden Abwanderung fehlt es im Osten an einem Bürgertum, einem Mittelstand, an Eliten. Der soziale Raum zwischen Familie und Staat ist nur schwach besetzt. [...]

Zuverlässig rechnen können wir mit einer starken innerostdeutschen Differenzierung in wenige städtische Zentren und unterentwickelte ländliche Regionen, mit weiterer Abwanderung und rascher Überalterung, mit bleibenden Unterschieden bei Einkommen und Vermögen, mit anhaltendem Transferbedarf und einer Tradierung ostdeutscher Besonderheiten. Der Verteilungskonflikt um die Transfergelder dürfte sich nicht mehr lange durch Solidaritätsbeschwörungen verdrängen lassen. So wird uns der Ost-West-Gegensatz noch Jahrzehnte begleiten. [...] Wer mag, kann weiter von „innerer Einheit“ träumen und auf die nächste Ossi-Wessi-Hysterie warten.

Vernünftiger wäre konfliktbewusste Gelassenheit. Sie setzte eine Kultur der Ungleichheit und der Unterschiede voraus. Im Osten wie im Westen ist darauf kaum einer vorbereitet.

Jens Bisky, Ost gegen West, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. August 2005

Arbeitsvorschläge



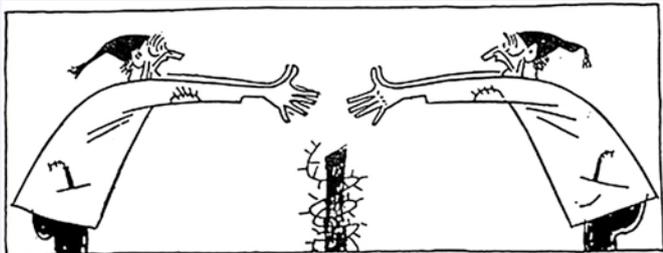
1. Arbeiten Sie heraus, welche Bedingungen für die innere Einheit Deutschlands laut Bisky erfüllt sein müssten.
2. Der Autor fordert „konfliktbewusste Gelassenheit“ (Zeile 82). Nehmen Sie dazu Stellung.

Leitfrage

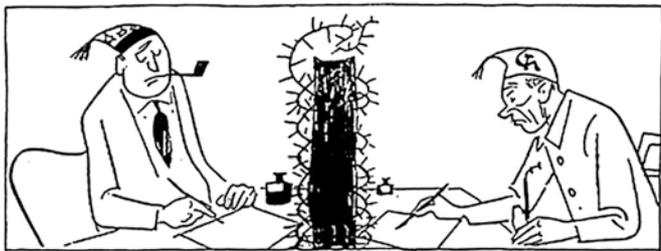


Nehmen Sie Stellung:
Wiedervereint – aus zwei wird eins?

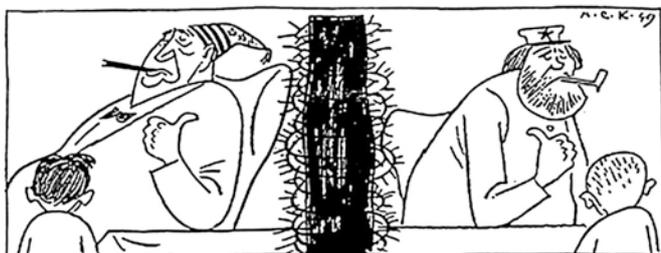
LK Verflechtungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten



1945: „Bruder!“



1955: „Mein lieber Vetter!“



1965: „Ach ja, — wir haben irgendeinen entfernten Verwandten im Ausland...“

M1 „1945 – 1955 – 1965.“

Karikatur von Hanns Erich Köhler, 1949.

- Analysieren Sie die Karikatur. Welche Vorhersage trifft der Karikaturist für die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen?

Im Schatten der Weltpolitik

Bundesrepublik und DDR gehörten nicht nur verschiedenen konkurrierenden Bündnissystemen an, die innerdeutsche Grenze war zugleich die Grenzlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt. Das deutsch-deutsche Verhältnis war daher durch den Kalten Krieg und durch die direkte Konkurrenz um Einfluss auf der internationalen Bühne geprägt.

Die Bundesrepublik verstand sich als „Limes des Abendlandes“ gegenüber einer als gefährlich eingeschätzten Sowjetunion. Der freie und ökonomisch attraktive westliche Teilstaat sollte eine Anziehungskraft auf die Deutschen im sowjetischen Herrschaftsbereich ausüben und langfristig die Wiedervereinigung zu einem demokratischen und westorientierten Gesamtdeutschland ermöglichen.

Sozialistisches Gesamtdeutschland oder Abgrenzung?

Während sich die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches verstand und für sich in Anspruch nahm, als der allein demokratisch legitimierte Staat auf deutschem Boden das gesamte „Deutschland“ in der Welt zu vertreten (Alleinvertretungsanspruch), proklamierte die SED, mit der DDR „die Grundlage eines

LEIT-
FRAGE



Zwei Staaten – eine
Nation?

Neue Ostpolitik: von der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) ab 1969 praktizierte Entspannungspolitik, die zu Verträgen mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und 1973 zum Grundlagenvertrag mit der DDR führte, in dem sich beide als gleichberechtigte Staaten ansahen und zu „gutnachbarschaftlichen Beziehungen“ verpflichteten

Bildinformation



M2 „Kraft seiner starken Wurzeln wird er alle Mauern sprengen“

Karikatur von Wolfgang Hicks, 1972

Bei den Personen handelt es sich um Willy Brandt (links) und seinen Mitarbeiter Egon Bahr.

- ▶ Erklären Sie die Wirkung die sich Brandt vom Grundlagenvertrag erhofft.
- ▶ Prüfen Sie mithilfe des Darstellungstextes, inwiefern die Deutung des Karikaturisten gerechtfertigt ist.

neuen, unabhängigen und freien gesamtdeutschen Staates“ nach sozialistischem Modell geschaffen zu haben. In der Praxis überwog allerdings das Ziel der Absicherung der eigenen Herrschaft durch Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik. Mit der Einführung einer DDR-Staatsbürgerschaft 1967 und der ein Jahr später in Kraft gesetzten neuen „sozialistischen Verfassung“ betonte Ulbricht seine Abgrenzungspolitik. Die DDR-Hymne von 1949 durfte wegen des Passus „Deutschland, einig Vaterland“ in der ersten Strophe nicht mehr gesungen werden.

Bis weit in die 1960er-Jahre gab es keine offiziellen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Seit 1952 intensivierte die SED Sperrmaßnahmen und schikanierende Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze. Nur der innerdeutsche Handel überstand den Kalten Krieg. Für die Bundesregierung war er lange eine der letzten Klammern zwischen beiden Teilen Deutschlands und sicherte den freien Zugang nach Berlin. Für die DDR war der innerdeutsche Handel hingegen ökonomisch unverzichtbar.

Neue Ostpolitik

Anfang der 1960er-Jahre verlor die Deutschlandfrage ihre weltpolitische Bedeutung. Beide Supermächte legten sich nach einer letzten gefährlichen Konfrontation in der Kuba-Krise 1962 auf den Status quo in Europa und damit auch in Deutschland fest. In dieser Phase der internationalen Entspannung kam es nach dem Wechsel zur sozial-liberalen Koalition in Bonn unter Bundeskanzler Willy Brandt zu einer **Neuen Ostpolitik**. Langfristig sollte ein „Wandel durch Annäherung“ zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung beitragen.

In Verträgen mit der UdSSR (Moskauer Vertrag, 1970), Polen (Warschauer Vertrag, 1970) und der ČSSR (1973) verpflichteten sich die Vertragsparteien zum wechselseitigen Gewaltverzicht und auf die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa, einschließlich der innerdeutschen Grenze und der Oder-Neiße-Linie. In einem an die Sowjetregierung gerichteten „Brief zur deutschen Einheit“ betonte Willy Brandt jedoch – analog zur damaligen Präambel des Grundgesetzes – das Recht des deutschen Volkes, „in freier Selbstbestimmung seine Einheit“ auf friedlichem Weg wiederzuerlangen.

Anerkennung der DDR im Rahmen besonderer Beziehungen

1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet, wo 1971 der Machtwechsel von Walter Ulbricht hin zu Erich Honecker stattgefunden hatte (▶ M4). Darin erkannte die Bundesrepublik die DDR als gleichberechtigten Staat an. Die DDR wiederum stellte in Aussicht, „praktische und humanitäre Fragen zu regeln“. Damit entsprach sie den Erwartungen der Bundesregierung, dass dieser grundlegenden Neugestaltung der innerdeutschen Beziehungen Erleichterungen für die Menschen in beiden Staaten folgen würden (▶ M5). Die SED-Führung erhoffte sich von der Abkehr der Bundesrepublik von der Hallstein-Doktrin eine Stärkung ihrer Legitimität sowohl international als auch gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung.

Die Bundesregierung nahm dies in Kauf, die Einrichtung von „Ständigen Vertretungen“ anstelle von Botschaften sollte die „besonderen Beziehungen“ zwischen ihnen

Verflechtungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten

sowie die Ablehnung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft deutlich machen. Für die Bundesregierung in Bonn gab es zwar zwei Staaten in Deutschland, aber nach wie vor nur eine deutsche Nation. Die DDR-Führung hingegen ging von zwei Staaten und von zwei Nationen aus und sah sich darin dadurch bestätigt, dass sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR 1973 in die UNO aufgenommen wurden.

Öffnung nach außen, Abschottung nach innen

Die DDR nahm seit 1972 an der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) teil. Sie unterzeichnete am 1. August 1975 im finnischen Helsinki die KSZE-Schlussakte, in der die Teilnehmer ihre Gleichberechtigung, Souveränität und territoriale Unantastbarkeit anerkannten, auf Gewalt verzichteten und sich zur Achtung der Menschenrechte verpflichteten. Ost-Berlin feierte dies als weiteren Schritt zur internationalen Anerkennung. Die DDR-Regierung wollte sich v.a. als Exportnation dem Westen öffnen, die Bevölkerung sollte dagegen von den Einflüssen des Kapitalismus und der Demokratie abgeschirmt bleiben.

Unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte forderten jedoch viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger mehr Freiheitsrechte, v.a. Meinungs- und Pressefreiheit sowie Reiseerleichterungen. Zudem hatte die Bevölkerung der DDR täglich den Unterschied zur Bundesrepublik vor Augen, die zentraler Vergleichsmaßstab blieb. Das eigentlich verbotene Westfernsehen informierte sie dabei wahrheitsgetreuer als die DDR-Propaganda über die Zustände in Ostdeutschland. Ebenso hatten sie durch westliche Spielfilme und Serien einen umfassenden Einblick in das Leben im „kapitalistischen Ausland“.

Das SED-Regime fühlte sich im Innern mehr und mehr bedroht, baute den Überwachungsapparat der „Stasi“ weiter aus und verschärfte die Sicherungsmaßnahmen an den Grenzen. Prominente Oppositionelle wurden verhaftet und ausgebürgert. Doch je mehr die Repressionen zunahm, desto mehr wuchs die Zahl der aktiven Regimegegner. Die SED strich 1974 alle gesamtdeutschen Bezüge aus der Verfassung. Die Verheißung, den Sozialismus eines Tages auf die Bundesrepublik zu übertragen, wich einer Politik, die eine strikte Zweistaatlichkeit sichern sollte.

Innerdeutscher Reiseverkehr

Immerhin erlebte der Reiseverkehr zwischen Bundesrepublik und DDR eine deutliche Belebung, zumindest von West nach Ost (► M6): Ab 1972 reisten jährlich rund 5 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürger in die DDR; umgekehrt waren es rund ein- bis eineinhalb Millionen Rentnerinnen und Rentner, aber jährlich nur etwa 40 000 Reisende, die das Rentenalter noch nicht erreicht hatten, erhielten ab 1984 eine Reiseerlaubnis.

Daneben versuchte die SED-Führung, die angestaute Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung dadurch zu bekämpfen und vermeintliche „Querulanten“ dadurch loszuwerden, dass von Zeit zu Zeit DDR-Bürgerinnen und -Bürger in die Bundesrepublik ausreisen durften. Doch führte dies nur dazu, dass noch mehr Menschen als zuvor Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik stellten. Zwischen 1972 und 1988 stellten jährlich mehrere zehntausend

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

1973 von ost- und westeuropäischen Staaten, Kanada und der USA mit dem Ziel eröffnet, gemeinsame Projekte in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltschutz und Abrüstung durchzuführen zur Durchsetzung der Menschenrechte in Europa. Seit 1995 heißt sie „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE).



M3 D Verkehrsverbindungen zwischen Westdeutschland und West-Berlin

1972 willigte die DDR ein, den Straßenverkehr von und nach West-Berlin reibungsloser abzuwickeln. Für dieses „Transitabkommen“ erhielt die DDR jährlich anfangs 230 Millionen DM, bis 1989 gesteigert auf 525 Millionen DM.

► Erläutern Sie, inwiefern die möglichen Verkehrsverbindungen eine Herausforderung für den innerdeutschen Reiseverkehr darstellten.

Menschen einen Ausreiseantrag, von denen bis 1983 jährlich nur durchschnittlich ca. 115 9 000 bewilligt wurden. Wer einen Antrag stellte, konnte sicher sein, in der Bundesrepublik als deutscher Staatsbürger bzw. deutsche Staatsbürgerin problemlos einreisen zu können. In der DDR mussten Ausreisewillige jedoch oft lange auf die Ausreise warten und waren bis dahin massiven Diskriminierungen und Drohungen ausgesetzt. Ausreise galt als Verrat am Sozialismus. 120

Bilanz der Deutschlandpolitik bis 1989

Bis zum Ende der 1980er-Jahre verfolgte SED-Chef Honecker zwei Ziele (► M7): Zum einen sollten die letzten Anerkennungsvorbehalte der Bundesrepublik zurückgenommen werden, zum anderen sollten Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen von der Bundesregierung so teuer wie möglich bezahlt werden. So durften Gäste 125 aus der Bundesrepublik in der DDR etwa nur mit DDR-Mark bezahlen, die sie zum Kurs 1:1 umtauschen mussten, obwohl der internationale Wechselkurs etwa 1:4 war.

Aufseiten der Bundesrepublik wahrten die Regierungen die Balance zwischen unvermeidlicher Anerkennung der DDR und einem Offenhalten der Wiedervereinigung. Da die DDR von westlichen finanziellen Hilfen und Krediten abhängig war, zeigte 130 Honecker Entgegenkommen, etwa bei der Herabsetzung der Altersgrenze bei Ost-West-Reisen, der Familienzusammenführung oder beim Freikauf politischer Gefangener.

Bis 1989 wurden 70 bilaterale Abkommen etwa auf den Gebieten der Familienzusammenführung, der Sport- und Jugendreisen sowie vor allem der Wirtschaft geschlossen. Sie eröffneten den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern Freiräume und sorgten dafür, dass Bindungen über die Grenze hinweg nicht verloren gingen, sondern neu entstanden. 135

Geschichte In Clips:



Zur Ära Honecker

Verflechtungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten

M4 Aus dem Grundlagenvertrag

Am 21. Dezember 1972 wird in Ost-Berlin der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ abgeschlossen.

Artikel 1

[Sie] entwickeln normale gutnachbarschaftliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung. [...]

5 Artikel 3

[Sie] bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

10 Artikel 4

[Sie] gehen davon aus, dass keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann. [...]

Artikel 6

15 [Sie] respektieren die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten. [...]

Artikel 7

20 [Sie] erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern.

Zitiert nach: Dieter Blumenwitz, Denk ich an Deutschland – Antworten auf die Deutsche Frage. Dokumentenband, München 1989, S. 103 f.

Arbeitsvorschläge



32005-0035

1. Benennen Sie die Ziele, die beide Seiten mit dem Vertrag verfolgten.
2. Erläutern Sie, welche Vereinbarungen vor allem den Interessen der DDR und welche den Interessen der Bundesrepublik dienen.
3. Begründen Sie – auch mithilfe der Darstellung – dass der Grundlagenvertrag eine Wende in der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik darstellte.

M5 Daten zum deutsch-deutschen Verhältnis

1951	Ein gemeinsames Abkommen regelt den Handel zwischen Bundesrepublik und DDR.
1970	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeskanzler Willy Brandt trifft den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Erfurt. • Gegenbesuch von Stoph in Kassel
1971	• Transitabkommen zum sicheren und zügigen Reiseverkehr von und nach Berlin (West)
1972	<ul style="list-style-type: none"> • Flüchtlinge aus der DDR verlieren die „DDR-Staatsbürgerschaft“. • Unterzeichnung des Grundlagenvertrages
1973	Korrespondenten von ARD und ZDF und einigen Zeitungen aus der Bundesrepublik werden in der DDR zugelassen.
1974	<ul style="list-style-type: none"> • Fahrzeuge der DDR tragen nicht mehr das Kennzeichen „D“, sondern „DDR“ • Ständige Vertretungen nehmen ihre Tätigkeit in Berlin-Ost und Bonn auf. • Abkommen über die Zusammenarbeit in Sport und Gesundheitswesen
1975	Übereinkunft über die Erneuerung der Autobahn zwischen Berlin und dem Grenzübergang Marienborn (heute in Sachsen-Anhalt)
1979	Besuch einer Delegation des Jugendrings in der DDR
1980	<ul style="list-style-type: none"> • seit 1964: Freikauf von 20 000 politischen Häftlingen aus der DDR; Reise genehmigungen für 30 000 DDR-Bürgerinnen und -Bürger („Familienzusammenführung“) • Erich Honecker betont Abgrenzung und eigene Souveränität der DDR.
1982	<ul style="list-style-type: none"> • Ausreisegenehmigungen in die Bundesrepublik in dringenden Familienangelegenheiten auch für DDR-Bürgerinnen und -Bürger im arbeitsfähigen Alter • Deutscher Bundesjugendring und FDJ vereinbaren Jugendaustausch.
1983	<ul style="list-style-type: none"> • erstes Gespräch von Umweltexperten beider Regierungen • Bürgschaft der Bundesrepublik für einen Kredit an die DDR in Höhe von 1 Mrd. DM
1984	Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze
1986	Kulturabkommen über Zusammenarbeit in Kunst, Bildung und Wissenschaft (Verhandlungen seit 1974)
1987	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Umweltschutz • SED-Generalsekretär Erich Honecker auf Staatsbesuch in der Bundesrepublik

Zusammenstellung von Dieter Brückner

Arbeitsvorschlag



32005-0036

- Beurteilen Sie, inwiefern sich das deutsch-deutsche Verhältnis nach der Verabschiedung des Grundlagenvertrages verbessert oder verschlechtert hat.

480 3.2 Basismodul: Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess

M6 D Handel und Reiseverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland

a) Entwicklung des innerdeutschen Handels 1950–1989:

Lieferungen und Bezüge der Bundesrepublik Deutschland				
Jahr	Lieferungen	Bezüge	Umsatz	Veränderung der Umsätze in % zum Vorjahr
	in Millionen VE			
1950	329	342	671	
1960	960	1 122	2 082	
1970	2 416	1 996	4 412	+ 12,3
1980	5 293	5 580	10 873	+ 16,8
1985	7 901	7 636	15 537	+ 9,8
1987	7 367	6 647	14 014	+ 2,0
1989	8 101	7 205	15 306	+ 9,1

b) Innerdeutscher Reiseverkehr

Den in der Tabelle genannten Personen, die aus der DDR die Bundesrepublik besuchen dürfen, wird die entsprechende Erlaubnis nur „in dringenden Familienangelegenheiten“ und stets wie eine Gnade oder wie ein Privileg gewährt. Ehepartner oder Kinder bleiben als Geisel zurück. Ab Ende der 1980er-Jahre wird diese Regelung gelockert.

	Reisen aus der DDR in die BRD (in 1 000)		Reisen aus der BRD in die DDR und nach Ost-Berlin (in 1 000)	
	Rentner	Personen unter dem Rentenalter	gesamt	davon West-Berliner
1957	2 720	–	2 700	–
1962	27	–	ca. 2 000	–
1972	1 079	11	6 260	3 320
1975	1 370	40	7 734	3 210
1980	1 594	40	6 746	2 600
1985	1 666	66	5 620	ca. 1 900
1987	3 800	1 290	55 006	ca. 1 900
1988	6 750	–	55 529	1 972

Nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969–1990, Stuttgart 1996, S. 282 f.

Arbeitsvorschlag

- Wandeln Sie die Tabellen in eine geeignete Diagrammform um und erläutern Sie, inwiefern sich wichtige Ereignisse in der DDR ablesen lassen.



320650057

M7 Q „Friedliche Koexistenz“

Am 5. Oktober 1980 formuliert Erich Honecker Grundsätze der Deutschlandpolitik der DDR vor Funktionären der SED, mit denen er eine neue Phase der Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik einleitet:

Natürlich kann man nicht übersehen, dass zwischen der DDR und der BRD weiterhin viele Probleme bestehen und wir von einer umfassenden Normalisierung noch ein beträchtliches Stück entfernt sind. Die Hauptursache dafür sind fortgesetzte Versuche der BRD, in den Beziehungen zur DDR, unter Verletzung des Grundlagenvertrages, entscheidende Prinzipien der Souveränität unseres Staates zu missachten. [...]

Ganz wesentlich ist, dass das Prinzip der Nichteinmischung [...] uneingeschränkt akzeptiert und eingehalten wird. [...]

Wir halten es für notwendig, dass sich die BRD in der Frage der DDR-Staatsbürgerschaft endlich auf die Realitäten besinnt [...]. Schluss gemacht werden muss mit der Ausstellung vorläufiger Reiseausweise der BRD für Bürger der DDR bei deren zeitweiligem Aufenthalt in der BRD, ebenso mit der Ausstellung von BRD-Pässen für DDR-Bürger durch Botschaften der BRD in dritten Staaten. Wir halten auch die Zeit für gekommen, auf diplomatischem Gebiet, so wie es den Beziehungen zwischen zwei souveränen, voneinander unabhängigen Staaten zukommt, Botschafter austauschen, das heißt die Ständigen Vertretungen der DDR und der BRD in das zu verwandeln, was dem Völkerrecht entspricht – in Botschaften. [...]

Den Interessen des Friedens und der guten Nachbarschaft würde es dienen, möglichst bald eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht herbeizuführen, die bisher an unannehmbaren Standpunkten der BRD scheitert. [...] Für uns bleibt es beim Kurs der friedlichen Koexistenz, zu dem es keine annehmbare Alternative gibt.

Beim X. Parteitag der SED führt er in einer programmatischen Rede am 11. April 1981 aus:

[...] Das Volk der DDR hat im Einklang mit dem geschichtlichen Prozess des weltweiten Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus unwiderruflich die Entscheidung für den Sozialismus getroffen. Unter Führung der Arbeiterklasse hat es sich zur sozialistischen deutschen Nation konstituiert. Niemand ist in der Lage, daran etwas zu ändern.

Dabei gilt es, bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ohne jeden Vorbehalt von der Existenz zweier voneinander unabhängiger, souveräner Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auszugehen. Zwischen ihnen kann es nur Bezie-

Verflechtungen und gegenseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten

hungen der friedlichen Koexistenz geben. Partei und Regierung der DDR bekennen sich [...] zu den vereinbarten Zielen und Prinzipien, insbesondere der Souveränität der Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und territorialen Integrität, der Nichteinmischung, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung. Bei voller Respektierung dessen ist es durchaus möglich, zu neuen, positiven Ergebnissen in der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR und BRD zu kommen. [...]

Zitiert nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969–1990, a.a.O., S. 255–257

Arbeitsvorschläge



32065-0058

1. Fassen Sie die Grundsätze der Deutschlandpolitik Erich Honeckers in Thesenform zusammen.
2. Erklären Sie, was Honecker meint, wenn er von „der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“ (Z. 40f.) spricht.
3. Überprüfen Sie, ob Honecker sich bei diesen Grundsätzen auf den Grundlagenvertrag berufen konnte.

M8 Q „Einheit der Nation“

Beim Besuch Erich Honeckers 1987 in der Bundesrepublik hält Helmut Kohl eine Ansprache:

Dieser Arbeitsbesuch eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland zum Wohle der Menschen weiterzuentwickeln. Unsere Gegensätze in Grundsatzfragen werden wir nicht überwinden, aber was uns an Grundsätzlichem trennt, sollte uns nicht an praktischer Zusammenarbeit hindern [...]

Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, dass alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können. [...] [D]ie Teilung wollen wir auf friedlichem Weg durch einen Prozess der Verständigung überwinden. [...]

Wir begrüßen die Zunahme des Reiseverkehrs, insbesondere die Vervielfachung der Reisen jüngerer Menschen aus der DDR. Wir streben aber letztlich einen freien Reiseverkehr an. [...]

Wir wünschen einen verstärkten Austausch innerhalb der jüngeren Generation, einen Ausbau des Tourismus, weitere Städtepartnerschaften mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für persönliche, sportliche und kulturelle Begegnungen. Ebenso sind beim Sportverkehr die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Im Telefonverkehr werden dringend zusätzliche Leitungen benötigt.

Generell muss die Kommunikation zwischen den Menschen in allen Bereichen verbessert werden. Wichtig ist gegenseitiges Kennenlernen und der Abbau von Vorurteilen. Auch die Arbeit der Journalisten [...] sollte deshalb nicht behindert werden. Es geht uns immer und vor allem um die Menschen. Deshalb haben Menschenrechte und humanitäre Fragen in unseren Beziehungen eine herausragende Bedeutung. Wir konnten in der Vergangenheit vielfach Härtefälle lösen. Dies sollte auch weiter möglich bleiben.

[...] Daneben bleibt der Ausbau von Verkehrsverbindungen, insbesondere für den Berlin-Verkehr, wichtig.

Zitiert nach: Dieter Grosser, Stephan Bierling und Beate Neuss (Hrsg.), Bundesrepublik und DDR 1969–1990, a.a.O., S. 20–22

Arbeitsvorschläge



6301-5905E

1. Fassen Sie die Grundsätze der Deutschlandpolitik Helmut Kohls zusammen.
2. Erklären Sie, was Helmut Kohl meint, wenn er davon spricht, „die Beziehungen [...] weiterzuentwickeln“ (Z. 2–4).
3. Vergleichen Sie diese Auffassung mit Erich Honeckers Zielen bei „der Entwicklung der Beziehungen“ (M7).
4. Beurteilen Sie, ob Helmut Kohl mit seinen Grundsätzen die „Neue Ostpolitik“ der 1970er-Jahre fortsetzt.

Leitfrage



Nehmen Sie Stellung:
Zwei Staaten – eine Nation?

3.3 Vertiefungsmodul: Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte



M1 „Das Boot ist voll!“

Wahlplakat der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Die Partei erreichte ein Wahlergebnis von 2,1 %.



M2 „Tatsachen über Deutschland“

Internetseite aus dem Jahr 2024, auf der sich Interessierte in mehreren Sprachen über das Leben und Arbeiten in Deutschland informieren können.

1. Analysieren Sie das Wahlplakat im zeitlichen Kontext.
2. Betrachten Sie die Internetseite mithilfe des Medien-codes und charakterisieren Sie das Bild, das von Deutschland als Einwanderungsland entworfen wird.
3. Zwischen der Entstehung von M1 und M2 liegen über dreißig Jahre. Beurteilen Sie, inwiefern sich die Sicht auf Migrantinnen und Migranten seitdem verändert hat.

LEIT-
FRAGE



Deutschland – schon immer ein Einwanderungsland?

Migration – Begriffsbestimmung

Emigration und Immigration

Migration (lat. migrare: wandern) ist die längerfristige oder dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes von einem Ort zu einem anderen. Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, dass eine große Entfernung überbrückt wird. Wichtig ist vielmehr, dass eine politische, soziale, geografische oder kulturelle Grenze überschritten wird. Die Abwanderung aus der alten Heimat wird als Emigration, die dauerhafte Zuwanderung in die neue Heimat als Immigration bezeichnet.

Push- und Pull-Faktoren

Die Gründe für menschliche Wanderungsbewegungen sind vielfältig (► M6): Menschen wandern ab, weil sie von Armut, Hunger, Kriegen oder Naturkatastrophen bedroht sind. Oder sie werden aufgrund ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder sexuellen Orientierung benachteiligt und verfolgt. Die Motive, die Menschen dazu bewegen, abzuwandern, werden auch Push-Faktoren genannt. Als Pull-Faktoren werden die Gründe bezeichnet, aus denen Migranten in ein ganz bestimmtes Zielgebiet zuwandern, z. B. mehr Freiheit, bessere Lebensbedingungen, größere Karrierechancen. Eine wichtige Rolle für Migrationsprozesse spielen Wissen und Netzwerke der Migranten: Informationen über Zielregionen und Kontakte zu bereits dorthin Gewanderten bestimmen maßgeblich, ob, wohin und wie Menschen migrieren. Wenn Menschen gezwungen werden, räumlich mobil zu werden, spricht man von Zwangs- oder Gewaltmigration, z. B. bei Versklavung, Deportation, Vertreibung, Umsiedlung und Flucht.

Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte

Akkulturation und Integration

Mit Migration gehen immer auch Kulturkontakte und Neuorientierung einher. Aber auch Konflikte und Ängste können damit verbunden sein. Denn Migranten werden von der Kultur der Aufnahmegesellschaft, in die sie kommen, verändert, und verändern diese ebenfalls (Akkulturation). Im Laufe der Geschichte waren es häufig Migranten, die neue Ideen und Technologien mitbrachten und so die Entwicklung ihrer neuen Heimat positiv vorantrieben. Die Eingliederung von Migranten gilt als gelungen, wenn sie keine soziale Sonderstellung in der Aufnahmegesellschaft einnehmen (► M7).

Zwangsmigration im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg – Online



Zuwanderung in die beiden deutschen Staaten: Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Arbeitskräftemangel und Anwerbevereinbarungen

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Deutschland die anfänglich hohe Arbeitslosigkeit überwunden und Ende der 50er Jahre bereits Vollbeschäftigung erreicht. Zunächst hatte noch die starke Zuwanderung aus der DDR den wachsenden Bedarf des westdeutschen Arbeitsmarktes gedeckt, doch mit dem Mauerbau 1961 endete diese Massenzuwanderung abrupt.

Die Arbeitskräfteknappheit stellte angesichts weiter steigender Nachfrage das größte Hemmnis für eine Ausweitung der Produktion bei stabilen Preisen dar. Aus Sicht der Arbeitgeber und der Bundesregierung lag es daher nahe, diesen Bedarf durch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu decken, um gleichzeitig die Unternehmensgewinne zu erhalten.

Der Nachfrage aus der Bundesrepublik stand ein entsprechendes Angebot südeuropäischer Staaten gegenüber. Von der Arbeitnehmerentsendung erhoffte man sich dort vielerorts eine Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes, eine Kanalisierung der **Arbeitsmigration**, einen Import von Know-how und dringend benötigte Devisen. Auf deutscher Seite wurde die Gastarbeiterpolitik als eine Art Entwicklungshilfe und Beitrag zur europäischen Integration begriffen. Anwerbeabkommen schienen daher Verträge zu sein, die allen Seiten nur Vorteile boten.

Auf die 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland abgeschlossenen ersten Anwerbevereinbarungen folgten Abkommen mit der Türkei (1961) und Marokko (1963), Portugal (1964) und Tunesien (1965) sowie 1968 mit Jugoslawien (► M8, M9).

Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten übernahmen in der Regel Tätigkeiten in der industriellen Produktion mit hoher körperlicher Beanspruchung, gesundheitlicher Belastung und Lohnbedingungen, die viele Einheimische nicht akzeptieren wollten. Männer unter den Arbeitswanderern arbeiteten vorwiegend im Maschinenbau und in der Automobilindustrie sowie im Baugewerbe. Frauen wurden insbesondere im verarbeitenden Gewerbe (Textil- und Bekleidungsindustrie) sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie eingesetzt. Etwa ein Drittel fand im Dienstleistungsgewerbe Beschäftigung.

Arbeitsmigration: Migration, deren Hauptantrieb das Finden einer Arbeitsstelle ist. Ein Großteil des Lohns wird dabei häufig an die im Heimatland verbliebene Verwandtschaft geschickt.



M3 Q Der einmillionste „Gastarbeiter“

Fotografie vom 10. September 1964
An diesem Tag erreichte ein Zug mit mehr als tausend „Gastarbeitern“ den Bahnhof Köln-Deutz. Unter ihnen wurde Armando Rodrigues de Sá, ein 38-jähriger Zimmermann aus Portugal, per Zufall zum einmillionsten „Gastarbeiter“ gewählt. Auf ihn warteten nicht nur Vertreter von Arbeitgeberverbänden und der Arbeitsverwaltung, sondern auch zahlreiche Medienvertreter. Bei einem feierlichen Festakt wurde ihm ein Moped überreicht.

► Beschreiben Sie die Fotografie und erörtern Sie, welche Bedeutung das Begrüßungszeremoniell hat. Welche Haltung gegenüber den „Gastarbeitern“ wird deutlich?

488

3.3 Vertiefungsmodul



M4 „Gastarbeiter“ in ihrem Wohnheim in Frankfurt a. M.

Aufnahme der Fotografin Erika Sulzer-Kleinemeier vom 7. September 1971

- Beschreiben Sie die Unterkunft und beurteilen Sie die Wohnbedingungen.

Integration: langwieriger Prozess der Eingliederung einer zuvor als fremd angesehenen Gruppe in eine andere

Anwerbestopp 1973

35

Rationalisierung und Automatisierung der Produktion und der Niedergang alter Industrien (Eisen- und Stahlindustrie, Textilindustrie, Bergbau) ließen in den 1970er- und 80er-Jahren die Nachfrage nach unqualifizierten Beschäftigten absinken. Die digitale Revolution seit den 1980er-Jahren beschleunigte diese Entwicklung.

Der Stopp der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte im Jahr 1973 war auch eine Folge dieses Strukturwandels. Hintergrund dieser Entscheidung war vor allem, dass sich die angeworbenen Arbeitnehmer zunehmend in Deutschland niederließen. Zudem mehrten

sich die Stimmen, die vor einer unhaltbaren Belastung durch die Ausländerbeschäftigung warnten. Im Sommer 1973 wurde ein politischer Richtungswechsel vollzogen, der einen langsameren Anstieg der Ausländerbeschäftigung vorsah. Die Ölkrise im Herbst 1973 und die zunehmende Kritik der Gewerkschaften an der „Gastarbeiter“-Anwerbung gaben schließlich den Anlass für den Anwerbestopp, der die Vermittlung von Arbeitskräften aus den meisten Anwerbeländern bis auf Weiteres einstellte, wenngleich nicht vollständig stoppte.

Die Bundesrepublik wird zur Heimat

Ein wichtiges Prinzip der „Gastarbeiter“-Migration, über das es in den ersten Jahren zwischen allen Beteiligten eine stillschweigende Übereinkunft gab, war die sogenannte „Rotation“ der Arbeitskräfte. Migrantinnen und Migranten sollten für einige Jahre in das Aufnahmeland kommen und dort arbeiten, um anschließend zurückzukehren und neuen Arbeitskräften Platz zu machen. Dieses System funktionierte auch lange Zeit: So kamen zwischen Ende der 1950er- und Anfang der 1970er-Jahre rund 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik, während im gleichen Zeitraum etwa elf Millionen wieder zurückkehrten. Mit der Zeit verlängerten jedoch immer mehr Migrantinnen und Migranten ihren Aufenthalt und holten zunehmend auch ihre Familien nach (► M11). So kam es, dass die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen zwar nach dem Ende der Anwerbephase sank – von 2,6 Millionen 1973 auf 1,6 Millionen 1989 –, die ausländische Wohnbevölkerung aber im selben Zeitraum von 3,97 Millionen auf 4,9 Millionen wuchs. Je länger der Aufenthalt der Arbeitsmigrantinnen und -migranten dauerte, desto gefestigter wurde ihr Aufenthaltsstatus. Langzeitaufenthalt bedeutete auch kulturelle Anpassung.

Schrittweise ließen sowohl die Wirtschaftspolitik des westdeutschen Staates wie die Lebensplanungen der Migrantinnen und Migranten aus „Gastarbeitern“ Einwanderer werden – denen aber dieser Status verweigert wurde. Ende der 1970er-Jahre konstatierte der erste Integrationsbeauftragte der BRD, Heinz Kühn, Deutschland sei „faktisch ein Einwanderungsland“, und schlug Maßnahmen zur **Integration** vor (► M12). Die Weigerung der Politik, das Kühn-Memorandum umzusetzen, und der noch in der Ära Kohl vertretene Standpunkt, Deutschland sei kein Einwanderungsland, bedeutete in der Praxis, dass die Politik auf diese Entwicklung nicht mit staatlichem Handeln in gesamtgesellschaftlicher Perspektive reagierte. Spätestens seit Beginn der 1980er-Jahre lebte die Mehrzahl der Arbeitsmigrantinnen und -migranten mit ihren Familien somit „in einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“ (Klaus J. Bade).

Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte

489

Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR

Abschluss von Anwerbeverträgen

Ab den 1960er-Jahren machte sich auch in der DDR der Arbeitskräftemangel bemerkbar. Vor allem durch die Abwanderung in die BRD fehlten zahlreiche Fachkräfte. 1963 schloss die DDR daher das erste Anwerbeabkommen mit Polen, bis 1986 folgten Verträge mit Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam, der Mongolei, Angola, und China. Die Herkunftsländer konnten so den eigenen Arbeitsmarkt entlasten und von den Devisen profitieren, die die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter an ihre Familien schickten. Für die angeworbenen Arbeitskräfte stand der Verdienst und auch die in den Verträgen anfangs zugesicherte Weiterbildung im Vordergrund, auch Abenteuerlust spielte sicher bei einigen eine Rolle. Bei den meisten Angeworbenen handelte es sich um junge Männer, wie hoch der Frauenanteil war, ist unklar, der Großteil der Frauen kam vermutlich aus Polen und Vietnam. Eingesetzt wurden sie vor allem in der Leicht- und Schwerindustrie, im Kohlebergbau und bei Fließbandarbeiten. Ihre Tätigkeiten waren oft mit Schichtdienst verbunden, monoton und körperlich anstrengend.



M5 Q Montage von Gefrierschränken

Foto vom April 1986
Facharbeiterin und vietnamesische Vertragsarbeiterin im VEB DKK Scharfenstein, wo Haushaltskühlschränke produziert werden.

► Analysieren Sie das Foto. Achten Sie auf die Haltung der Personen zueinander.

„Arbeitskräftekooperation“ und „Gesellschaft ohne Rassismus“...

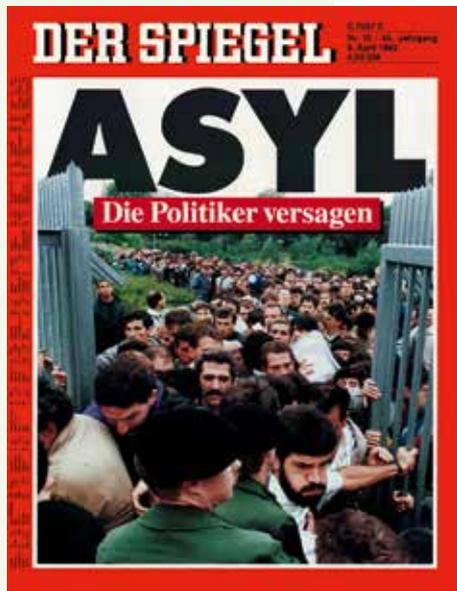
In der Propaganda der DDR wurden die Anwerbeabkommen als eine Art von „Entwicklungshilfe“ gesehen. Offiziell war von einer „Arbeitskräftekooperation“ die Rede, die den Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern eine Berufsausbildung ermöglichen und sie auf den Aufbau des Sozialismus in ihrem Heimatland vorbereiten sollte. Damit wollte sich die DDR klar von der Bundesrepublik abgrenzen, deren Anwerbeabkommen sie als „Fremdarbeiterpolitik“ bezeichnete und der sie damit die Fortsetzung der NS-Verbrechen unterstellte. Auch in einem weiteren Punkt wird deutlich, dass die DDR sich als antifaschistischen Staat verstand. So wurde eine Gesellschaft ohne Rassismus propagiert und ein sehr positives Bild vom Leben, Arbeiten und der guten Integration der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR gezeichnet: Solidarität und Hilfsbereitschaft und allenfalls Anpassungsschwierigkeiten der ausländischen Arbeitskräfte wurden beschrieben. Probleme durfte es nicht geben.

490

3.3 Vertiefungsmodul

... und die Realität

Dies entsprach nicht unbedingt der Realität. Eine nachhaltige Integration der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in die Gesellschaft der DDR war von staatlicher Seite weder geplant noch erwünscht. Nach dem Rotationsprinzip war ihr Aufenthalt auf höchstens fünf Jahre begrenzt. Anschließend sollten sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Die ausländischen Arbeitskräfte wurden von den Betrieben, für die sie arbeiteten in Wohnheimen untergebracht. Diese waren nach Geschlechtern getrennt, hatten Mehrbettzimmer und An- und Abwesenheiten sowie Besuche wurden protokolliert. Als weiteres Integrationshindernis erwies sich die Sprache: zwar gab es Deutschkurse, diese waren jedoch vor allem auf den Arbeitskontext ausgerichtet, weniger auf Alltagsvokabular. Trotz dieser Schwierigkeiten gab es jedoch auch deutliche Integrationsbemühungen. In den Betrieben gab es Dolmetscher aus dem Herkunftsland, die bei Problemen vermitteln sollten, zudem waren die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter Teil der Arbeiterbrigaden und konnten wie ihre ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen Preise und Auszeichnungen erhalten. Es entstanden Freundschaften und binationale Liebesbeziehungen, auch wenn diese von staatlicher Seite deutlich erschwert wurden. Eine Heirat musste von beiden Staaten genehmigt werden und selbst wenn das geschah, bedeutete das nicht automatisch ein Bleiberecht für den ausländischen Partner. Zudem wurden schwangere Vertragsarbeiterinnen in der Regel vor die Wahl gestellt, das Kind entweder abzutreiben oder in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

LK Migration und Migrationspolitik in den 1990er Jahren im wiedervereinigten Deutschland**M 6** **Q** „Die Politiker versagen“

Titelbild der Zeitschrift „Der Spiegel“ vom 05. April 1992. Der „Spiegel“ forderte in dieser Ausgabe, dass Deutschland sich eingestehen müsse, ein Einwanderungsland zu sein.

► Analysieren Sie das Titelbild.

Rückblick auf die 1980er Jahre

Die Migrationspolitik der frühen 1990er Jahre ist ohne Blick auf die 1980er Jahre nicht zu verstehen. Zu Beginn der 1980er-Jahre war die Zahl der Asylsuchenden angestiegen, was für eine Wende in der Migrationspolitik sorgte. Bereits die Regierung Schmidt hatte auf die Ziele hingearbeitet, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung 1982 nannte (► M16): keine weitere Einwanderung, Familiennachzug begrenzen, Rückkehr erleichtern; außerdem Integration: „ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Deutschen und Ausländern“. Der Bundeskanzler wies auch darauf hin, dass alles zu tun sei, „um den Missbrauch des Asylrechts zu verhindern“, ein Schlagwort der damaligen Migrationsdebatte. De facto war die Bundesrepublik längst zum Einwanderungsland geworden, eine Anerkennung dieses Status und eine entsprechende Gesetzgebung sowie ausreichende Integrationsmaßnahmen blieben jedoch weitgehend aus. Gleichzeitig und als Folge daraus wuchs die Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung, auch unterstützt von Parteien rechts der Mitte, die Angst vor „Überfremdung“ schürten.

„Asyldebatte“ und rechtsextreme Gewalt

Im wiedervereinigten Deutschland der 1990er Jahre veränderte sich diese Situation zunächst nicht, auch wenn das 1990 erlassene Ausländergesetz den rechtlichen Status der Zugewanderten sicherte. Die Migrantinnen und Migranten der späten 1980er und frühen 1990er Jahre lassen sich nach Klaus J. Bade in drei größere Gruppen gliedern. Die größte bildeten die ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sowie deren Nachkommen, die oft schon in dritter Generation in Deutschland lebten, vor dem Gesetz aber nach wie vor als „Ausländer“ galten. Die nächstgrößere Gruppe der Aussiedler aus Südost- und Osteuropa wanderte vor allem seit den späten 1980er Jahren nach Deutschland ein und galt vor dem Gesetz als Deutsche. Asyl-



M7 Krawalle in Rostock Lichtenhagen

Foto vom 27. August 1992

Vom 22. bis zum 26. August griffen bis zu 500 Gewalttäter, unter ihnen bekannte Neonazis, zwei Ausländerunterkünfte in Rostock-Lichtenhagen mit Steinen und Molotowcocktails an. Über 3000 Schaulustige feuerten die Täter an und leisteten den Rettungs- und Ordnungskräften Widerstand.

- ▶ Informieren Sie sich über die Ursachen, den Auslöser und den Verlauf der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen und fassen Sie Ihre Ergebnisse in einem Podcast zusammen.

suchende bildeten schließlich die drittgrößte Gruppe von Migrantinnen und Migranten, die jedoch gesellschaftlich am stärksten wahrgenommen wurde. Unterstützt von Medien und Politik entwickelte sich eine „Asyldebatte“, die Anwesenheit der Asylbewerberinnen und -bewerber wurde zunehmend problematisiert. Ihre steigende Anzahl (ca. 440 000 Asylanträge im Jahr 1992, von denen 4,3 % anerkannt wurden) wurde von Teilen der Bevölkerung als Grund für die Zunahme rassistischer Anschläge, u.a. in Mölln und Rostock-Lichtenhagen, gesehen. In einem klassischen Fall von Täter-Opfer-Umkehr schien es notwendig, das Asylrecht einzuschränken, um der zunehmenden rechtsradikalen Gewalt zu begegnen. Eine Grundgesetzesänderung durch CDU/CSU, SPD und FDP im Mai 1993 ermöglichte dies und ab Juli 1993 trat das neue Gesetz in Kraft, das bei Einreise aus einem Drittland oder einem sicheren Herkunftsland kein Asylrecht mehr vorsah. Die eigentlichen Ursachen der rechtsextremen Radikalisierung, die nicht vorhandene Zuwanderungspolitik, die fehlende Integration der Migrantinnen und Migranten und teilweise auch die im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung entstandenen Probleme der Bevölkerung fanden hingegen zu wenig Beachtung (► M17).

Der Weg zu einem Zuwanderungsgesetz

Mit der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder kam es zu einer Wende in der Migrationspolitik und Deutschland begann sich als nun auch selbst als Zuwanderungsland zu verstehen. Zunächst setzte die Koalition den Anwerbestopp außer Kraft, sodass 30 000 Fachkräfte für die IT-Branche Arbeitsvisa für Deutschland erhalten konnten. Zudem wurde eine Kommission unter Vorsitz von Rita Süssmuth beauftragt, die Vorschläge für ein Zuwanderungsgesetz vorlegte. 2005 trat das Gesetz nach einigen Rückschlägen schließlich in Kraft.

492 3.3 Vertiefungsmodul

Migration – Begriffsbestimmung

M8 **D** Dimensionen von Migration

Die Sozialgeografin Felicitas Hillmann (*1964) stellt wichtige Dimensionen zur Beschreibung von Migration vor:

		Merkmal	Ausprägung
Kriterien	räumlich	Distanz	Nahwanderungen, Fernwanderungen, Binnenmigration grenzüberschreitend (international / interkontinental)
		Richtung (= Unterscheidung nach Herkunfts- und Zielregion)	Peripherie – Zentrum, Land – Stadt / Stadt – Land
	zeitlich	Permanent, dauerhaft	Langfristige Verlagerung des Lebensmittelpunktes (i. d. R. länger als ein Jahr)
		Kurzfristig	Zeitlich begrenzter Aufenthalt mit Verlagerung des Lebensmittelpunktes
		Langfristig, aber nicht-permanent	Saisonal (wiederkehrend, episodisch), Tourismus (ohne Veränderung des Lebensmittelpunktes)
Rechtlicher Status	Legal	Unterschiedliche Formen der Aufenthaltsberechtigung, Duldung (z. B. Familiennachzug, anerkannte Flüchtlinge, Asylsuchende, Gastarbeiter, Saisonarbeitnehmer, angeworbene Fachkräfte)	
	Illegal	Einwanderer ohne registrierten und gültigen Aufenthaltsstatus / Visum	
Motivation: Grad der Freiwilligkeit / des Zwanges	Freiwilligkeit	z. B. Ruhesitzwanderung oder Bildungstourismus (Schüleraustausch, Praktika, Auslandsstudium)	
	Unfreiwilligkeit	Gewaltmigration (z. B. Flucht, Vertreibung, Deportation)	
Migrationsauslösende Faktoren (i. d. R. Motivbündel)	Ökonomische Faktoren	z. B. Einkommenseinbußen, Verarmung, Verschwinden lokaler und traditioneller Wirtschaftskreisläufe, Nahrungsunsicherheit	
	Politische Faktoren	z. B. politische Unruhen, Konflikte, Umsiedlungsmaßnahmen	
	Soziale Faktoren	Migrationsnetzwerke, soziale Konflikte	
	Psychologische Faktoren	Migrationsmythen, Traum vom besseren Leben	
	Kulturelle und religiöse Faktoren	z. B. Verfolgung von Minderheiten, Diskriminierung, Veränderung traditioneller Lebensformen	
Ökologische Faktoren	z. B. Landflucht, Umwelthavarien (z. B. Tschernobyl, Fukushima), Extremwetterlagen (z. B. Dürren, Überschwemmungen)		
Umstände der Migranten	Individuelle Merkmale und Merkmale der Familie / des Haushalts	Vermögen und Einkommen, Alter, Geschlecht und Familienstand, Bildung, soziale Vernetzung, Migrationserfahrungen (in der Familie), Gesundheit	

Tabelle nach: Felicitas Hillmann, Migration. Eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive, Stuttgart 2016, S. 19

M9 **D** Integration

Der Historiker Jochem Oltmer benennt zentrale Merkmale von Integration:

In der historischen Lebenswirklichkeit war Integration weder für die Zuwanderer noch für die Mehrheitsbevölkerung ein Globalereignis der Anpassung an eine Gesellschaft. Integration bedeutet vielmehr das langwährende, durch Kooperation und Konflikt geprägte Aushandeln von Chancen der ökonomischen, politischen, religiösen oder rechtlichen Teilhabe. Sie wird von Individuen, Gruppen oder Organisationen in der Zuwanderer- wie in der Mehrheitsbevölkerung in ihren je verschiedenen

Stadien unterschiedlich wahrgenommen und vermittelt. Die lange Dauer des Prozesses bedingt, dass er zugleich Teil eines mehr oder minder tief greifenden Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Kultur im Ankunftsraum ist. Dabei verblassen als distinkt verstandene Unterschiede zwischen Einwanderern und länger Eingesessenen in der Wahrnehmung der Einwanderungsgesellschaft immer weiter: ethnische Zugehörigkeit, kulturelle Muster, nationale oder regionale Identitäten, Sprache. [...]

In den Zielländern werden Migranten nicht selten als Konkurrenten um begehrte Ressourcen (etwa Erwerbsmöglichkeiten, Versorgungsgüter oder Sozialleistungen)

Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte

gen) wahrgenommen und müssen deshalb mit Ablehnung bis hin zu Hass rechnen. Außerdem gelten sie nicht
25 selten als Gefahr für die innere und äußere Sicherheit und für gesellschaftliche Gewissheiten, wie beispiels-

weise Vorstellungen über die Homogenität von Bevölkerungen oder Kulturen.

Jochen Oltmer, Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Darmstadt 2017, S. 18 – 40

Arbeitsvorschläge

1. Erläutern Sie an einem selbstgewählten Beispiel die Begriffe Emigration, Push- und Pull-Faktoren, Akkulturation und Integration (Verfassertext).
2. Fassen Sie die Dimensionen der Migration nach Felicitas Hillmann in eigenen Worten zusammen (M8).
3. Suchen und analysieren Sie Ihnen bekannte historische und aktuelle Migrationsprozesse mit den von Hillmann genannten Dimensionen (M8).
4. Analysieren Sie Oltmers Definition von Integration (M9).
5. Erörtern Sie Chancen und Herausforderungen von Migration für die Migrantinnen und Migranten und ihre Zielländer.



Zuwanderung in die beiden deutschen Staaten: Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in der Bundesrepublik

M10 **D** Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik

Hunderterstellen sind gerundet

	Insgesamt	Italien	Spanien	Griechenland	Türkei
1954	72 900	6 500	400	500	–
1955	79 600	7 500	500	600	–
1956	98 800	18 600	700	1 000	–
1957	108 200	19 100	1 000	1 800	–
1958	136 300	31 500	1 500	2 900	–
1959	166 800	48 800	2 200	4 100	–
1960	279 400	121 700	9 500	13 000	2 500
1961	507 400	218 000	51 000	43 900	5 200
1962	655 500	266 000	87 300	69 100	15 300

Nach: Johannes-Dieter Steinert, Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 281

M11 **Q** Ohne Sprachkenntnisse im fremden Land

Der 30-jährige Ali Başar kommt 1961 als einer der ersten Gastarbeiter aus der Türkei ins Ruhrgebiet. Über seine Anfangszeit in Deutschland berichtet er:

In den Pausen saß ich meist alleine da, auf einem Stein. Ich fühlte mich so einsam wie nie zuvor. Ich konnte mit niemandem reden, die Deutschen haben mich nicht beachtet. Bis Lorenz kam, der war anders. Er setzte sich
5 neben mich, sprach mit mir. „Ich: Lorenz, du:?“ – „Ich: Ali.“ So begann unsere Freundschaft. Am nächsten Tag brachte Lorenz mir von der Trinkhalle eine Sinalco mit,

die er von seinem eigenen Geld für mich gekauft hatte! Ich gab ihm von meinem Brot, machte Tee für ihn. Irgendwann luden er und seine Frau Edith mich auch zu
10 sich nach Hause ein. Die beiden haben mich aus meiner Einsamkeit befreit, sie haben mir sehr geholfen, so liebe Menschen. Wenn ich sehr traurig war, hat Lorenz mir den Arm um die Schulter gelegt und mich aufgemuntert. In Dortmund gab es damals außer Ahmet, Sükrü und
15 mir überhaupt keine Türken. [...] In Deutschland lebten wir allerdings viele Jahre mit schlechtem Gewissen, weil es uns hier so gut ging, wir ein friedliches Leben führen konnten. Wir konnten unseren Verwandten zwar Geld und andere Dinge schicken, aber was ist das schon, wenn
20 dort Bomben gelegt werden? Die Armut, die ich in der Türkei erlebt habe, hat mich zur Dankbarkeit erzogen. [...] In Deutschland habe ich einen Beruf erlernt, Geld verdient, ein Auto gekauft, eine Familie gegründet. Das ist für mich ein großes Geschenk. 25

Ali Başar, 25.10.2011, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/anwerbeabkommen/43193/ali-basar/> [Zugriff: 21.10.2024]

M12 **Q** „Zurück in die Türkei oder in Deutschland bleiben?“

Selahattin Biner ist ausgebildeter Modellschreiner, der in der Schule neben Englisch und Französisch auch Deutsch gelernt hat. 1964 ging er mit zwei Freunden als Gastarbeiter nach Deutschland:

Das war natürlich ein Abenteuer! [...] Wir haben uns riesig gefreut [...] Ich wollte immer mehr vom Leben; Freunde haben, Sport treiben, meine neue Umgebung erobern. Ich war neugierig auf die deutsche Kultur, die

494 3.3 Vertiefungsmodul

5 deutsche Sprache, die deutsche Lebensart. Da war es ein Glück, dass ich sofort Kontakt bekommen habe. Im Lohnbüro habe ich den Franz kennengelernt. Wir haben uns gleich angefreundet. Er hat mir Deutsch beigebracht und ich ihm Türkisch. Wann immer wir Zeit hatten, sind
10 der Franz und ich mit den Rädern los, den Rhein hinauf oder bis nach Belgien und Holland. Es war eine wunderbare Zeit; ich habe so viel Neues gesehen!“ [...] An dem Tag, als Göknil in die erste Klasse kam, haben wir gesagt: Jetzt müssen wir entscheiden, was wir wollen: Nach
15 Hause? Oder hierbleiben? Wir mochten ja die Türkei, keiner von uns hatte je daran gedacht, ein ganzes Leben hier zu verbringen. Aber plötzlich lagen die Dinge anders. Die Älteste kam zur Schule, die Jüngere war gerade geboren. Und als wir auf dem Sofa saßen und überlegten, wurden wir uns schnell einig, dass eine Rückkehr nicht mehr infrage kommt. Die schulische und pädagogische Ausbildung, die unseren Töchtern hier bevorstand, hätte ihnen die Türkei nie geboten, als Mädchen schon gar nicht. [...] Also haben wir entschieden: Wir
25 bleiben. [...] Und wir haben es nie bereut.

Selahattin Biner, 25.10.2011, in: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/anwerbeabkommen/43191/selahattin-biner/> [Zugriff: 21.10.2024]

M13 Q Das „Kühn-Memorandum“

Heinz Kühn wird 1978 auf das neu eingerichtete Amt des „Ausländerbeauftragten“ berufen. In seinem 1979 veröffentlichten Bericht schlägt der SPD-Politiker eine Reihe integrationspolitischer Maßnahmen vor:

I. Leitlinien

[...] Die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen sind offenbar zu sehr von der Priorität arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden, während die ebenso gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Postulate nachrangig erschienen.

Der vor dem Hintergrund der aktuellen und sich zunehmend verschärfenden Problematik der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien notwendige neue korrigierende Ansatz muss daher wesentlich stärker den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung tragen. Es muss anerkannt werden, dass hier eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten ist und die soziale Verantwortung gegenüber den heute [...] in Deutschland lebenden und einstmals [...] 15 gezielt „angeworbenen“ Menschen und ihren Kindern nicht eine Variable der jeweiligen Arbeitsmarktlage sein kann. Den (vermutlich in großer Zahl) bleibewilligen Zuwanderern, namentlich der zweiten und dritten Generation, muss das Angebot zur vorbehaltlosen und dauerhaften Integration gemacht werden. [...]

Aufbauend auf dieser Beurteilung konzentrieren sich die Vorschläge des Memorandums auf eine konsequente Integrationspolitik mit folgenden Schwerpunkten:

- Anerkennung der faktischen Einwanderung [...], 25
- Erhebliche Intensivierung der integrativen Maßnahmen vor allem für die Kinder und Jugendlichen, d. h. im Bereich der Vorschule, Schule und beruflichen Bildung,
- Ablösung aller segregierenden Maßnahmen, im Schulsektor z. B. der „Nationalklassen“ und ähnlicher Unterrichtsformen,
- Anspruch der Jugendlichen auf ungehinderten Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, [...]
- Verstärkung ihrer politischen Rechte durch Einräumung des kommunalen Wahlrechts nach längerem Aufenthalt [...]. 35

Heinz Kühn, „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn 1979, zitiert nach: <https://www.germanhistory-intersections.org/de/migration/ghis:document-125> [Zugriff: 31.01.2023]

Arbeitsvorschläge

1. Erklären Sie die in M10 dargestellte Entwicklung mithilfe des Verfassertextes.
2. Beurteilen Sie, inwiefern Deutschland in den 1960er Jahren als Einwanderungsland gelten kann.
3. Fassen Sie die politischen Rahmenbedingungen für die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zusammen (Verfassertext).
4. Vergleichen Sie, wie Ali Başar und Selahattin Biner ihre erste Zeit in Deutschland erlebten und beschreiben Sie ob und wie eine Integration gelang (M11, M12).
5. Arbeiten Sie aus M11 und M12 die Gründe heraus, weshalb Ali Başar und Selahattin Biner mit ihren Familien in Deutschland blieben.
6. Arbeiten Sie heraus, inwiefern Heinz Kühn mit seinem Memorandum seiner Zeit voraus war. Gehen Sie dabei besonders auf die Ziele ein, die er mit seinen Vorschlägen verfolgt (M13).
7. Erläutern Sie, welchen Stellenwert Kühn der Bildung zumisst (M13).
8. Im Sitzungsprotokoll des Bundeskabinetts vom 11. November 1981 findet sich folgender Beschluss: „Es besteht Einigkeit im Kabinett, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll.“ (zitiert nach: <https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/f9ede19e-9ff6-4bed-83cb-4dfcbefbcda#Kae0-4bf-49a>, Stand 27.06.2024) Nehmen Sie Stellung.



33065-0004

Zuwanderung in die beiden deutschen Staaten: Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR

M14 **D** „Freunde aus dem Ausland“

Die Historikerin Ann-Judith Rabenschlag dekonstruiert in ihrem Artikel unter anderem die Darstellung der Integration der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR-Propaganda. Sie schreibt:

Nach der Darstellung der DDR-Printmedien waren die ausländischen Vertragsarbeiter gut in die DDR-Gesellschaft integriert. Die Zugereisten, so der Tenor, hätten in der DDR eine „zweite Heimat“ gefunden. Enge Bande zur einheimischen Bevölkerung seien geknüpft worden. In vielen Beiträgen werden Arbeitsmigranten schlicht als „Freunde“ bezeichnet. Diese Darstellung entsprach dem Selbstverständnis der DDR als antifaschistischem Staat, der die braune Vergangenheit erfolgreich hinter sich gelassen hatte. [...] Klassenbewusstsein, nicht Ethnizität sollte das entscheidende Kriterium für Abgrenzung und Identitätsstiftung sein. Rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen waren tabu – was sprachlich nicht artikuliert wurde, so die dahinterstehende Hoffnung, würde auch in der sozialen Wirklichkeit keinen Raum einnehmen.

Ein näherer Blick auf die sprachliche Artikulierung dieses Wunschbildes zeigt jedoch, dass es hier nicht allein bei der Umsetzung in die Realität haperte. Eine Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte fand nicht nur im sozialpolitischen Umgang mit ihnen statt, sondern manifestierte sich bereits in den propagandistischen Thesen von Völkerfreundschaft und erfolgreicher Integration. Gleich auf mehreren Ebenen wird in der Berichterstat-

25
 30
 35
 40
 45
 50
 55
 60
 65
 70
 75
 80
 85
 90
 95
 100
 105
 110
 115
 120
 125
 130
 135
 140
 145
 150
 155
 160
 165
 170
 175
 180
 185
 190
 195
 200
 205
 210
 215
 220
 225
 230
 235
 240
 245
 250
 255
 260
 265
 270
 275
 280
 285
 290
 295
 300
 305
 310
 315
 320
 325
 330
 335
 340
 345
 350
 355
 360
 365
 370
 375
 380
 385
 390
 395
 400
 405
 410
 415
 420
 425
 430
 435
 440
 445
 450
 455
 460
 465
 470
 475
 480
 485
 490
 495
 500
 505
 510
 515
 520
 525
 530
 535
 540
 545
 550
 555
 560
 565
 570
 575
 580
 585
 590
 595
 600
 605
 610
 615
 620
 625
 630
 635
 640
 645
 650
 655
 660
 665
 670
 675
 680
 685
 690
 695
 700
 705
 710
 715
 720
 725
 730
 735
 740
 745
 750
 755
 760
 765
 770
 775
 780
 785
 790
 795
 800
 805
 810
 815
 820
 825
 830
 835
 840
 845
 850
 855
 860
 865
 870
 875
 880
 885
 890
 895
 900
 905
 910
 915
 920
 925
 930
 935
 940
 945
 950
 955
 960
 965
 970
 975
 980
 985
 990
 995

Ann-Judith Rabenschlag, Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung, in: Deutschland Archiv, 15. 9. 2016, Link: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/233678/arbeiten-im-bruderland/> [11.09.2024]

M15 **Q** Weihnachtsvorbereitungen

Kubanische Arbeitskräfte backen im Dezember 1985 in der Werksküche des VEB Leipziger Buntgarnwerke Weihnachtspätzchen.



496 3.3 Vertiefungsmodul

M16  „Madgermanes“ – der Fall der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Mosambik

David Macau arbeitete von 1979 bis 1991 als Vertragsarbeiter in der DDR. Ein Beitrag des MDR berichtet 2019 über die Erfahrungen, die der Mosambikaner dabei machte:

Es sei schön gewesen mit den deutschen Kollegen. „Ich habe mit Spaß gearbeitet“, sagt Macau. Er war überwiegend in der Werkstatt Burghammer des BKW Welzow als Schlosser und Schweißer beschäftigt gewesen. Leider gibt es keine Bilder aus der Produktion, bedauert der Mann. Dort war nämlich Fotografieren streng verboten. Dafür zeigt der Mosambikaner Fotos einer Band, von Partys, einem Ausflug, von der Überreichung seines Facharbeiterbriefes, von der Fußballmannschaft. [...] Für die Fußballspieler sei sogar eine Turnhalle bereitgestellt worden, berichtet der Hoyerswerdaer Huldreich Stephan, ein ehemaliger Ausbilder im Gaskombinat Schwarze Pumpe. [...] Während die Anwesenden gemeinsam schöne Zeiten in Berufsschule und Betrieb teilten war die Freizeit für Macau nur im geschützten Raum seines Wohnheims unbeschwert. „Ich hatte Angst, allein auf die Straße zu gehen. Es gab ein paar deutsche Skinheads und die Jungs haben

und beleidigt.“ Diesen Rassismus habe es nicht erst zur Wende, sondern von Anfang an gegeben, so Macau. [...] Während des staatlichen Umbruchs 1990 verschärfte sich die Lage. Ausländerhass sei offener gezeigt worden. [...] Doch auch die Rückkehr in seine Heimat nahm für den Mosambikaner kein gutes Ende. Mehr als 20 000 seiner Landsleute hatten in der DDR-Industrie gearbeitet. 20 bis 60 Prozent ihres Lohnes wurden dabei einbehalten. Das Geld sollte auf die Konten der Arbeiter nach Mosambik transferiert werden. Doch das Geld kam nicht an. „Ich bin mit leeren Taschen nach Hause gekommen. Man hatte gesagt, mein Geld ist in Mosambik“, so Macau. In seiner Heimat hieß es wiederum, das Geld sei in Deutschland geblieben. Es stellte sich schnell heraus, dass das Einkommen der Gastarbeiter mit den Staatsschulden von Mosambik an die DDR verrechnet wurde. [...] Seit Anfang der 90er Jahre demonstrieren die ehemaligen DDR-Gastarbeiter jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo und anderen Orten und fordern den ihnen zustehenden Lohn.

Die Ungehörten: DDR-Gastarbeiter aus Mosambik über Lohnbetrug und Rassismus, Link: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/gastarbeiter-mosambik-kulturfabrik-100.html> (11.09.2024)

Arbeitsvorschläge

1. Arbeiten Sie die Argumentationsstruktur des Textes heraus (M14).
2. Diskutieren Sie die These, dass die „Diskriminierung Nicht-Deutscher bereits in der sprachlichen Artikulation dieser Ideologie selbst“ verankert gewesen sei (M14, Z. 48–50).
3. Analysieren Sie das Foto (M15).
4. Fassen Sie die unterschiedlichen Erfahrungen zusammen, die David Macau im Zusammenhang mit seiner Zeit als Vertragsarbeiter in der DDR gemacht hat (M16).
5. Vergleichen Sie die Erfahrungen von David Macau (M16) mit den Informationen aus dem Verfassertext und mit den Aussagen von M11 und M12.
6. 2021 forderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief, dass die Bundesrepublik finanzielle Entschädigungen für die ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Mosambik. Recherchieren Sie zu diesem Thema und nehmen Sie begründet Stellung zu dieser Forderung.

**LK** Migration und Migrationspolitik in den 1990er Jahren im wiedervereinigten Deutschland**M17**  Regierungserklärung: „Ausländerpolitik“

Bundeskanzler Helmut Kohl sagt in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 über die Migrationspolitik:

Die Bundesregierung lässt sich bei ihrer Politik für die Ausländer von drei Grundsätzen leiten:

Erstens: Die Integration der bei uns lebenden Ausländer ist ein wichtiges Ziel unserer Ausländerpolitik. Integration bedeutet nicht Verlust der eigenen Identität, sondern ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen. Integration ist nur möglich,

wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht weiter steigt. Vor allem gilt es hier, eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung zu verhindern. Zweitens: Die Bundesregierung wird den Anwerbestopp beibehalten, den Familiennachzug begrenzen, gerade auch im Interesse der Kinder, die einen Anspruch auf eigene Familie haben. Sie wird darauf hinarbeiten, dass durch das Assoziierungsabkommen keine weitere Einwanderungswelle ausgelöst wird. Drittens: Den Ausländern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, muss die Rückkehr erleichtert werden.

Migration als Teil der deutsch-deutschen Geschichte

Jeder Mensch hat ein Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen. Die Ausländer in Deutschland sollen frei entscheiden können, aber sie müssen sich auch entscheiden, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder ob sie bei uns bleiben und sich integrieren wollen.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 93 vom 14. Oktober 1982, S. 853–868, <https://www.bundeskanzler-helmut-kohl.de/seite/erklarungen-1/> [Zugriff: 24.10.2024]

M18 Q „Eine Geschichte der überhörten Warnungen“

Vor dem Hintergrund der fremdenfeindlichen Anschläge Anfang der 1990er Jahre verfassten 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam ein Manifest zur Migration in Deutschland. Der Herausgeber Klaus J. Bade schreibt in seinem Beitrag:

Für die brisanten gesellschaftlichen Probleme von Migration, Integration und Minderheiten fehlt es Anfang der 1990er Jahre in Deutschland nach wie vor an umfassenden und konsensfähigen Konzepten mit langfristigen Gestaltungsperspektiven. Stattdessen gab es unter dem alles überwölbenden Dementi, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland [...]. In der parteipolitischen Polemik, in der Wahlkampfagitatio-
5 und in der Mediendiskussion wurden fremdenfeindliche Abwehrhaltungen, bewusst oder unbewusst, zum Teil geradezu produziert: Umfragen zu Wahlkampfzeiten berichten immer wieder von dem bemerkenswerten Phänomen, dass in der Einschätzung der Rangfolge politischer Probleme die „Ausländerfrage“ bzw. die „Asylfrage“ am Beginn von Wahlkämpfen einen eher mittleren Platz, auf dem Höhepunkte und am Ende aber einen Spitzenplatz einnahmen.

In dieser Hinsicht war die Geschichte der Migrationsforschung in der Bundesrepublik der 1980er Jahre eine Geschichte der überhörten Warnungen an die Adresse der Politik, bis die innenpolitische Entwicklung in Deutschland nach neuen Zäsuren zu gliedern war, die da lauten: „vor und nach Hoyerswerda“, „Rostock“, „Mölln“ oder „Solingen“. „Wir warnen davor, das zentrale Politikfeld der Zuwanderung und der Eingliederung zugewanderter Minderheiten zu vernachlässigen“, hieß es noch wenige Wochen vor den Ereignissen von Hoyerswerda in einem öffentlichen Aufruf engagierter Professoren verschiedener Wissenschaften Ende August 1991. [...] Eine politische Antwort blieb abermals aus. Dann wurden immer wieder vergeblich vorgetragenen und auf politischer Seite „dementierten“ Warnungen schlagartig furchtbare Wirklichkeit. Als die wachsende Angst von „unten“ auf die anhaltende Konzeptlosigkeit von „oben“
35 stieß, schlugen Irritationen, Frustrationen und soziale

Ängste um: bei den einen in politische Apathie bzw. „Politikverdrossenheit“, bei anderen in gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit bzw. fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz. Das waren nicht etwa unvermeidbare Folgen von Einwanderung und Eingliederung, sondern vermeidbare Folgen ihrer mangelnden politischen Gestaltung. Pogromstimmung entlud sich in gewalttätigen Ausschreitungen: Von dem Überfall auf ein Ausländerwohnheim im sächsischen Hoyerswerda im September 1991 ausgehend, raste ein Inferno fremdenfeindlicher Gewalt wie ein Flächenbrand durch Deutschland. [...] Eine zweite Welle fremdenfeindlicher Gewalt ging aus von den Rostocker Terrornächten im August 1992. [...] Erst der Schock, den die Wellen der ausländerfeindlichen Gewalt seit dem Herbst 1991 auslösten, gab nachhaltigere Anstöße zum politischen Umdenken. Bis dahin hatte sich die politische Diskussion einerseits konzentriert auf die rund ein Jahrzehnt lang folgenlos angekündigte, erst 1990 vollzogene Reform des Ausländerrechts und andererseits auf die in aller Regel mit scharfer Polemik geführte Asyldebatte, die fahrlässig Horror- und Panikvisionen von einer „Asylantenflut“ im „Sturm auf Europa“ hinterließ. Aus Panikgeborene Wahnvorstellungen aber sind mit rationalen Argumenten schwer zu begrenzen.

Klaus J. Bade, Tabu Migration: Belastungen und Herausforderungen in Deutschland, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung, München 1994, S. 79–81

Arbeitsvorschläge



1. Arbeiten Sie heraus, welche Haltung in der Migrationspolitik aus der Regierungserklärung von Helmut Kohl deutlich wird (M16).
2. Klaus J. Bade stellt die These auf, dass fremdenfeindliche Abwehrhaltungen in der parteipolitischen Polemik geradezu produziert worden seien (Z. 12–15). Erklären Sie, inwiefern Migrationspolitik als geeignetes Wahlkampfthema gesehen wurde (M17).
3. Die fremdenfeindlichen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre – eine Folge verpasster Integrationspolitik? Nehmen Sie Stellung.

Leitfrage



Nehmen Sie Stellung:
Deutschland – schon immer ein Einwanderungsland?



click & study

Digitale Ausgabe des Schülerbands



Digitaler Unterricht mit C.C.Buchner

Entdecken Sie unsere digitalen Lehr- und Lernmittel: Mit click & study – der digitalen Ausgabe des Schülerbands – und click & teach – dem digitalen Lehrermaterial – werden die Unterrichtsvorbereitung und die Schulstunde selbst einfacher als je zuvor.

► Einfach in der Navigation:

Im Mittelpunkt von click & study und click & teach steht immer die digitale Schulbuchausgabe, um die sich alle eingebundenen Materialien und Funktionen gruppieren. So behalten Sie stets den Überblick und finden alle Inhalte genau dort, wo sie benötigt werden.

► Einfach in der Bedienung:

Bei der Gestaltung der Menüs und der Bedienelemente haben wir darauf geachtet, dass diese nicht überladen werden und selbsterklärend bleiben. Nichtsdestotrotz haben Sie und Ihre Schülerinnen und Schüler die Auswahl an einer Fülle von nützlichen Funktionen – für einen modernen Unterricht mit digitaler Interaktion.

► Einfach im Zugriff:

click & study und click & teach können Sie überall und mit jedem Endgerät nutzen, auf dem ein aktueller Internetbrowser installiert ist. Oder Sie laden sich einfach die kostenfreie Tablet-App herunter – so können Sie auch offline arbeiten. Die digitale Schulbuchausgabe click & study kann zudem via [Bildungslogin.de](https://www.bildungslogin.de) genutzt werden.

click & teach

Digitales Lehrermaterial



► Einfach in der Lizenzierung:

Egal ob für Einzelpersonen, das Kollegium oder die Schülerschaft – wir haben für jeden Bedarf ein passendes Angebot. Bestellen können Sie ausschließlich auf www.ccbuchner.de. Die digitale Schulbuchausgabe click & study kann zudem via www.bildungslogin.de genutzt werden.

► Einfach in der Verwaltung:

Für Lehrmittelverantwortliche, IT-Kräfte und Lehrkräfte bieten wir das C.C.Buchner-Schulkonto an. Damit können die digitalen Lehr- und Lernmittel click & teach und click & study an einem zentralen Ort erworben, verwaltet und dem Kollegium oder der Schülerschaft zur Verfügung gestellt werden.

► Einfach für alle:

click & study und click & teach können miteinander verknüpft werden. So funktioniert der Unterricht bei Bedarf komplett digital – ideal für Tablet-Klassen und den digitalen Materialaustausch zwischen Lehrenden und Lernenden.

Interaktives
Inhaltsverzeichnis



Digitale
Arbeitsseite



Lehrermaterial
(nur in click & teach)



The screenshot displays the 'click & teach' digital chemistry textbook. The main content area is titled 'ERARBEITUNG' and 'Chemie - eine Naturwissenschaft'. It includes a photograph of a blue liquid in a beaker and a list of safety symbols (GHS). The interface is designed for interactive learning, with various icons and a navigation menu.

Digitale Ausgabe des
C.C. Buchner-Lehrwerks



Persönlicher Unterrichtsplaner
(nur in click & teach)



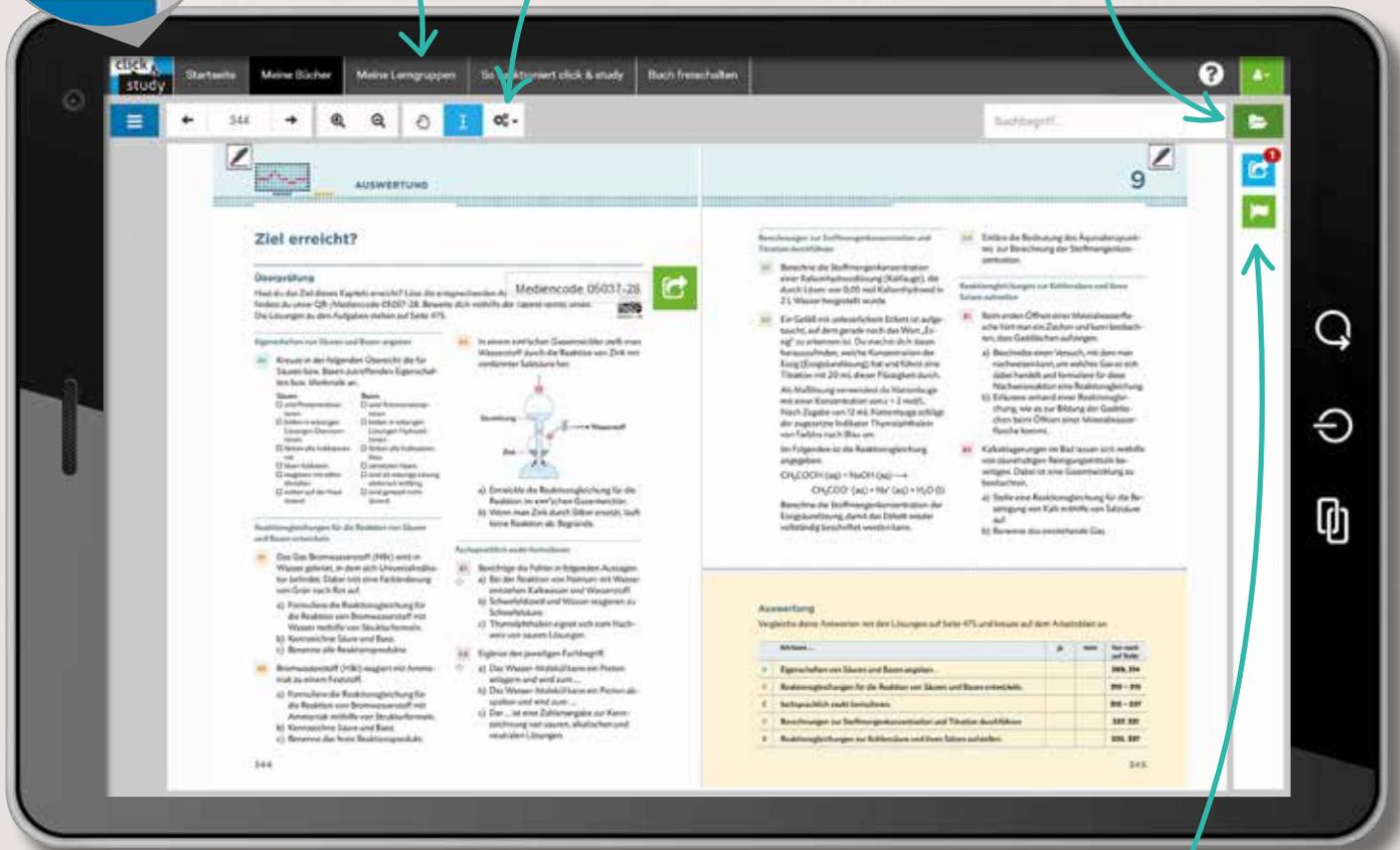
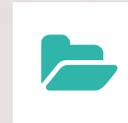
click & study und click & teach bieten:

		click & study	click & teach
	<p>Digitale Ausgabe des C.C.Buchner-Lehrwerks</p> <p>Der jeweilige Schülerband von C.C.Buchner ist als vollständige digitale Ausgabe in click & study und in click & teach enthalten. Sie können mit verschiedenen Endgeräten (PC, Mac, Tablet) online und auch offline via Tablet-App darauf zugreifen.</p> <p></p>	✓	✓
	<p>Interaktives Inhaltsverzeichnis</p> <p>Das Inhaltsverzeichnis ermöglicht einen schnellen Überblick über die Inhalte der digitalen Ausgabe des Schulbuchs und die Navigation zwischen den Kapiteln. Wird es nicht benötigt, lässt es sich einfach einklappen.</p>	✓	✓
	<p>Digitale Arbeitsseite</p> <p>Durch das Einfügen digitaler Arbeitsseiten besteht die Möglichkeit, auf einer zusätzlichen leeren Seite eigene Texte, Bilder, Links und Freihandzeichnungen zu hinterlegen.</p>	✓	✓
	<p>Umfangreiches Lehrermaterial</p> <p>click & teach bietet zahlreiche digitale Zusatzmaterialien. Hier erhalten Sie Zugriff auf perfekt abgestimmte Inhalte wie zum Beispiel Lösungen, didaktische Hinweise, digitale Lernanwendungen, Animationen, Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, Tafelbilder und vieles mehr.</p>	—	✓
	<p>Unterrichtsplaner</p> <p>Der Unterrichtsplaner sorgt dafür, dass Sie in click & teach alle Materialien immer in der gewünschten Abfolge griffbereit haben. Strukturieren, kommentieren und präsentieren Sie die Materialien ganz nach Ihren Wünschen.</p>	—	✓

Aufgabenpool und Forum

Toolbar mit zahlreichen Funktionen

Digitales Zusatzmaterial



Materialimport und -freischaltung (nur in click & teach)



click & study und click & teach bieten:

		click & study	click & teach
	<p>Digitale Inhalte und Links</p> <p>Über Spots erhalten Schülerinnen und Schüler Zugriff auf Links und Zusatzmaterialien, die im gedruckten Schulbuch über Mediacodes zugänglich sind. So lassen sich z. B. Erklärvideos, gestufte Hilfen oder interaktive Lernanwendungen einfach in das Unterrichtsgeschehen integrieren.</p>	✓	✓
	<p>Toolbar mit vielen nützlichen Funktionen</p> <p>Der moderne Reader bietet Ihnen und Ihren Schülerinnen und Schülern nützliche Bearbeitungsfunktionen wie Markieren, Kopieren, Zoomen und Suchen. Dazu gibt es das Lesezeichen sowie einen Freihandstift für Skizzen und Notizen.</p>	✓	✓
	<p>Materialfreischaltung</p> <p>Als Lehrkraft haben Sie in click & teach die Möglichkeit, Materialien für eine ausgewählte Lerngruppe oder für einzelne Lernende in click & study freizuschalten und so schnell zu übermitteln.</p>	✓	✓
	<p>Aufgabenpool</p> <p>In diesem Bereich können die Lernenden Aufgaben digital empfangen und wieder abgeben. Schülerinnen oder Schüler sehen beim Hochladen der Aufgaben immer nur ihre eigenen Dateien. Den Überblick über den gesamten Aufgabenpool hat ausschließlich die Lehrkraft.</p>	✓	✓
	<p>Forum</p> <p>Das Forum ist das digitale Pendant zum gemeinsamen Gespräch im Klassenzimmer und funktioniert wie ein Gruppenchat. So können sich Lernende und Lehrende unkompliziert austauschen.</p>	✓	✓
	<p>Materialimport</p> <p>Das umfangreiche digitale Lehrermaterial können Sie mit Ihren eigenen Dokumenten wie Bildern, Audios, Videos oder Textdokumenten anreichern. Mit dem Materialimport laden Sie diese Dateien hoch und platzieren sie mit einem eigenen Spot auf den digitalen Schulbuchseiten.</p>	—	✓

Lizenzmodelle click & teach

	Kollegiums- lizenz	Einzellizenz flex	Einzellizenz
Inhalt	Digitale Ausgabe + Lehrermaterial	Digitale Ausgabe + Lehrermaterial	Digitale Ausgabe + Lehrermaterial
Preis	ab 130,- €	ab 37,- €	ab 24,50 €
Laufzeit	solange das gedruckte Lehrwerk erhältlich ist	solange das gedruckte Lehrwerk erhältlich ist	solange das gedruckte Lehrwerk erhältlich ist
Lizenzanzahl	beliebige Anzahl für das komplette Fachkollegium inkl. Referendare	1	1
Weitergabe	übertragbar	übertragbar	nicht übertragbar
Zugang	direkte Freischaltung im Schulkonto	direkte Freischaltung im Schulkonto	digitaler Freischaltcode per E-Mail
Verfügbarkeit	im verknüpften Schulkonto	im verknüpften Schulkonto	im persönlichen Konto

Einfache Verwaltung im Schulkonto

Für Lehrmittelverantwortliche, IT-Kräfte und Lehrkräfte bieten wir das C.C.Buchner-Schulkonto an. Damit können die digitalen Lehr- und Lernmittel click & teach und click & study an einem zentralen Ort erworben, verwaltet und dem Kollegium oder der Schülerschaft zur Verfügung gestellt werden.

► Lizenzen erwerben

Einfach Kollegiumslizenzen sowie Einzellizenzen flex per Rechnung bestellen.



► Lizenzen verwalten und übertragen

Zuordnung und Übertragung der Lizenzen zu Mitgliedern des Kollegiums einsehen und verwalten.

► Zugriffsrechte verwalten

Den verknüpften Lehrkräften die Rechte (kaufen, verwalten, bearbeiten) individuell vergeben.

► Lizenzen erwerben

Schulkonto- oder PrintPlus-Lizenzen per Rechnung in wenigen Schritten bestellen.



► Schulstrukturen anlegen und verwalten

Nach Anlage der Schulstruktur Daten der Schülerschaft manuell pflegen oder importieren.

► Lizenzen zuweisen

click & study je nach Bedarf einer ganzen Jahrgangsstufe, einer Klasse oder auch Einzelpersonen zuordnen.

Lizenzmodelle click & study

Bestellen Sie click & study
im Schulkonto und profitieren
Sie vom 3-fach-Rabatt!

click & study	Testlizenz	Einzellizenz	Schulkonto Lizenz	Schulkonto PrintPlus Lizenz
Inhalt	Digitale Ausgabe + Zusatzmaterial	Digitale Ausgabe + Zusatzmaterial	Digitale Ausgabe + Zusatzmaterial	Digitale Ausgabe + Zusatzmaterial
Preis	kostenfrei nur für Lehrkräfte	Standardpreis ab 6,90 €	Standardpreis abzgl. Schulkonto-, Laufzeit- und Mengenrabatt	ab 2,10 € bei Einführung des Schulbuchs
Laufzeit	100 Tage	12 + 1 Monat ab Freischaltung	12 + 1 Monat bis 6 Jahre ab Freischaltung	12 + 1 Monat ab Freischaltung
Lizenzanzahl	1 – 30	1	beliebige Anzahl für die Schülerschaft	1 pro eingeführtem Schulbuch
Weitergabe	nicht übertragbar	nicht übertragbar	übertragbar	nicht übertragbar
Zugang	digitaler Freischaltcode per E-Mail	digitaler Freischaltcode per E-Mail	direkte Freischaltung im Schulkonto	direkte Freischaltung im Schulkonto
Verfügbarkeit	im persönlichen Konto	im persönlichen Konto	im verknüpften Schulkonto	im verknüpften Schulkonto

Sie haben Fragen? Wir helfen Ihnen gern!

Unsere Schulberatung und unsere Digitalberatung stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

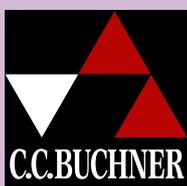
E-Mail: click-and-teach@ccbuchner.de | click-and-study@ccbuchner.de

Telefon: +49 951 16098333

**Weitere Informationen,
Schritt-für-Schritt-Anleitungen
und Erklärvideos:**

- ▶ www.click-and-study.de
- ▶ www.click-and-teach.de
- ▶ www.ccbuchner.de/schulkonto





L32065

Sie benötigen weitere Exemplare dieser Leseprobe* für Ihre Fachkonferenz?

1

Geben Sie auf www.ccbuchner.de die Bestellnummer **L32065** in die Suchleiste ein.

L32065



2

Legen Sie die kostenfreie Leseprobe (1 Exemplar pro Person) und ggf. weitere Produkte in Ihren **Warenkorb**.



3

Folgen Sie den weiteren Anweisungen, um den Bestellvorgang abzuschließen.

*Nur solange der Vorrat reicht.

Oder
direkt über:

